



www.MinisterieVanPropaganda.org

Die
Sowjet
Union

und das
Deutschlandproblem

STELLUNGNAHME DER SOWJET-DELEGATION
AUF DER MOSKAUER KONFERENZ

DIE
SOWJET-UNION
UND DAS
DEUTSCHLAND-PROBLEM

STELLUNGNAHME
DER SOWJET-DELEGATION
AUF DER
MOSKAUER KONFERENZ



INHALTSVERZEICHNIS

I. Teil

1. Vorwort
2. Begrüßungsansprache des sowjetischen Außenministers Molotow anlässlich der Eröffnung der Moskauer Konferenz
3. „Moskauer Tagebuch“ vom 13. März 1947 bis 25. April 1947
(Zusammenstellung aus der Zeitung „Tägliche Rundschau“)

II. Teil

Wortlaut der wichtigsten Reden und Vorschläge des sowjetischen Außenministers und seines Stellvertreters

Molotow:

- Über das deutsche Problem
- Über den neuen deutschen Staat
- Über Zentralverwaltung und Wirtschaftseinheit
- Über die Politik für alle Zonen
- Über Wirtschaftseinheit und Reparationen
- Über die Gründe gegen Loslösung von Ruhr und Rheinland
- Über die Neuordnung Deutschlands
- Über die deutsche Ostgrenze
- Molotows Antrag zur Entmilitarisierung und der sowjetische Vertragsentwurf
- Antwort Molotows an Marshall und Bidault

Wyschinskij:

- Gegen Föderalismus in Deutschland

Vorwort

Die große Bedeutung der Moskauer Konferenz für die zukünftige Gestaltung unseres Lebens wird jedem einleuchten, der mit offenen Augen durch das politische und wirtschaftliche Geschehen unserer Tage geht.

Nicht jedem war es möglich, an Hand der genauen Zeitungsberichte den Verlauf dieser Konferenz zu verfolgen. Infolge der strengen Kälte der letzten Winterwochen war eine lückenlose Übermittlung des Verlaufs der Konferenz nicht immer möglich. Diese Lücke will unsere Broschüre schließen helfen.

Moskauer Tagebuchblätter!

In ausgezeichnete Weise hat es der Verfasser verstanden, in leicht verständlicher Form das zu sagen, was jeder Deutsche über diese wichtigen Wochen wissen muß.

Es waren Wochen der Vorbereitungen. Tage, die einmal äußerst wichtige Nachwirkungen haben werden, wenn die Konferenz der Entscheidung beginnt.

Die sowjetische Delegation unter Führung des Außenminister W. M. Molotow hat ihre Vorschläge klar und deutlich formuliert und ebenso begründet.

Das Verständnis Sowjetrußlands für die zukünftige deutsche Gestaltung wurde des öfteren in Molotows Reden deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die wichtigsten Ausführungen des sowjetrussischen Außenministers und seines Stellvertreters bringen wir deshalb im Rahmen dieser Schrift dem Leser zur Kenntnis.

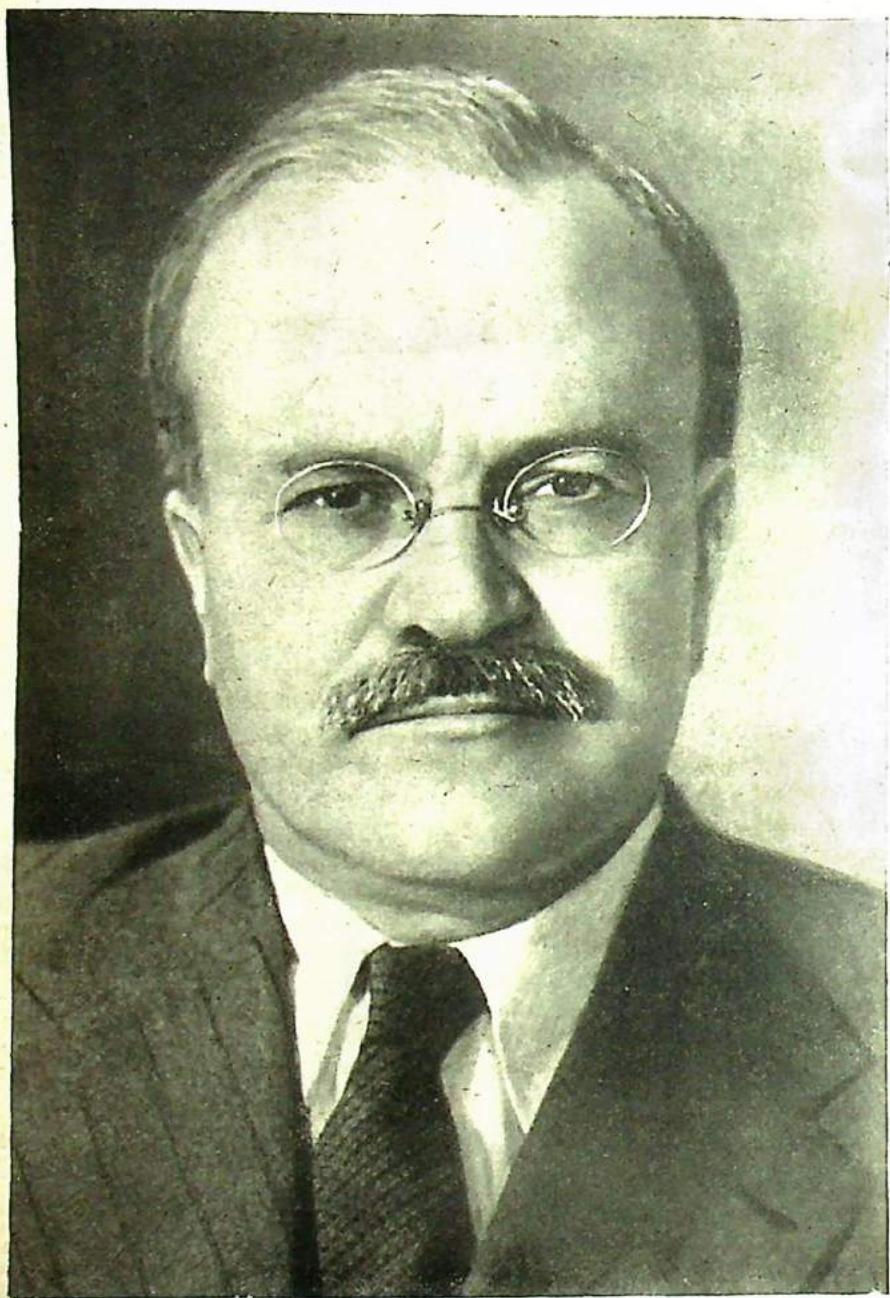
Gerade sie sind, wie kein anderes Moment sonst, am besten geeignet, die Lügenpropaganda der faschistischen Volksverführer über die sowjetischen Vernichtungsabsichten in Deutschland zu widerlegen. Der ehrliche Wille zur Völkerverständigung und zum Völkerfrieden spricht uns aus den consequenten Vorschlägen an, und wir haben die Hoffnung, daß die nächste Konferenz all die offenen Fragen so klären wird, wie es ein sicherer und dauerhafter Frieden erfordert. Daß auch der sowjetische Außenminister diese Hoffnung hegt, kann man aus der kurzen Begrüßungsansprache erkennen, die er anläßlich der Konferenzöffnung an die übrigen Delegationen richtete.

Das Tagebuch beginnt nüchtern und sachlich ohne romantische Verbrämung am 2. Sitzungstage und beschäftigt sich sofort mit der wichtigsten Frage: der des zukünftigen Friedensvertrages mit Deutschland.

Mag diese Schrift mit dazu beitragen, das Verständnis für eine allgemeine Zusammenarbeit aller Völker zu wecken.

Das deutsche Volk jedoch möge erkennen, daß es nicht willkürlich seinen Besiegern ausgeliefert ist, sondern daß ernstlich erwogen und versucht wird, gangbare und annehmbare Wege zu gehen.

WJ.



W. M. Molotow
Außenminister der Sowjetunion

Begrüßungsausprache

des Außenministers Molotow anlässlich der ersten Sitzung
der Moskauer Konferenz

„Meine Herren, im Namen der Regierung der Sowjetunion und in meinem eigenen Namen begrüße ich die Führer der Delegationen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs — die Herren Bevin, Marshall, Bidault und ihre Gehilfen, die in Moskau zur Teilnahme an der Arbeit des Rates der Außenminister eingetroffen sind. Während unserer letzten Zusammenkunft in New York haben wir das Programm für diese Tagung ausgearbeitet. Wir haben eine Reihe wichtiger Fragen zu prüfen, die sich auf die Friedensregelung für Deutschland beziehen, und die Frage des Vertrages mit Österreich zu beraten. Uns stehen keine leichten Aufgaben bevor. Aber wir haben eine zuverlässige Grundlage für die Zusammenarbeit und vor allem die historischen Beschlüsse über Deutschland, die auf den Konferenzen der Verbündeten auf der Krim und in Berlin gefaßt wurden. Unsere Stellvertreter in London und der Kontrollrat in Deutschland, die mit der Vorbereitung der deutschen und österreichischen Frage beauftragt waren, haben eine große und nützliche Arbeit geleistet und uns die nötigen Unterlagen und Empfehlungen zur Erörterung vorgelegt.

Gestatten Sie mir, den heute beginnenden Beratungen Erfolg zu wünschen. Darauf müssen wir offenbar zu unserer laufenden Arbeit übergehen.“

Moskauer Außenministerkonferenz

TAGEBUCH

13.
MÄRZ
1947

Zwei wichtige Fortschritte sind in den Sitzungen der Moskauer Konferenz am Mittwoch erzielt worden, und beide sind als Erfolge der sowjetischen Initiative zu bewerten:

1. Die Frage, ob es einen Friedensvertrag „mit“ Deutschland oder nur ein Statut „für“ Deutschland geben wird, ist in dem Sinne gelöst worden, daß die Amerikaner auf ihren Vorschlag (Statut für Deutschland) verzichten und sich mit dem Ausdruck „Deutscher Friedensvertrag“ einverstanden erklärten.
2. In der Frage der Entmilitarisierung wurde eine Einigung auf der Basis erzielt, die Molotow in seiner Rede am Dienstag vorgezeichnet hatte.

Die Beratungen über einen deutschen Friedensvertrag sollen bekanntlich, wie die Außenminister in ihrer ersten Sitzung in Moskau beschlossen haben, zunächst im Hinblick auf das dabei anzuwendende Verfahren von den Stellvertretern der Minister vorbereitet werden. Dabei kam nun am Mittwoch die bekannte Streitfrage zur Sprache, ob es einen Vertrag „mit“ oder „für“ Deutschland geben soll. Selbstverständlich wandte sich Wyschinskij namens der Sowjetregierung gegen den Vorschlag eines bloßen Statuts für Deutschland, und er vertrat den Standpunkt, daß der Friedensvertrag zwischen den verbündeten Mächten auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite abgeschlossen werden muß. Der Vertreter der USA machte noch einen Versuch, von dieser geraden Linie abzuweichen und statt des Wortes „Friedensvertrag“ den Ausdruck „Friedensregelung“ zu setzen. Aber Wyschinskij konnte sich auf die Potsdamer Beschlüsse berufen, die den Außenministern ganz eindeutig die Aufgabe gestellt haben, einen Friedensvertrag und nichts anderes auszuarbeiten.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung schon früher wiederholt darauf hingewiesen, daß einer deutschen Regierung auf der Friedenskonferenz die Möglichkeit gegeben werden muß, ihre Meinung darzulegen. Als nun der Vertreter Englands am Mittwoch einwendete, man könne nicht wissen, wann eine solche deutsche Zentralregierung geschaffen sein werde, konnte Wyschinskij auch dieses Argument mit dem Hinweis entkräften, daß zwischen der Ausarbeitung des Vertrages und seiner Unterzeichnung selbstverständlich ein

längerer Zeitabstand liegen könne. Jedenfalls gaben aber auch die Engländer zu, daß der Friedensvertrag schließlich unterzeichnet werden muß. Nicht minder wichtig als diese Diskussion im Kreise der Stellvertreter war die Debatte, die am Mittwoch am runden Tisch der Außenminister selbst geführt wurde. Molotows eindringliche Mahnung, die Mängel in der Entmilitarisierung Deutschlands zu beseitigen, hat Erfolg gehabt. Bevin bemühte sich zwar nochmals, die ganze Angelegenheit der in der britischen Zone bestehenden „Hilfsdienste“, also der militärischen Formationen von mehr als 80 000 Mann, als möglichst harmlos hinzustellen; er mußte aber die Existenz dieser Truppen zugeben, und ebenso mußte er eingestehen, daß in der Rüstungsindustrie bisher nur sehr wenig abgebaut worden ist. Auf den von Bevin vorgeschobenen Einwand, man müsse vor allem die deutsche Friedensindustrie in Gang bringen, erwiderte Molotow überzeugend, daß der neue Aufbau der deutschen Wirtschaft keineswegs einen Aufschub der Entmilitarisierung erforderlich mache. Der positive Erfolg des Appells Molotows lag darin, daß die drei anderen Außenminister sich schließlich damit einverstanden erklärten, nunmehr den Kontrollrat anzuweisen, die Liquidierung der deutschen Rüstungsindustrie zu beschleunigen.

Neben diesem wichtigen Fortschritt spielte es nur eine nebensächliche Rolle, daß Bevin im Laufe dieser Debatte einen neuen Ablenkungsversuch machte, in dem er plötzlich die Frage nach den Kriegsgefangenen stellte. Er fischte dabei allerlei Gerüchte über die deutschen Gefangenen in der Sowjetunion auf, wurde aber von Molotow sofort restlos widerlegt.

Die zweite Gruppe von Stellvertretern, die den österreichischen Friedensvertrag behandelt, hat eine sehr merkwürdige Angelegenheit besprochen. Den Österreichern sollen in Zukunft bekanntlich 90 Militärflugzeuge zugebilligt werden, aber es gibt 54 Flugplätze in diesem kleinen Lande. Als nun der sowjetische Delegierte beantragte, die Zahl dieser Flugplätze herabzusetzen, widersprachen England und die USA. Die Frage mußte offenbleiben und soll nun erst von militärischen Sachverständigen geprüft werden. Die Stellvertreter haben aber dem Kontrollrat in Wien mitgeteilt, wie erstaunt sie über diesen Sachverhalt sind. —m

14.
MÄRZ
1947

Worauf kommt es bei der Entnazifizierung und bei der Demokratisierung Deutschlands an? — Das ist die Kernfrage, um die es sich am Donnerstag auf der Moskauer Konferenz handelt, nachdem die Entmilitarisierung bereits in den Vortagen gründlich behandelt worden war.

Die allzuvielen Meinungen und Vorschläge, die in diesen Fragen im Laufe der Zeit vorgebracht worden sind, haben das ganze Problem stark vernebelt, so daß es nun dringend nötig wurde, Klarheit zu schaffen, und das

ist jetzt an der denkbar maßgebendsten Stelle, also im Kreis der Außenminister in Moskau, geschehen. Molotow war es, der in seiner neuen großen Rede sowohl durch eine eingehende Kritik die bisherigen Zustände hell beleuchtete als auch durch konkrete praktische Vorschläge der ganzen Diskussion den starken Impuls gab, durch den die Konferenz wieder ein Stück vorwärts gebracht wurde.

In dieser großen Debatte hatte der amerikanische Außenminister zwar mitgeteilt, daß in der amerikanischen Besatzungszone etwa 12 Millionen Menschen im Rahmen der Entnazifizierung registriert worden sind; er hat aber nicht davon gesprochen, daß eine ganze Anzahl ehemals führender Nazis sich dort nach wie vor auf freiem Fuß befindet. Der französische Außenminister Bidault hatte die leider richtige Feststellung getroffen, daß der Nazigeist aus Deutschland noch keineswegs verschwunden sei. Aber die Maßnahmen, die er empfahl, sind in der sowjetischen Besatzungszone schon längst verwirklicht. Bevin glaubte anscheinend, sich für die scharfe Kritik revanchieren zu müssen, die in der Frage der Entmilitarisierung an den Zuständen in der englischen Zone geübt worden war, und so kritisierte er nun seinerseits die Methoden der Entnazifizierung in der Ostzone.

Diese Diskussion erreichte ihren unbestreitbaren Höhepunkt mit der Rede Molotows, aus der man zum ersten Male in solcher Klarheit und Entschiedenheit entnehmen konnte, worauf es bei der Entnazifizierung und der Demokratisierung in Deutschland wirklich ankommt.

Nicht eine allgemeine Verfolgung aller früheren kleinen Pp, sondern die Ausschaltung der Aktivisten der NSDAP aus dem öffentlichen Leben der Gegenwart — das ist der wirkliche Sinn der Anweisungen, die in den Potsdamer Beschlüssen zu dieser Frage gegeben wurden. Nach dieser Richtlinie wird die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone tatsächlich gehandhabt. In den westlichen Zonen aber sieht es (das ging aus Molotows kritischen Darlegungen unwiderlegbar hervor) leider noch ganz anders aus.

Derselbe Unterschied zwischen Ost und West besteht in Deutschland auch im Hinblick auf die Wiederherstellung des politischen Lebens. An einem sehr instruktiven Vergleich verschiedener Länderverfassungen wies Molotow nach, welche Widersprüche in Deutschland zwischen den Anhängern des Gedankens der deutschen Einheit und den Interessenten eines möglichst lockeren Staatsgefüges bestehen. Molotow hat sich, aber nicht auf eine negative Kritik beschränkt, sondern er hat sowohl zur Entnazifizierung wie auch zur Demokratisierung je drei positive Vorschläge gemacht, die zu einer Lösung der bestehenden Probleme führen können.

Um dieses Kernstück der Donnerstagberatungen rankt sich noch einiges diplomatisches Beiwerk anderer Art.

Am wichtigsten erscheint davon für die deutsche Öffentlichkeit zweifellos die Mitteilung, daß die sowjetische Delegation dem Vorschlag zugestimmt hat, wonach künftig nur noch von einem „deutschen Friedensvertrag“, also nicht von einem Statut oder ähnlichen Ersatzbegriffen, gegen die sich die Sowjetregierung schon von jeher ausgesprochen hat, die Rede sein soll. Auf der Konferenz der Stellvertreter für die deutsche Frage kam es zu einer lebhaften, aber unentschieden gebliebenen Auseinandersetzung darüber, ob auch Albanien auf der Konferenz befragt werden soll.

Die Stellvertreter für Österreich debattierten darüber, ob Österreich nach Belieben technische Waffen (also auch „Massenvernichtungsmittel“) herstellen und damit eventuell zu einem Arsenal für Deutschland werden soll. Es war bezeichnend, daß die Engländer und Amerikaner der sowjetischen Delegation widersprachen, die den Österreichern eine solche Erlaubnis selbstverständlich nicht geben will. Über China, über das am Dienstag bereits eingehend diskutiert worden ist, soll nun nächster Tage bei einer Zusammenkunft der Außenminister weiter gesprochen werden. —m

15.
MÄRZ
1947

Die erste Woche der Moskauer Konferenz ist vorüber. Sie hat den Rat der Außenminister schnell und schnurgerade mitten in die deutschen Probleme hineingeführt. So wie es die Tagesordnung vorschreibt, wurde mit den Berichten über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands begonnen, aber auch eine der politisch entscheidenden Fragen, ob es nämlich einen Vertrag „mit“ Deutschland oder nur ein Statut „für“ Deutschland geben sollte, wurde schon in diesen ersten Tagen nicht nur besprochen, sondern auch weitgehend geklärt.

Von diesen Grundlinien der Erörterungen erstreckt sich nun mit dem weiteren Fortschritt der Beratungen die Diskussion selbstverständlich immer weiter auf Einzelheiten und auf benachbarte Probleme. Sie gewinnt an Umfang und Tiefe, aber es hat sich auch in dieser ersten Woche bereits deutlich gezeigt, daß die „Stimmung“ dieser Konferenz keineswegs (wie es manche Pessimisten absichtsvoll ankündigten) die Tendenz zu einem Bruch zwischen den Großmächten erkennen läßt. Vielmehr ist deutlich zu sehen, daß der gegenseitige Wille besteht, die Anregungen und Wünsche der verschiedenen Teilnehmer, die selbstverständlich in manchen Fragen verschiedene Standpunkte vertreten, sorgfältig zu prüfen und eine Basis der Verständigung zu suchen.

Besonders klar wurde diese stimmungsmäßige Grundeinstellung der Moskauer Konferenz in der großen politischen Debatte sichtbar, die am Freitag im Kreise der Außenminister geführt wurde. Allein die Worte

Molotow, der verschiedene Anregungen des amerikanischen Außenministers Marshall als wertvolle Bemerkungen bezeichnete, denen die Sowjetregierung zustimme und die man bei den weiteren Erörterungen berücksichtigen müsse, zeigen, wie der Wille zur Verständigung den Gang der Verhandlungen beherrscht. Selbstverständlich wird über manche Einzelheiten noch zu verhandeln sein, und es läßt sich noch nicht sagen, für welche Teile des von Marshall entwickelten amerikanischen Programms die sowjetische Zustimmung im speziellen gilt.

Verschiedenheiten der Standpunkte gibt es genug auszugleichen. Dafür nur einige Beispiele aus der großen Aussprache:

Marshall plädiert für die Aufhebung aller Einschränkungen, die der Einheit Deutschlands und der Freizügigkeit innerhalb des deutschen Gebietes noch im Wege stehen. Er sagt aber nichts von der sofortigen freien Betätigung der politischen Parteien und der Gewerkschaften in allen Zonen. Gerade das aber ist die dringliche Forderung der sowjetischen Delegation, und es ist andererseits der Punkt, dem die Franzosen — wie sich aus der Rede Bidaults am Freitag ergab — direkt widersprechen. Sie wünschen erst völlige Klarheit über die künftige deutsche Staatsform, aber Molotow wendet mit Recht ein, daß man die Parteien und Gewerkschaften nicht so lange warten lassen darf, bis dieses große, schwierige Problem der Neugestaltung Deutschlands endgültig geklärt ist.

Ferner hat Bevin sich schon am Donnerstag gegen das Listenwahlrecht in Deutschland ausgesprochen. Bidault aber tritt für diese Form des Wahlrechts ein, die ja auch in Frankreich gilt.

Marshall scheint in bezug auf die Entnazifizierung der Justiz in der amerikanischen Zone einen Anteil von 35 Prozent ehemaliger und nunmehr entnazifizierter Parteimitglieder nicht für zu hoch zu halten. Molotow aber machte ihn darauf aufmerksam, daß dies gerade im Justizwesen doch eine bedenklich hohe Quote ist. Dabei unterstrich aber Molotow nochmals den bekannten sowjetischen Standpunkt, daß auch bei den Beamten keineswegs alle früheren P_g entfernt werden sollen. Aber die prominenten Nazis müssen verschwinden. Darauf kommt es an, und gerade diese Forderung ist in den westlichen Zonen nicht erfüllt.

Der Bericht des Kontrollrates spricht von 80 liquidierten oder neutralisierten Rüstungsbetrieben in Westdeutschland, und die Engländer und Amerikaner halten das anscheinend für eine genügende Sicherung der Zerstörung des deutschen Kriegspotentials. Molotow aber machte sie darauf aufmerksam, daß man nicht wisse, wieviel Betriebe nun wirklich „liquidiert“ und wieviele nur „neutralisiert“ werden, wobei sie also eben nicht liquidiert werden, sondern bestehen bleiben.

Das sind einige Kernpunkte aus der großen Freitagdebatte. Wer kann bei der Lektüre der Reden Molotows, Marshalls und Bidaults sagen, daß die Konferenz keine Hoffnungen auf Fortschritte und Erfolg eröffnet? Notwendig ist nur, daß die Diskussionsbasis nicht verschoben wird, und diese Basis ist unverrückbar in den Beschlüssen von Jalta und Potsdam gegeben.

—m

17.
MÄRZ
1947

„Es scheint, daß wir alle Fragen in einen Sack stecken und ihre Besprechung vertagen, aber eines Tages werden wir den Sack öffnen müssen.“

Dieses Scherzwort, mit dem der französische Außenminister Bidault am Schlusse der Sonnabendsitzung den Stand der Beratungen kennzeichnete, hat einen recht ernstesten Hintergrund. Molotow bestätigte diese sarkastische Bemerkung seines französischen Kollegen, und zwar im gleichen scherzhafte Ton, mit dem Hinweis, man scheine sich wieder dem Prinzip „alles oder nichts“ zu nähern, nachdem man es wenigstens einmal bei der Beschlußfassung über Preußen verlassen hatte. Aber dieses heitere Wortgefecht am Schlusse dieser ersten arbeitsreichen Woche der Moskauer Konferenz ändert nichts daran, daß in der Debatte selbst unmittelbar vorher sehr ernste Probleme — und zwar vor allem von dem Redner der sowjetischen Delegation — zur Sprache gebracht worden waren.

Was soll aus dem innerstaatlichen Neubaue Deutschlands werden, wenn jeder Oberbefehlshaber in jeder der vier Besatzungszonen nach eigenem Gutdünken Provinzen zusammenlegt und neue Länder bildet? Wenigstens müßte doch der Kontrollrat, der als Regierung ganz Deutschlands für solche Fragen zuständig ist, um seine Meinung gefragt werden! In der sowjetischen Besatzungszone sind gebietsmäßige Veränderungen nur vorgenommen worden, bevor der Kontrollrat in Funktion trat. Aber in der französischen, englischen und amerikanischen Zone sind eine ganze Anzahl neuer Länder gebildet worden, als der Kontrollrat in Berlin seine Arbeit längst aufgenommen hatte. Er wurde aber nur nachträglich von den vollendeten Tatsachen in Kenntnis gesetzt. Dieses ganze Verfahren geschah außerdem in der öffentlich ausgesprochenen Absicht, ein föderalistisches Deutschland zu schaffen und damit den deutschen Einheitsstaat, den die Sowjetregierung und mit ihr das deutsche Volk anstreben, unmöglich zu machen.

Sollte man nicht — so fragte Molotow — in so grundlegend wichtigen Fragen nur einmütige Beschlüsse aller vier Besatzungsmächte durchführen, anstatt in jeder Zone eigenmächtig zu handeln?

Zu einer Beschlußfassung über den Antrag Molotows kam es aber nicht. Bevin und Marshall wünschten, daß diese Beschlußfassung zunächst noch

zurückgestellt werden solle, was dem französischen Außenminister berechtigten Anlaß zu seiner oben wiedergegebenen Bemerkung gab.

Auch in der anderen sehr ernsten Angelegenheit, die in der Sonnabend-sitzung noch vor der Debatte über die Aufgliederung Deutschlands besprochen wurde, beschränkte sich der Rat darauf, die umfassenden Darlegungen und Anträge der sowjetischen Delegation entgegenzunehmen, ohne sofort die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Es handelt sich um das Schicksal von Hunderttausenden von verschleppten Personen. Wyschinskij schilderte höchst eindringlich, wie es in den Lagern dieser heimatlos gemachten Menschen zugeht, wie sie von faschistischen Aufsehern drangsalirt, wie sie in fremde militärische Dienste gepreßt, mit Drohungen und Gewalt an der Heimkehr verhindert werden und welchen Angriffen sogar die Vertreter der Regierungen ausgesetzt sind, die solche Lager besuchen wollen, um sich nach ihren Landsleuten zu erkundigen. Ein solches brennendes Problem darf in der Tat nicht wieder „in den Sack gesteckt“ werden. Der Rat darf die notwendigen Maßnahmen zur Abhilfe nicht auf die lange Bank schieben. Die sowjetischen Anträge haben deutlich genug gezeigt, was zu geschehen hat.

Am Sonntag gönnten sich die Mitglieder der Konferenz einen Tag Ruhe. Man ging bei sehr kaltem, aber wenigsten sonnigem Wetter in Moskau spazieren, begab sich zu Empfängen und Gesellschaften oder tauschte Besuche aus. Aber am Montag setzte die Arbeit sowohl im Rat als auch bei den Stellvertretern in vollem Umfang wieder ein, denn nun soll außer den bisher behandelten Fragen auch das Reparationsproblem an die Reihe kommen.

—m

18.
MÄRZ
1947

Einig im Ziel, aber verschiedener Auffassung über die Mittel und Wege, die für die Verwirklichung der gemeinsamen Absichten notwendig sind — das ist im Augenblick das Bild der Moskauer Beratungen. Es sind sogar drei Ziele, über die man sich in der Hauptsache einig ist: die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, die Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen und die Erhöhung der Leistungen der deutschen Friedensindustrie.

Nicht ohne Grund ist in letzter Zeit immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Beschlüsse von Jalta und Potsdam, also vom Februar und vom August 1945, die unverrückbare Basis aller weiteren Vereinbarungen der Alliierten sein und bleiben müssen, und in Moskau hat sich auch in der großen Debatte am Montag wieder deutlich gezeigt, daß keine der Delegationen diesen Grundsatz anzweifelt. Nur in der Auslegung der Beschlüsse der früheren Konferenzen bestehen zum Teil abweichende Auffassungen.

Die Aufgabe des intensiven Meinungs-austausches in Moskau aber ist es gerade, in diesen Fragen immer wieder eine Übereinstimmung zu suchen. Als der erste Vorkämpfer der Grundsätze von Jalta und Potsdam hat sich auch jetzt wieder der sowjetische Außenminister Molotow erwiesen. Ganz ausdrücklich hat er sich in seiner neuen Rede auf große Teile des Wortlautes der früheren Protokolle berufen, wobei einige Beschlüsse der Krimkonferenz zum ersten Male zitiert wurden. Was auf diesen beiden Konferenzen geplant wurde, das muß nun verwirklicht werden, und gerade das liegt genau auf der Linie der sowjetischen Deutschlandpolitik. Vor allem für die Einrichtung deutscher Zentralverwaltungen, diese unerläßliche Vorstufe einer deutschen Regierung, ist Molotow nachdrücklich eingetreten.

Auf dem Wege zum Ziele der deutschen Einheit muß ein Hindernis beseitigt werden — die Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone. Sie muß, wie der sowjetische Außenminister ausdrücklich forderte, aufgehoben werden. Molotow hat mit großer Offenheit nachgewiesen, wie durch diese Zusammenlegung der beiden Zonen die Gefahr einer Zerstückelung Deutschlands entsteht, und wie dabei die deutsche Wirtschaft durch das Eindringen fremder Monopolgesellschaften geschädigt wird. Wenn umgekehrt der amerikanische Außenminister sich mit den Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion nicht einverstanden erklären wollte, und wenn er glaubte, an der sowjetischen Reparationspolitik Kritik üben zu können, so besteht zwischen beiden der Unterschied, daß die Feststellungen Molotows in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Protokoll stehen, während Marshalls Wünsche den Potsdamer Beschlüssen widersprechen.

In der Reparationsfrage scheint man allzu schnell vergessen zu haben, daß es ein Unterschied ist, ob ein durch den Krieg unerhört geschädigtes Land einen kleinen Teil des erlittenen Schadens ersetzt haben will oder ob Länder, die im eigenen Gebiet wenig oder gar keinen Schaden erlitten haben, Reparationsansprüche stellen. Deshalb war es notwendig, daß Molotow noch einmal daran erinnerte, daß die Sowjetunion 357 Milliarden Dollar Schaden erlitten hat und daß ihre Reparationsforderung nur zehn Milliarden Dollar beträgt. In einem Programm mit einer Anzahl präziser Forderungen hat die Sowjetunion ihre Vorschläge im Rat der Außenminister eingebracht, zu denen nun die anderen Alliierten sowohl in der Reparationsfrage als auch zu den Problemen der deutschen Einheit Stellung nehmen müssen.

Man sieht — die in Moskau versammelten Diplomaten kommen Tag für Tag immer tiefer in die Behandlung der weltpolitischen Kernfragen hinein, die jetzt gelöst werden sollen. Ihre Arbeit nimmt an Umfang und Wichtigkeit dauernd zu. Dementsprechend haben auch die Vertreter der Weltpresse

in Moskau reichlich zu tun. Zur Erleichterung ihrer Arbeit ist jedoch für sie, ebenso wie für die Mitglieder der Delegationen, in Moskau großzügig gesorgt.

Die meisten Diplomaten und Journalisten sind bekanntlich im Hotel »Moskwa«, einem Hochhaus von 14 Stockwerken, untergebracht. Dort wohnen sie in behaglichen Zimmern. Von den Fenstern aus haben viele von ihnen den herrlichen Blick auf den Kreml. Im Restaurant des Hotels erhalten sie auf Grund einer besonderen Karte mit vier Tagesabschnitten ihre ebenso reichliche wie ausgezeichnete Verpflegung, aber sie können auch nach Belieben die großen Restaurants der sowjetischen Hauptstadt aufsuchen.

—m

19.
MÄRZ
1947

Ein ernster Ton hat — so wird aus Moskau berichtet — in den Trinksprüchen mitgeklungen, die am Dienstagabend auf dem großen Bankett ausgebracht wurden, das Molotow zu Ehren der Konferenzteilnehmer gab. Diese Note der ersten Konzentration aller Kräfte und aller Gedanken auf das Ziel der Verständigung und des Friedens beherrscht so stark die gesamte Stimmung in Moskau, daß sie sich auch auf die große repräsentative Festlichkeit übertrug. Für Moskau gilt nicht die Wiener Parole vom Jahre 1815: „der Kongreß tanzt“. Um so stärker und einmütiger klang auch aus den Trinksprüchen der Wille und die Zuversicht heraus, die gestellten Aufgaben unbedingt zu lösen. Der Verlauf der Sitzungen zeigt, wie intensiv daran gearbeitet wird.

In der großen Reparationsdebatte hat nun auch der französische Außenminister Bidault seinen Standpunkt dargelegt. Frankreich bleibt danach bei seiner Weigerung gegen die Einrichtung zentraler deutscher Instanzen, solange noch kein Beschluß über die deutschen Grenzen gefaßt ist. Es verlangt die sofortige Eingliederung des Saargebietes in das französische Wirtschafts- und Währungssystem. (Von einer politischen Annexion hat Bidault nicht gesprochen.) Frankreich verlangt ferner ein besonderes Regime für das Ruhrgebiet und das Rheinland sowie gewisse Beschränkungen für die deutsche Kohlen- und Stahlproduktion.

Die Reparationsdebatte spitzte sich nach den großen grundsätzlichen Reden der vier Außenminister zuletzt auf eine Auseinandersetzung zwischen Marshall und Molotow zu. Das Argument, mit dem Marshall und Bevin bisher operiert hatten, war vor allem die Behauptung, daß die Sowjetunion zuviel Gewicht darauf lege, Reparationen aus Deutschland zu bekommen, während die Westmächte angeblich nichts oder nur wenig erhielten. Diese Darstellung hat Molotow am Dienstag gründlich widerlegt. Er stellte keineswegs in Abrede, daß die Sowjetunion die ihr gebührenden Repa-

rationsleistungen in Anspruch nimmt, was ja angesichts der bekannten ungeheuren Schäden, die sie erlitten hat, ganz selbstverständlich ist. Aber dann sprach Molotow ein sehr offenes Wort über die Reparationen im Westen. Was tun — so fragte er — die Westmächte selbst in der Reparationsfrage? Sie haben das deutsche Gold, die deutschen Guthaben im Auslande, die deutsche Handelsflotte, viele äußerst wertvolle deutsche Geräte und vor allem die deutschen Patente für sich in Anspruch genommen. Sind das alles etwa keine Reparationen? Im Hinblick auf die deutschen Patente konnte Molotow sich sogar auf einen Beamten der amerikanischen Regierung als Gewährsmann berufen, der ausdrücklich von dem enormen Wert dieser Patente gesprochen hat und sie als „Reparationen im direktesten Sinne“ bezeichnet hatte.

Damit war diese amerikanische Attacke abgeschlagen. Marshall machte nun den Versuch, der Sowjetunion die Bezugnahme auf die Beschlüsse von Jalta (die Molotow am Montag zitiert hatte) streitig zu machen. Es handelt sich um die Stelle des Krimprotokolls, in der die Gesamtsumme der Reparationen Deutschlands auf 20 Milliarden Dollar festgelegt und dabei die Hälfte dieser Summe, also 10 Milliarden Dollar, für die Sowjetunion bestimmt wurde. Marshall glaubte wahrscheinlich, eine besonders wirksame Pointe auszuspielen, als er behauptete, die Beschlüsse von Jalta seien durch die Potsdamer Beschlüsse überholt, und er wolle keinen „Rückzug“ von Potsdam nach Jalta antreten. Diese Pointe war jedoch überspitzt und mußte daher unwirksam bleiben; denn wie kann man einen Widerspruch zwischen zwei Konferenzbeschlüssen konstruieren wollen, die miteinander in Einklang stehen, weil der eine auf dem anderen beruht? Molotow wehrte auch diesen Vorstoß ab und erinnerte den amerikanischen Außenminister daran, daß in den Potsdamer Beschlüssen ausdrücklich gesagt ist, daß sie „gemäß den Beschlüssen von Jalta“ gefaßt worden sind.

Es wird sich nun in Moskau darum handeln, die Standpunkte in der Reparationsfrage und zum deutschen Problem im allgemeinen miteinander in Einklang zu bringen. Man wird dabei auch die Vertreter anderer alliierter Staaten anhören, aber hier muß die Gefahr vermieden werden, daß die Konferenz in uferlose Debatten gerät. Vier Ausschüsse sollen für die verschiedenen Sonderprobleme gebildet werden. Marshall und Bevin wollen die Vertreter der kleineren Länder auch zu diesen Ausschüssen zulassen. Wyschinskij, dem der Vertreter Frankreichs zustimmte, wies jedoch darauf hin, daß diese Ausschüsse dann zu Diskutierklubs werden könnten und daß sie die Arbeit der Großmächte, bei denen ja doch die letzte Verantwortung liegt und liegen wird, nicht erleichtern, sondern nur stören werden.

Unnötige Schwierigkeiten muß man aber selbstverständlich vermeiden. Es gibt in Moskau ohnehin genug Arbeit. Es bestehen, wie kein Mensch anders erwartet hat, beträchtliche Meinungsverschiedenheiten, die überbrückt

werden müssen. Es bedeutet aber eine arge Verkennung der Sachlage, wenn in einem Berliner Blatt (sogar in Form einer Schlagzeile) behauptet wurde, daß die Westmächte und die Sowjetunion in der deutschen Frage durch eine „ungeheure Kluft“ voneinander getrennt seien. Mit solchen Übertreibungen wird der Sache, an der allen gelegen ist, nicht genützt.

—m

20.
MÄRZ
1947

Die politische Debatte im Rat der Außenminister hat jetzt zu einer Bilanz über alle die Probleme geführt, in denen entweder Übereinstimmung herrscht oder in denen noch Unterschiede zwischen den Auffassungen der Großmächte bestehen. Nun ist es keineswegs so (wie mitunter tendenziös behauptet wird), daß etwa nur zwischen Ost und West Meinungsverschiedenheiten bestünden, während die Westmächte untereinander angeblich einig seien. Vielmehr wechselt die Gruppierung der zustimmenden und der ablehnenden Erklärungen von Fall zu Fall je nach dem Gegenstand, um den es sich handelt.

Als wichtigste Feststellung aus der Diskussion vom Mittwoch ergibt sich die Übereinstimmung zwischen Bevin und Molotow in den Fragen der deutschen Zentralverwaltung, der Entwicklung der deutschen Industrie und der deutschen Währungsreform. Marshall hatte bereits am Montag von der Notwendigkeit gesprochen, eine zentrale deutsche Verwaltung in Betracht zu ziehen. Gegen solche deutsche Zentralstellen opponiert also nur noch die französische Regierung. Andererseits hat Bevin am Mittwoch zwar mit Bedauern, aber doch mit voller Klarheit die französische Forderung nach einer vorherigen Festlegung der deutschen Kohlenausfuhr abgelehnt. Auch zu den französischen Saarwünschen hat Bevin seine Zustimmung noch nicht gegeben. Die Engländer widersprachen auch dem sowjetischen Vorschlag einer gemeinsamen Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet sowie der Forderung, die Vereinigung der beiden westlichen Zonen rückgängig zu machen. Im übrigen aber betonte Bevin ausdrücklich, daß er mit vielen anderen Vorschlägen Molotows einverstanden sei. Sogar zwischen den Engländern und Amerikanern, die doch sonst eng zusammenzugehen pflegen, gibt es eine Differenz über die Demontagen für Reparationslieferungen, und wegen der Wiederaufnahme der Arbeiten der Reparationskommission besteht wiederum Übereinstimmung zwischen Molotow und Bidault, während Bevin widerspricht.

Man sieht schon aus diesen wenigen Beispielen, daß es auf der Moskauer Konferenz keine sogenannten „Fronten“ gibt, sondern daß Zustimmung und Ablehnung in den einzelnen Fällen ganz verschieden gelagert sind. Einen klaren Überblick über den jetzigen Stand der Verhandlungen gab Molotow in seiner Rede vom Mittwoch. Darin trat er insbesondere dafür ein,

daß die Einsetzung einer deutschen Regierung nicht länger aufgeschoben werden solle und daß der erste Schritt dazu die Errichtung zentraler Wirtschaftsorganisationen sein müsse. Molotow konnte sich dabei ausdrücklich auf die erwähnte Zustimmung der Engländer und Amerikaner berufen. Auch über den Plan für die deutsche Einfuhr und Ausfuhr, über die Finanzreform, über die Bewegungsfreiheit und über andere Fragen erklärte er es für durchaus wünschenswert, gemeinsame Vereinbarungen zu erzielen.

Der Hauptpunkt der Diskussion bleibt aber die Entscheidung darüber, ob die Reparationsfrage gleichzeitig mit der Frage der deutschen Wirtschaftseinheit geregelt werden soll. Die Sowjetregierung vertritt unbedingt den Standpunkt, daß dieser Zusammenhang auf Grund der Potsdamer Beschlüsse unweigerlich gegeben ist. Es ist in der Tat nicht schwer, zu verstehen, daß die Sowjetunion als das am meisten geschädigte Land auf die baldige Klärung der Reparationsfrage Wert legen muß, besonders nachdem sie im Laufe von fast zwei Jahren von ihrem anerkannten Anspruch von zehn Milliarden Dollar bisher aus den westlichen Zonen nur den äußerst geringen Betrag von fünf Millionen erhalten hat. Deshalb kann es auch bei der Kontrolle der deutschen Industrie nicht nur (wie es Bevin wünschte) um einen Plan für Export und Import gehen, von dem dann alles andere, also auch die Reparationen, abhängig wäre. Vielmehr muß der Kontrollplan sowohl die Wiederherstellung jeder deutschen Rüstung verhindern, wie auch einen Wirtschaftsplan umfassen, der den deutschen Friedensbedarf und die Reparationsleistungen gleichermaßen berücksichtigt. Den Widerspruch Bevins gegen die von der Sowjetregierung vorgeschlagene besondere Vier-Mächte-Kontrolle über das Ruhrgebiet konnte Molotow durch den Hinweis entkräften, daß auf der Potsdamer Konferenz, an der ja Bevin selbst teilgenommen hat, bereits ein solcher Plan ins Auge gefaßt worden ist.

Die Wege zu einer Verständigung über die offenen Fragen sind also in den meisten Fällen bereits gewiesen, und der Wille zu dieser Verständigung ist ohne Zweifel ebenfalls vorhanden. Das hat Marshall ausdrücklich mit den Worten bestätigt, er sei mit Bevins Bemerkung einverstanden, daß es möglich sein werde, die Standpunkte aller vier Delegationen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Ebenso gab Marshall zu, daß die sowjetische Forderung nach einer Klärung der Reparationsfrage berechtigt ist. Auch Molotow hat gesagt, wenn man wolle, werde man auf jeden Fall in der Lage sein, die Erwägungen der vier Delegationen miteinander in Einklang zu bringen.

Ungeachtet der Schwierigkeiten, die in Moskau vorhanden sind, und die von niemanden geleugnet werden, wächst daher überall die Überzeugung, daß es bei dieser Konferenz möglich sein wird, positive Resultate zu erreichen. Es gibt jedoch in Deutschland noch Politiker, die statt dessen die

trennenden Momente in den Vordergrund schieben und sie dem Volke durch das Vergrößerungsglas ihrer parteipolitischen Sonderwünsche zeigen. Damit führen sie bewußt die deutsche Öffentlichkeit irre, können aber die kraftvoll vorwärtsstrebende Entwicklung, die auf eine einmütige Beschlußfassung über den Frieden und über ein neues Deutschland hinzielt, nicht aufhalten.

—m

21.
MÄRZ
1947

Auch am Donnerstag hat sich im Rat der Außenminister wieder deutlich gezeigt, daß Meinungsverschiedenheiten nicht nur zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, sondern vor allem innerhalb der westlichen Gruppe selbst bestehen. Es war der englische Außenminister Bevin, der den Wünschen seines französischen Kollegen Bidault energisch widersprach. Die Franzosen weigerten sich recht eindeutig, über die beiden großen, miteinander verbundenen Probleme der deutschen Einheit und der deutschen Reparationsleistungen überhaupt zu verhandeln, solange sie nicht die Garantie für bestimmte Kohlenlieferungen aus Deutschland bekommen. Bevin aber erklärte nach der Rede Bidaults, England bleibe bei seinem ablehnenden Standpunkt gegenüber der französischen Forderung nach einer Festlegung des Exportplanes für deutsche Kohle. Außerdem ließ Bevin durchblicken, er könne keinen Vorschlag annehmen, durch den die Franzosen gewissermaßen die ganzen weiteren Verhandlungen blockieren, bis sie ihren Willen in der Kohlenfrage durchgesetzt hätten. Das war eine recht deutliche Abwehr. Einzelne Blätter reagieren darauf sofort mit düsteren Betrachtungen, ob man nun wohl überhaupt noch zu einer Einigung gelangen könne.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Das Hauptthema der Konferenz sind im Augenblick die Wirtschaftsfragen, und hier stoßen naturgemäß nicht allgemeine Auffassungen, sondern harte Zahlen aufeinander.

Die Haltung der Franzosen, die am Donnerstag von Bidault dargelegt wurde, wird sowohl durch wirtschaftliche als auch durch politische Erwägungen bestimmt. Sie opponieren gegen die Vorschläge über die deutsche Wirtschaftseinheit und über die Erhöhung der deutschen industriellen Produktion. Vor allem verlangen sie mehr Kohle aus Deutschland. Sie wollen, wie Bidault sagte, nicht dulden, daß Deutschland mehr Kohle verbrauche als Frankreich. Ferner befürchten sie, daß ihre bekannten Sonderwünsche (Eingliederung des Saargebietes in den französischen Wirtschaftsbereich und eigenes Regime für das Ruhrgebiet) nicht mehr verwirklicht werden könnten, wenn vorher bereits ein Beschluß des Ministerrates über die Einheit Deutschlands gefaßt werden sollte.

Eine besondere Rolle spielt die Höhe der deutschen Stahlerzeugung. Molotows großzügiger Vorschlag, die deutsche Stahlproduktion auf zehn bis zwölf Millionen Tonnen zu steigern, stieß bei Bidault auf Ablehnung. Nur zu einem Kompromiß in der Höhe von sieben bis acht Millionen Tonnen wollen die Franzosen bereit sein. Was Deutschland darüber hinaus an Stahl für seine Industrie braucht, das soll es im Ausland kaufen. Wie sich das dann auf die Reparationen auswirkt, darüber hat Bidault nichts gesagt.

Auf diese Debatte im Rat der Außenminister konzentriert sich selbstverständlich alle Aufmerksamkeit, denn dort sind jetzt die grundsätzlichen Anschauungen und Forderungen der Großmächte dargelegt worden, so daß man nun die Chancen eines Ausgleichs abwägen kann. Es ist sehr bemerkenswert, daß gerade der englische Außenminister Bevin, der sich so scharf gegen das französische Programm aussprach, im unmittelbaren Zusammenhang mit seiner ablehnenden Erklärung nachdrücklich für die Verständigung zwischen allen vier Großmächten eintrat. Es ist ebenso bemerkenswert, daß er sich dabei ausdrücklich auf die von Molotow ausgesprochene Hoffnung auf positive Ergebnisse der Moskauer Beratungen berief.

Was sonst in Moskau vor sich geht, ist neben diesen hochpolitischen Auseinandersetzungen von nebensächlicher Bedeutung. In den recht langwierigen Verhandlungen der Stellvertreter der Außenminister dreht sich die Debatte immer noch um die Fragen, welche Staaten an der Konferenz teilnehmen sollen, wie die Ausschüsse zusammengesetzt sein sollen, ob man „Beobachter“ zulassen will und vor allem, ob eine künftige deutsche Regierung, die nach den Potsdamer Beschlüssen den Friedensvertrag unterzeichnen soll, vorher Gelegenheit haben wird, ihren Standpunkt darzulegen. Auch hier sind es nur die Franzosen, die Widerspruch dagegen erheben, daß man eine deutsche Regierung anhört, weil sie vorläufig, solange die französischen Sonderwünsche nicht erfüllt sind, von einer deutschen Zentralregierung überhaupt nichts wissen wollen. Immerhin ist der Vorschlag des amerikanischen Außenministers Marshall angenommen worden, im Rate der Außenminister nun zunächst über die vorläufige Regierung in Deutschland zu sprechen, so daß jetzt eines der für die deutsche Öffentlichkeit interessantesten Kapitel der Konferenz bevorsteht. —m

22.
MÄRZ
1947

In raschem Tempo schreiten die Beratungen der Außenminister vorwärts. Am Donnerstag wurde noch über den Kohlenexport und die Stahlerzeugung gesprochen, aber am Freitag behandelte man bereits das Thema „deutsche Zentralregierung“. Damit ist die Konferenz am Ende ihrer zweiten Arbeitswoche zu einem der Angelpunkte ihres Arbeitsprogramms gelangt.

Die grundsätzliche Einstellung der Großmächte zur deutschen Regierungsfrage ist seit langem bekannt, aber jetzt sind in Moskau zum ersten Male die konkreten, formulierten Vorschläge der Regierungen zu diesem Gegenstand bekanntgegeben worden. Am Freitag sprachen Bevin und Marshall. Ihre Darlegungen bestätigten im wesentlichen das, was über den anglo-amerikanischen Standpunkt in dieser Frage bisher mitgeteilt worden war.

Diese beiden, nur wenig voneinander abweichenden Vorschläge empfehlen einen föderalistischen Aufbau Deutschlands. In der englischen Erklärung wird dieser Vorschlag ausdrücklich damit begründet, daß eine zentralistische Staatsform angeblich den Boden für das Heranwachsen einer neuen Kriegsgefahr darstellen könnte. Beide Vorschläge stimmen darin überein, daß die kommende deutsche Zentralregierung nur eine Anzahl genau begrenzter Machtbefugnisse haben soll, die sich ausschließlich auf solche Angelegenheiten erstrecken, welche für ganz Deutschland unbedingt einheitlich geregelt werden müssen (also z. B. auswärtige Politik, Strafrecht, Zollwesen, Verkehr, Währung usw.). Alles andere soll den Ländern überlassen bleiben. Abweichungen zwischen dem englischen und amerikanischen Vorschlag liegen darin, daß die Engländer zunächst eine provisorische Verfassung Deutschlands schaffen möchten, während die Amerikaner eine provisorische Regierung aus den Ministerpräsidenten der Länder vorschlagen. Die Amerikaner vertreten die Meinung, daß die Zeit für die Bildung einer solchen Regierung jetzt gekommen sei, während die Engländer über den Zeitpunkt erst noch verhandeln möchten. Außerdem wird im amerikanischen Vorschlag betont, daß erst die Wirtschaftseinheit Deutschlands sichergestellt sein müsse, bevor man eine Regierung bilden könne.

Am Sonnabend hat nun auch Molotow gesprochen und die sowjetischen Vorschläge zu der provisorischen politischen Organisation Deutschlands dargelegt. Der Kernpunkt des sowjetischen Plans ist darin zu erblicken, daß eine einheitliche demokratische Republik geschaffen werden soll, also kein lockeres, bundesstaatliches Gefüge von selbständigen Ländern. In diesem Grundgedanken des sowjetischen Vorschlages liegt zugleich der hauptsächlichste Unterschied gegenüber den Entwürfen der Engländer und der Amerikaner. Der deutsche Einheitsstaat soll jedoch keineswegs dem nationalsozialistischen Staate ähnlich sein, in welchem die Vereinheitlichung so weit getrieben worden war, daß nicht nur die gesamte Regierungsgewalt, sondern auch der Verwaltungsapparat zentralisiert waren. Vielmehr wird in dem Vorschlage Molotows ausdrücklich gefordert, daß der Hitlersche Zentralismus beseitigt werden muß. Auch werden die Rechte der Länder und der Bestand der Länderverfassungen gewährleistet.

Übereinstimmung oder doch große Ähnlichkeit zwischen dem sowjetischen Vorschlag und den anglo-amerikanischen Plänen besteht u. a. in dem Auf-

gabenkreis, welcher der deutschen Gesamregierung zugewiesen wird, sowie ferner darin, daß ein Parlament mit zwei Kammern und ein Staatspräsident vorgesehen sind.

Es wird sich nun darum handeln, eine gemeinsame Lösung in dieser überaus wichtigen Frage zu finden, denn selbstverständlich muß erst festgestellt werden, auf welcher Grundlage eine deutsche Regierung gebildet werden soll, bevor sie von den Alliierten angehört werden und später einen deutschen Friedensvertrag unterschreiben kann.

In bezug auf Österreich haben die Außenminister am Freitag beschlossen, Vertreter der Wiener Regierung zu den Besprechungen über den österreichischen Friedensvertrag nach Moskau einzuladen.

In den beiden ersten Wochen der Moskauer Beratungen ist ein großes Maß von Arbeit geleistet worden. Der sehr inhaltreiche erste Punkt der Tagesordnung wurde gründlich behandelt. Die Berichte über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, über die Reparationen und die Zentralverwaltungen wurden eingehend diskutiert. Das bedeutet nicht, daß diese Themen bereits erledigt wären. Beschlüsse, die in diesen Fragen erforderlich sind, sollen erst später gefaßt werden, aber die Standpunkte der vier Großmächte sind nach der grundsätzlichen Seite hin erörtert worden, und das hat erheblich zur Klärung der Situation beigetragen. Die zweite Woche war in der Hauptsache dem Problem der inneren Neugestaltung Deutschlands gewidmet, und jetzt steht der Rat der Außenminister bereits mitten in der Behandlung des zweiten Punktes seiner Tagesordnung „Form und Reichweite einer provisorischen politischen Organisation Deutschlands“.

Noch ist es zu früh, um Prognosen anzustellen, wann und in welchem Ausmaß die Moskauer Konferenz positive Ergebnisse bringen wird. Aber schon in diesen ersten beiden Wochen hat sich gezeigt, daß auf allen Seiten klar erkannt worden ist, wie außerordentlich viel für den Aufbau einer neuen friedlichen Welt von dieser Konferenz abhängt. Die sowjetische Delegation hat hier wie auf allen früheren Konferenzen immer wieder konsequent und unermüdlich zur Einigung gemahnt, und sie hat damit in der gesamten Weltöffentlichkeit ein starkes Echo gefunden. Die Völker wissen, daß der Weltfriede nur auf der Basis einmütiger Beschlüsse der Großmächte gesichert werden kann, und die Regierungen werden dieser Einstellung der Völker Rechnung fragen müssen. In Moskau zeigt sich, daß diese Erkenntnis sich immer weiter Bahn bricht. Der englische Außenminister Bevin hat diesen Gedanken auf dem festlichen Empfang bei Molotow in die treffenden Worte gekleidet: „Wir vier dürfen nicht zulassen, daß man sagen wird, da wären Männer, die eine Chance hatten, die Welt zu retten, aber sie haben diese Chance verfehlt.“

24.
MÄRZ
1947

Zwei Tage ohne Sitzung der Außenminister bedeuten nicht zwei Ruhetage in Moskau. Der Sonntag und der Montag waren vielmehr der gründlichen Vorbereitung für die Dienstsitzung des Rates gewidmet, denn am Sonnabend hatte gerade der letzte Teil der Debatte über die künftige politische Organisation Deutschlands noch besonders reiches Material gebracht und anscheinend auch besonders günstige Aussichten auf eine Einigung der Großmächte in dieser für das deutsche Volk grundlegend wichtigen Frage eröffnet.

Es ist ja im Prinzip fast dasselbe, was wir anstreben, nur benutzen wir dafür abweichende Bezeichnungen. Auf diese kurze Formel könnte man die letzten Reden bringen, die Molotow und Marshall am Sonnabend zur deutschen Frage hielten. Man braucht also keine langen Auseinandersetzungen über Föderalismus und Zentralismus mehr. Wenn man den sachlichen Inhalt der hierzu eingebrachten Vorschläge betrachtet, findet man, daß sie nicht wenig Gemeinsames haben. An diese Tatsache muß man sich halten, und dann verlieren die Meinungsverschiedenheiten über die verschiedenen „... ismen“ jede Bedeutung. Das stellte Marshall dem Sinne fest, und Molotow stimmte ihm zu.

Es war es abermals Molotow, der aus dieser gemeinsamen Erkenntnis sofort die praktische Schlußfolgerung zog und einen gangbaren Weg zeigte, wie man zu einer Lösung gelangen kann. Er stellte zur Erwägung, ob man nicht am einfachsten verfahren würde, wenn man die Weimarer Verfassung (selbstverständlich nicht mit allen ihren Fehlern und Mängeln, sondern mit den notwendigen Verbesserungen) als Grundlage für die Neugestaltung der politischen Organisation in Deutschland nehmen würde. Bevin und Bidault machten beide Einwendungen, aber der Vorschlag Molotows verliert dadurch seine Bedeutung keineswegs, und er läßt sich sehr wohl mit der vorläufig vom Rat eingeschlagenen Methode kombinieren, wonach alle bisher in der Debatte vorgebrachten Pläne von einem Sonderausschuß geprüft werden sollen.

In diesem Ausschuß, der aus dem Kreis der Stellvertreter der Außenminister gebildet wurde, sollte nun am Sonntag und Montag festgestellt werden, inwieweit die Standpunkte der vier Großmächte zur deutschen Frage miteinander übereinstimmen, und in welchen Punkten sie voneinander abweichen. Dann wird der Rat am Dienstag versuchen, auf Grund des Berichtes dieses Sonderausschusses eine gemeinsame Basis zu finden. Da zwischen den eingebrachten Vorschlägen bereits eine Annäherung festgestellt worden ist, so ist es erklärlich, wenn die Aussichten für eine Verständigung verhältnismäßig optimistisch beurteilt werden.

Allerdings darf man dabei nicht außer acht lassen, daß der französische Standpunkt in wichtigen Fragen von den Vorschlägen Molotows und Marshalls erheblich abweicht. Bidault hat am Sonnabend in seiner Rede dargelegt, daß nach der Auffassung der Franzosen jetzt überhaupt jede Zentralregierung in Deutschland ein Fehler sein würde. Man sollte sich zunächst mit der ersten Etappe, der Einrichtung einer demokratischen Lokalverwaltung, begnügen, und erst später könne man dann über Zentralverwaltungen sprechen. Bevin legte am Sonnabend noch ein neues, weit in die Einzelheiten gehendes Programm vor, in welchem die sofortige Herstellung der Wirtschaftseinheit mit allen ihren Konsequenzen und die Einrichtung von Zentralverwaltungen an der Spitze stehen, während der Hauptteil dieses britischen Planes die Beschleunigung der Maßnahmen in der Reparationsfrage betrifft.

Während bisher die Zuversicht auf ein positives Ergebnis der Moskauer Konferenz vor allem von sowjetischer Seite geäußert worden war, ist es für den Verlauf und die Beurteilung der Konferenz immerhin bezeichnend, daß (wie ausländische Pressevertreter in Moskau bemerken) jetzt auch in Kreisen der amerikanischen Delegation in Moskau ein „vorsichtiger Optimismus“ zu beobachten sei, der beim Beginn der Konferenz völlig gefehlt habe, und der jetzt vor allem auf dem über Erwarten schnellen Fortschritten der Arbeiten beruhe. —m

25.
MÄRZ
1947

Der Sonderausschuß — auch Koordinationsausschuß genannt, weil er die Aufgabe hatte, zwischen sehr zahlreichen und sehr verschiedenen Vorschlägen der Außenminister zu den einzelnen Kapiteln der deutschen Frage die erforderliche Verbindung herzustellen — hat am Sonntag und Montag seinen Auftrag erfüllt, und nun kann der Rat der Außenminister die Erörterung dieser Punkte fortsetzen. Zu den ersten Kapiteln der Moskauer Tagesordnung (der Berichtersattung des Kontrollrates über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands) hat der Ausschuß in einigen Punkten die Übereinstimmung der vier Großmächte feststellen können, zum Beispiel bei der Notwendigkeit, alle deutschen Rüstungsanlagen „sobald wie möglich“ zu beseitigen. Die Sowjetunion hatte dafür als Termin das Ende des Jahres 1948 vorgeschlagen. Grundsätzlich einig ist man sich auch darüber, daß die in den westlichen Zonen noch bestehenden deutschen militärischen Einheiten aufgelöst und die entsprechenden Formationen kontrolliert werden sollen. Es ist aber noch kein Zeitpunkt dafür vereinbart worden. Wenig Neues bringt die vom Ausschuß festgestellte Einigung über die Entnazifizierung. Die Entfernung der Nazis aus öffentlichen Ämtern und die Beschleunigung des gesamten Verfahrens

sind ohnehin eine alte Forderung aller vier Mächte, und über den Vorschlag der Amerikaner, ein einheitliches Gesetz über die Entnazifizierung in Deutschland zu schaffen, wurde noch keine Übereinstimmung erzielt.

Die Franzosen haben ihre vom Außenminister Bidault bereits in der vorigen Woche dargelegten Vorschläge jetzt auch in Form eines Memorandums eingereicht, welches sich zunächst ebenfalls nur auf die ersten Kapitel der Tagesordnung bezieht und noch nichts über die Fragen der Einheit Deutschlands und des Abschlusses eines Friedensvertrages enthält. Bemerkenswert erscheint dabei die Tatsache, daß die Franzosen im Zusammenhang mit der Reparationsfrage und der Steigerung des deutschen Industrieniveaus an einer Begrenzung der deutschen Stahlproduktion auf siebeneinhalb Millionen Tonnen festhalten, obwohl der sowjetische und der englische Vorschlag zwischen zehn und zwölf Millionen Tonnen liegen.

Ein neues Thema hat der amerikanische Außenminister Marshall mit dem Plane angeschnitten, die Besatzungstruppen der alliierten Mächte in Deutschland auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Der Zweck dieser Maßnahme, die Marshall in einer Denkschrift über die Demokratisierung Deutschlands empfiehlt, liegt darin, daß hiedurch der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit zu einer schnelleren Entwicklung gegeben werden soll. In diesem Schriftstück über die Demokratisierung Deutschlands wird gleichzeitig ein besonderes Gesetz über die demokratischen Grundrechte empfohlen. Ein solches Gesetz hatten die Amerikaner bereits vorher in Vorschlag gebracht, während die entsprechende sowjetische Anregung sich von diesem Vorschlag nur in formaler Hinsicht unterscheidet, da Molotow die Verankerung dieser Grundrechte in der Verfassung anregte.

Auch außerhalb der täglichen Sitzungen der Moskauer Konferenz wird die politische Arbeit intensiv weitergeführt. Nachdem Generalissimus Stalin vor kurzem bereits den französischen Außenminister Bidault empfangen hatte, wird nun gemeldet, daß der englische Außenminister Bevin am Montag einen Besuch bei Stalin abgestattet hat.

In Washington ist jetzt der Text der Protokolle von den Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam veröffentlicht worden. Diese Konferenzen fanden Ende November 1943, Anfang Februar 1945 und Ende Juli 1945 statt. Aus dem Wortlaut der bei diesen Zusammenkünften gefaßten Beschlüsse hat sich jetzt abermals die Bestätigung dafür ergeben, daß die alliierten Großmächte über die Festsetzung einer Gesamtsumme der deutschen Reparationsleistungen auf zwanzig Milliarden Dollar einig waren und daß sie weiterhin beschlossen, die Hälfte dieses Betrages (so wie es Molotow vor kurzem auf der Moskauer Konferenz bereits zitiert hatte) der Sowjetunion zu überweisen.

—m

26.
MÄRZ
1947

Der Rat der Außenminister hat sich jetzt dem dritten Punkt der Tagesordnung, „Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland“, zugewendet, während der Koordinierungsausschuß weiter damit beschäftigt ist, die Auffassungen und Wünsche der Großmächte zu den beiden ersten Punkten der Tagesordnung miteinander in Einklang zu bringen.

Am Dienstag sind in Moskau sowohl von den Ministern selbst als auch von ihren Stellvertretern zwar sehr eingehende Debatten geführt worden, aber noch konnte in keinem der dabei behandelten Punkte eine Verständigung erzielt werden. Insbesondere besteht noch ein erheblicher Unterschied zwischen den Meinungen über die Unterzeichnung des kommenden Friedensvertrages durch eine deutsche Regierung. In dieser Angelegenheit hat sich jetzt im Rate der Außenminister die Auseinandersetzung wiederholt, die bereits vor vierzehn Tagen im Kreise der Stellvertreter geführt wurde. Man erinnert sich, daß Wyschinskij schon am 12. März die grundsätzliche Wichtigkeit der Frage unterstrichen hat, ob ein regelrechter Vertrag der Alliierten mit Deutschland abgeschlossen werden soll. Die Amerikaner hatten damals die Meinung vertreten, man möge nur eine „Friedensregelung“ für Deutschland ausarbeiten, während die Engländer nur gewisse Bedenken geäußert hatten, es könnte zuviel Zeit verlorengehen, bis eine deutsche Regierung gebildet sein würde.

„In jedem Falle besteht die sowjetische Delegation darauf, daß der deutsche Friedensvertrag von einer deutschen Regierung unterzeichnet werden muß.“ Dieser Satz ist das Kernstück der Erklärung, die Molotow am Dienstag abgab, während Marshall den entgegengesetzten Standpunkt vertrat. Der amerikanische Außenminister brachte dabei ein neues Moment in die Debatte, indem er vorschlug, daß in die kommende deutsche Verfassung eine Bestimmung über die Erfüllung der Verpflichtungen des Friedensvertrages aufgenommen werden solle. Wenn dann (so meinte er, diesen merkwürdigen Umweg begründen zu können) die Deutschen ihre neue Verfassung annehmen, würden sie damit zugleich den Friedensvertrag anerkennen, den sie also nicht extra zu unterschreiben brauchten. Marshall hat sich mit dieser Weigerung, eine deutsche Regierung zur Unterzeichnung des Vertrages aufzufordern, nicht nur in einen direkten Gegensatz zum sowjetischen Standpunkt gestellt, sondern er hat damit auch Widerspruch und Bedenken bei den anderen Delegierten hervorgerufen. Bidault wollte diesen Vorschlag nur als Grundlage für weitere Besprechungen gelten lassen, während Bevin sehr ernste Zweifel äußerte, ob dieser Weg überhaupt gangbar sei. Er warnte in diesem Zusammenhang davor, gewisse Fehler von Versailles zu wiederholen. Molotow konnte feststellen, daß die

englische und die sowjetische Auffassung in sachlicher Hinsicht im wesentlichen übereinstimmen. Der amerikanische Vorschlag aber müsse erst einmal genau studiert werden.

Die Frage der Unterzeichnung des Vertrages durch eine deutsche Regierung bleibt also noch offen. Ebenso ist am Dienstag von den Außenministern auch noch keine Verständigung darüber erreicht worden, welche Regierungen zur Beratung des deutschen Friedensvertrages zugelassen werden sollen. Hierbei handelt es sich vor allem um Albanien. Die Sowjetregierung würdigt den heroischen Befreiungskampf des kleinen albanischen Volkes und seinen Anteil an der Bekämpfung des Faschismus im Hinblick auf die schweren Opfer, die Albanien gebracht hat. Die Amerikaner versuchen, den albanischen Befreiungskampf zu bagatellisieren. Die Sonderbeauftragten werden diese Angelegenheit weiter behandeln.

Das dritte Problem, über welches man sich am Dienstag gründlich ausgesprochen, aber noch nicht geeinigt hat, war die Frage des Besuchs der Verschlepptenlager durch Vertreter der verbündeten Nationen. Der Koordinationausschuß, der diese Angelegenheit behandelt, konnte lediglich die abweichenden Meinungen feststellen.

Tage ohne konkrete Beschlüsse brauchen jedoch keineswegs ein Anlaß zu pessimistischen Betrachtungen zu sein. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn ein amerikanisches Nachrichtenbüro andeutet, man könne jetzt in Moskau anscheinend mit einer wachsenden Bereitschaft zur Verständigung rechnen.

Der Abend dieses arbeitsreichen Tages war einer großen künstlerischen Veranstaltung gewidmet, dem glanzvollen Ballett „Romeo und Julia“ im Großen Theater. Dabei wurden die Delegierten in der großen Loge vom Publikum mit dem herzlichsten Beifall begrüßt.

—m

27.
MÄRZ
1947

Die Beratungen der Außenminister waren am Mittwoch wieder der Aussprache über das Verfahren beim Friedensschluß mit Deutschland gewidmet. Hier wiederholte sich in den Grundsätzen die Auseinandersetzung, zu der es in der gleichen Frage bereits am 17. und 18. März im Kreise der Stellvertreter der Außenminister gekommen war. Schon damals beriet man über die Zahl der Regierungen, die bei den Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag vertreten sein sollen, und dabei waren die Amerikaner und Engländer bereits mit dem Wunsch hervorgetreten, eine möglichst große Zahl von Ländern bei diesen Verhandlungen anzuhören und ihnen sogar zu gestatten, ihre Vertreter in die verschiedenen Ausschüsse der Konferenz zu entsenden. Die französische Delegation hatte gegen diesen Wunsch

Bedenken geäußert, weil die Konferenz schließlich nicht zu einer Art Parlament werden dürfe. Wyschinskij hatte erklärt, die Ausschüsse würden sich dann zu Debattierklubs entwickeln, was für den Fortgang der Arbeiten nur hinderlich sein könnte.

Eine Verständigung wurde damals nicht erreicht, und auch die Außenminister selbst haben in dieser Frage am Mittwoch noch keine Basis für eine Einigung finden können. Molotow schlug vor, den Kreis der Konferenzteilnehmer einschließlich Albanien auf neunzehn Staaten zu begrenzen. Die Amerikaner und Engländer aber wünschten, daß alle Länder, die überhaupt eine Kriegserklärung an Deutschland abgegeben haben (also auch dann, wenn sie nicht aktiv an den Kämpfen teilnahmen), nun auch zur Konferenz zugezogen werden sollten. Marshall setzte sich dabei für die südamerikanischen Staaten und Bevin für die britischen Dominions ein. Ein französischer Vermittlungsvorschlag führte in dieser Sitzung nicht zum Erfolg. Nur über die Einladung an Jugoslawien zu den Verhandlungen über den österreichischen Friedensvertrag kam ein Beschluß zustande.

Ebenso konnte die Frage, ob der deutsche Friedensvertrag von einer deutschen Regierung unterschrieben werden soll oder nicht, in der Mittwochsitzung des Rates noch nicht entschieden werden, sondern mit dieser wichtigen Angelegenheit werden sich nun erst die Stellvertreter der Minister noch einmal befassen. Molotow hatte sich klar und entschieden auf den Boden der Potsdamer Beschlüsse gestellt. In Potsdam ist im Hinblick auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrages kein Zweifel daran gelassen worden, daß eine deutsche Regierung, sobald sie gebildet sein wird, zur Leistung der Unterschrift unter den Friedensvertrag aufgefordert werden soll. Die Basis, die in Potsdam geschaffen worden ist, darf — diesen Standpunkt hat die Sowjetregierung auch bei jeder anderen Gelegenheit konsequent vertreten — keinesfalls verlassen werden. Bevin stimmte in der Frage einer deutschen Unterschrift der Erklärung Molotows zu.

Die zweite, ebenfalls sehr lebhafte Debatte, in welcher die Meinungen einander besonders scharf gegenüberstanden, wurde am Mittwoch im Koordinationsausschuß geführt. Dabei handelt es sich um das Problem der „Verschleppten“, also ein Thema, welches schon oft zu erheblichen Beschwerden geführt hat. Man erinnert sich, daß Wyschinskij am 15. März im Rate der Außenminister eine große Rede über das Schicksal der verschleppten Personen gehalten hat, in der er die schweren Mißstände in den Lagern der Verschleppten schilderte. Er hat damals einen Plan mit sieben einzelnen Vorschlägen zur Beseitigung dieser Übelstände vorgelegt. Jetzt hat sich nun der Koordinationsausschuß mit dieser Frage zu beschäftigen, um dem Rat Vorschläge für eine Beschlußfassung machen zu können.

Auch in dieser Sitzung war es wieder Wyschinskij, der in großer Offenheit schilderte, wie es in den Lagern in den westlichen Zonen zugeht und wie

dort zahlreiche Kriegsverbrecher in Kommandostellen sitzen, die sie mißbrauchen, um Angehörige der Sowjetunion durch Drohungen an der Heimkehr zu hindern. Mit großem Nachdruck forderte Wyschinskij, daß eine Untersuchungskommission gebildet werden solle, um die unhaltbaren Zustände in diesen Lagern zu prüfen und für Abhilfe zu sorgen. Der französische Delegierte sprach sich im gleichen Sinne aus, aber die Vertreter der USA und Englands gaben auf die schweren Anklagen des sowjetischen Delegierten nur ausweichende Antworten. Der Koordinationsausschuß konnte unter diesen Umständen die ihm gestellte Aufgabe nicht lösen, und die Außenminister werden sich nun selbst noch einmal mit dieser Sache befassen müssen. —m

28.
MÄRZ
1947

Ein einzelnes Kapitel aus dem umfangreichen Komplex der Reparationsfragen, die Behandlung der deutschen Guthaben in Österreich, war der Hauptgegenstand der Donnerstagberatungen der Außenminister. In den Reparationsbestimmungen des Potsdamer Abkommens (Kap. IV, 9) wird darüber gesagt, daß England und Amerika auf Reparationen hinsichtlich der Anteile an deutschen Unternehmungen in der östlichen Besatzungszone sowie der deutschen Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich verzichteten. Schon daraus geht klar hervor, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden in Ost-Österreich zweifellos befugt sind, mit den deutschen Guthaben in diesem Gebiet nach ihrem eigenen Ermessen zu verfahren. Außerdem legte Molotow einen Brief des früheren amerikanischen Botschafters in Moskau vom September 1945 vor, in welchem noch einmal ausdrücklich bestätigt wird, daß die Sowjetregierung über alle deutschen Guthaben in den erwähnten Gebieten ohne Rückfrage im Kontrollrat verfügen könne.

Auch daraus ergibt sich die Berechtigung des sowjetischen Anspruchs auf die deutschen Guthaben in Ost-Österreich, und im Prinzip konnten die anderen Mitglieder des Rates diesen Anspruch auch nicht bestreiten. Sie machten aber Schwierigkeiten in der Frage, was als deutsches Guthaben angesehen werden solle. Marshall vertrat die Meinung, man müsse zwischen wirklichen deutschen Guthaben und demjenigen Besitz unterscheiden, der ursprünglich einmal österreichisch gewesen, dann aber nach 1938 von den Nazis beschlagnahmt worden sei. Die Debatte bewegte sich um die Frage, ob eine besondere Definition des Begriffs „deutsche Guthaben“ erforderlich sei. Bidault machte einen Vermittlungsvorschlag, zu welchem Molotow einen Verbesserungsantrag einbrachte. Die weitere Aussprache über diese Streitfrage wurde auf Freitag vertagt.

Der Koordinationsausschuß hat die ganze Nacht vom Donnerstag zum Freitag bis in die sechste Morgenstunde durchgearbeitet. Er hat dabei die verschiedenen Vorschläge miteinander in Einklang zu bringen versucht, die im Rat der Außenminister zu den miteinander zusammenhängenden Fragen der deutschen Wirtschaftseinheit und der deutschen Reparationsleistungen gemacht worden sind. Dort war bekanntlich von sowjetischer Seite die Untrennbarkeit dieser beiden Fragen bereits nachdrücklich unterstrichen worden, und demgemäß wünschte Wyschinskij in den Verhandlungen des Ausschusses, daß die enge organische Verbindung der beiden Probleme in einer besonderen Erklärung ausdrücklich anerkannt werden soll. Wenn diese Voraussetzung erfüllt wird, scheinen sich bei diesem Kapitel verhältnismäßig günstige Aussichten auf eine Einigung zu eröffnen: Die Franzosen machten einen ganz ähnlichen Vorschlag, den sie aber mit dem Vorbehalt verknüpften, daß die französischen Kohlenforderungen bewilligt werden müßten.

Der Koordinationsausschuß hat am Donnerstag vor seiner Nachtsitzung die Aussprache über das Problem der verschleppten Personen beendet. Dabei kam diesmal speziell die Aussiedlung von Deutschen zur Sprache. Auch hier handelt es sich um eine bereits in den Potsdamer Beschlüssen geregelte Angelegenheit. Dort heißt es im Kapitel XIII über die ordnungsmäßige Überführung deutscher Bevölkerungsteile: die drei Regierungen hätten anerkannt, daß diese Überführung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn durchgeführt werden müsse. Ein französischer Vorschlag geht nun dahin, diese Aussiedlungen einzustellen. Wyschinskij aber erklärte, man dürfe die Deutschen nicht daran hindern, sich in ihre Heimat zu begeben. Da der Ausschuß in dieser Frage keine Einigung fand, wird sich der Rat der Außenminister damit befassen.

Ein anderer französischer Vorschlag verlangt, daß die freiwillige Heimkehr von verschleppten Personen aus Deutschland beschleunigt und die endgültige Niederlassung dieser Verschleppten in Deutschland nicht gestattet werden soll. Diesem Antrag stimmte Wyschinskij zu, während die Amerikaner die ganze Angelegenheit der internationalen Flüchtlingsorganisation überweisen möchten, die jedoch (wie Wyschinskij feststellte) dafür nicht zuständig ist.

Dem dritten französischen Antrag, die Auswanderung aus Deutschland zu organisieren, konnte Wyschinskij dagegen nicht zustimmen, denn die französische Begründung, man müsse die Volksdichte in Deutschland herabsetzen, war schon bei dem ersten Antrag über die Beendigung der Umsiedlungen als nicht stichhaltig erwiesen worden.

Der österreichische Außenminister G r u b e r ist jetzt in Moskau eingetroffen und von Molotow empfangen worden. Die österreichische Delegation wird in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, den Außenministern ihren

Standpunkt zur österreichischen Friedensfrage vorzutragen. Auch eine jugoslawische Delegation wird dabei angehört. Sie ist bereits von Belgrad nach Moskau abgereist.

—m

29.
MÄRZ
1947

Mit dem Ende der dritten Woche hat die Konferenz offensichtlich ihren Höhepunkt erreicht. In allen wichtigen Fragen der Tagesordnung sind die Standpunkte und Vorschläge der Großmächte dargelegt und in gründlichen Debatten gegeneinander abgewogen worden. Nun war der Augenblick gekommen, an welchem man Inventur machen mußte. Was ist geleistet worden? Wie weit sind die Probleme geklärt? Welche Hauptfragen können nun von den Ministern sofort behandelt werden, um darüber gemeinsame Beschlüsse zu fassen, und welche anderen Fragen können den Ausschüssen oder auch dem Kontrollrat zur Behandlung überlassen bleiben?

Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands — darin stimmt die Meinung des deutschen Volkes mit der Auffassung der Außenminister völlig überein — ist der wichtigste Punkt, der nach dem von Molotow gebilligten Vorschlage Marshalls zuerst behandelt werden soll. In dieser Frage sind die Großmächte mit Ausnahme Frankreichs einig. Zu der prinzipiellen Anerkennung der deutschen Wirtschaftseinheit kommt aber eine sehr wichtige Ergänzung hinzu — eine gerechte Regelung der Reparationsfrage. Diese ist nur auf der Basis der deutschen Wirtschaftseinheit denkbar, und deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die engste Verbindung des Einheitsproblems mit dem Reparationsproblem gewährleistet sein muß. An dieser Forderung hält die sowjetische Delegation unbedingt fest, während die Engländer und Amerikaner diese Verbindung bisher nicht anerkannt haben, sondern die Reparationsleistungen von der Entwicklung der deutschen Industrie abhängig machen wollen.

Deshalb hat Marshall die Revision des deutschen Industrieniveaus und die Reparationen als zweiten Punkt seines „Sofortprogramms“ aufgeführt, aber aus dem eben erwähnten Standpunkt der sowjetischen Delegation ergibt sich, daß die Reparationen nicht mit dem Industrieproblem, sondern in erster Linie mit der Wirtschaftseinheit verbunden werden müssen. Die gleiche Forderung hat auch Wyschinskij im Koordinierungsausschuß aufgestellt.

Mit dem Thema der Befugnisse einer provisorischen deutschen Regierung schließt Marshalls Vorschlagsliste. Damit wird gleichzeitig die neue staatliche Organisation Deutschlands berührt. Der bekannte sowjetische Standpunkt in dieser Frage ist am Freitag nochmals in der Formulierung dargelegt worden, daß eine solche provisorische deutsche Regierung ge-

bildet werden muß, die die Einheit Deutschlands gewährleistet und gleichzeitig die Verantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten übernehmen könnte. Die drei anderen Großmächte nehmen in dieser Frage wesentlich andere Standpunkte ein. Die USA wollen eine provisorische Regierung aus den Ministerpräsidenten der deutschen Länder zusammensetzen, und die Engländer wollen der deutschen Regierung zugunsten der Länder nur sehr wenige Befugnisse geben. Das ist also der Föderalismus in Reinkultur, der die Gefahr einer Zersplitterung Deutschlands mit sich bringt. Die Franzosen aber wollen überhaupt noch nichts von einer deutschen Regierung hören.

Die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und einer Friedenskonferenz wird von den Außenministern nicht zu den vordringlichen Aufgaben gerechnet, die sofort vom Rate selbst zu klären sind. Man wußte im voraus, daß die Moskauer Konferenz ja auch nicht dazu bestimmt war, bereits den Inhalt und Text des deutschen Friedensvertrages festzustellen. Dazu wird vielmehr (genau wie es im vorigen Jahre in Paris bei den Friedensverträgen für die früheren Verbündeten Deutschlands der Fall war) eine besondere Friedenskonferenz stattfinden. Immerhin ist die Frage, wer an dieser Konferenz teilnehmen soll, schon jetzt sehr lebhaft erörtert worden. Marshall steht auf dem Standpunkt, daß alle Länder, die dem früheren Deutschen Reich den Krieg erklärt haben, auch wenn es nur eine ganz formelle Kriegserklärung ohne tatsächliche Beteiligung am Kampfe war, nun auch zu der Konferenz zugezogen werden sollen. Das würde dann eine Riesenkonferenz mit mehr als fünfzig Delegationen werden, und Molotow hat daher mit Recht darauf hingewiesen, daß schon auf früheren Konferenzen der Kreis der Teilnehmer auf diejenigen Länder beschränkt wurde, die wirklich an der deutschen Frage interessiert sind, und das sind nur neunzehn Staaten. Man kann ja auch nicht gut diejenigen Mächte, die die größten Opfer gebracht haben, und die, wie die Sowjetunion, den größten Anteil am Siege haben, auf eine Stufe mit Ländern wie Paraguay, die Türkei und die Philippinen stellen, die weitab vom Kriege geblieben sind.

In der Woche vor Ostern wird sich nun zeigen, ob die Konferenz zumindest in den Hauptfragen zu positiven Ergebnissen kommt. Alle Teilnehmer sind sich darüber einig, daß es wünschenswert ist, das Tempo der Beratungen zu beschleunigen. Ob es aber möglich sein wird (wie Marshall es hofft), die Arbeiten noch in dieser Woche zu beenden, das hängt ausschließlich davon ab, ob sich in den noch offenen Fragen rasch genug eine solide Verständigungsbasis finden läßt.

—m

31.
MÄRZ
1947

„Am Montag beginnt die Konferenz wirklich.“ Mit dieser etwas überspitzten Formel glaubte ein englischer Korrespondent in Moskau die Lage skizzieren zu können. Der richtige Kern dieser Äußerung besagt, daß jetzt die Diskussion im Kreise der Außenminister streng auf die Hauptpunkte des deutschen Problems begrenzt ist. Das wurde in der Sonnabendsitzung beschlossen, und nun kann man erwarten, daß diese Aussprache in diesen Tagen auch zu wichtigen Entscheidungen führen wird.

Der Antrag der sowjetischen Delegation, die Reparationsfrage im Zusammenhang mit der deutschen Wirtschaftseinheit zu behandeln, ist bei der Aufstellung des neuen Programms berücksichtigt worden. Schon im ersten der drei Punkte dieser Tagesordnung werden diese beiden Probleme miteinander verbunden, und auch der weitere sowjetische Wunsch, die Entmilitarisierung ebenfalls in das Programm aufzunehmen, ist entsprechend beachtet worden. Wirtschaftseinheit, Reparationen und industrielle Entmilitarisierung bilden nun gemeinsam das erste Thema der Außenminister. Als zweites kommt dann die Erörterung des deutschen Industrieniveaus und als drittes die provisorische Zentralregierung Deutschlands an die Reihe. Jedenfalls wird nunmehr im Rat der Außenminister der Kern des deutschen Problems einheitlich behandelt. Alle anderen Fragen sind einem neugebildeten Ausschuß von Sachverständigen überwiesen worden, die darüber bis zum Mittwoch einen Bericht fertigstellen sollen. In den Hauptfragen muß sich nun zeigen, ob eine Verständigungsbasis vorhanden ist und ob dem Kontrollrat in Berlin neue Anweisungen zur weiteren Behandlung der schwebenden Probleme, vor allem also der Entmilitarisierung und der Demokratisierung Deutschlands, gegeben werden können.

Die Dringlichkeit einer Erörterung der Reparationsfrage ist jetzt auch von einer anderen, besonders beachtlichen Seite nachgewiesen worden, nämlich durch den Bericht, den der Vorsitzende der Interalliierten Reparationsagentur in der Sitzung der Sonderbeauftragten für Deutschland erstattet hat. Daraus ging hervor, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen weit hinter allen Erwartungen zurückgeblieben sind. Vor allem entspricht die Abmontierung der Rüstungsbetriebe in den westdeutschen Zonen bei weitem nicht den Potsdamer Beschlüssen. Das ist in mehrfacher Hinsicht sehr bedenklich, denn erstens werden dadurch die Erwartungen der geschädigten Länder enttäuscht, welche die deutschen Industrieausrüstungen für ihren eigenen Wiederaufbau brauchen, zweitens bleiben wesentliche Teile des deutschen Rüstungspotentials bestehen, die unbedingt liquidiert werden sollen, und drittens wird den Bestrebungen monopolistischer und kapitalistischer Kreise aus England und den USA die Möglichkeit gegeben, sich in den Besitz dieser Werke zu setzen und die deutsche Wirtschaft in

diesen Gebieten unter ihre Kontrolle zu bringen. Wenn von 1500 deutschen Rüstungsbetrieben bisher nur drei wirklich vollkommen abmontiert worden sind, so ist das für einen Zeitraum von eineinhalb Jahren sehr wenig, besonders wenn man damit vergleicht, was Deutschland in den ersten beiden Jahren nach dem ersten Weltkrieg an Reparationsleistungen aufgebracht hat. Dieser überaus wichtige, aber für manche Kreise in England und den USA wohl etwas unbequeme Bericht der Reparationsagentur ist besonders ausführlich vom sowjetischen TASS-Büro wiedergegeben und von der Moskauer Presse kommentiert worden, während manche westlichen Blätter davon gar keine Notiz genommen haben. Damit bestätigt sich auch in diesem Falle die Beobachtung, daß während der ganzen Moskauer Konferenz die sowjetischen Berichte bei weitem die objektivsten und genauesten gewesen sind. Das ist jetzt auch von einem amerikanischen Nachrichtenbüro ausdrücklich anerkannt worden, welches damit das Eingeständnis verband, daß die amerikanischen Korrespondenten in Moskau zumeist darauf angewiesen sind, für ihre Berichterstattung die TASS-Berichte zu benutzen, von deren Zuverlässigkeit sie sich alle selbst überzeugt haben.

Am Sonntag war in Moskau Ruhetag. Bevin machte eine Rundfahrt um Moskau, Marshall sah sich eine Ballettvorstellung an, und Bidault besuchte eine Kirche. Die Tage vor Ostern werden in Moskau jetzt ohne Zweifel ein Höchstmaß an intensiver Arbeit und vermutlich auch bedeutsame Entscheidungen bringen.

Nach den winterlichen Wochen, die die Delegierten seit dem 10. März in Moskau zugebracht haben, können sie die Stadt jetzt auch noch von einer anderen Seite kennenlernen. Der Frühling hält jetzt auch in Moskau seinen Einzug, und auf den Straßen werden schon die ersten Blumen verkauft.

1.
APRIL
1947

Im engsten Kreise der Außenminister sind am Dienstag die Kernpunkte des deutschen Problems behandelt worden, und der Entschluß der „Großen Vier“, eine solche Sitzung mit einer wesentlich geringeren Zahl von Sachverständigen und Beratern einzuberufen, wird allgemein als ein Zeichen dafür aufgefaßt, daß der Meinungs austausch nun zu Beschlüssen führen soll. Man erinnert aus diesem Anlaß daran, daß auch auf früheren Konferenzen, wenn diese das entscheidende Stadium erreicht hatten, meistens solche vertraulichen Sitzungen im kleinen Rahmen stattgefunden haben, in denen dann die maßgebenden Persönlichkeiten besser als im großen Kreise die Möglichkeit gegeben war, in strittigen Fragen eine Verständigung zu finden.

Der letzte Querschnitt durch den jetzt erreichten Stand der Dinge ergab sich aus der großen Aussprache in der Montagsitzung, in der alle vier

Außenminister noch einmal ihre Auffassungen darlegten. Dabei zeigte sich (was auch Marshall besonders hervorhob), daß die vier Großmächte in zahlreichen Punkten miteinander übereinstimmen, daß aber andererseits auch noch eine Reihe wichtiger Meinungsverschiedenheiten vorhanden ist.

Übereinstimmung konnte Marshall z. B. über die Notwendigkeit der gemeinsamen Auswertung der deutschen Hilfsquellen und ihrer gerechten Verteilung feststellen, ebenso darüber, daß ein Plan für Einfuhr und Ausfuhr aufgestellt werden soll und daß das Produktionsniveau der deutschen Industrie revidiert werden müsse. Unterschiede der Auffassungen sind in vielen anderen Fragen noch vorhanden. Dazu gehört vor allem das Problem der deutschen Wirtschaftseinheit und das damit verbundene Verfahren bei den Reparationsleistungen. Der Weg, auf welchem die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands verwirklicht werden soll, ist noch nicht gefunden, obwohl man sich über das Ziel in der Hauptsache einig ist. Die Amerikaner widersprechen aber noch den Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion, auf welche die sowjetische Delegation von Anfang an großes Gewicht gelegt hat. Die Amerikaner, die in ihrer Heimat keine unmittelbaren Kriegsschäden erlitten haben, bei denen es keine zerstörten Städte und kein verwüstetes Land gibt, haben offenbar nicht das nötige Verständnis dafür, daß die Reparationsfrage für die Sowjetunion eine ganz andere Bedeutung hat als für die USA, weil die UdSSR die Hauptlast des Krieges getragen und die schwersten Schäden erlitten hat. Aus diesem mangelnden Verständnis ergeben sich dann derartige Meinungsverschiedenheiten, wie in diesem Falle über die Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion. Man wird nun erwarten müssen, daß die Amerikaner in dieser Frage zu der notwendigen Einsicht gelangen und den berechtigten Ansprüchen der Sowjetunion Rechnung tragen werden.

Auch über die Einrichtung von Zentralverwaltungen als Vorstufe für eine zentrale Regierung muß man sich im einzelnen noch verständigen, besonders da die Franzosen in dieser Frage nach wie vor ablehnend bleiben, solange sie nicht die gewünschten Garantien für ihre Forderung nach Kohlenlieferungen bekommen. Dieser Forderung hat Marshall widersprochen. Ferner wird der allgemeine Wunsch, im Ruhrgebiet eine besondere Viermächtekontrolle einzurichten, immer noch von den Engländern abgelehnt, die vorher den Wegfall der Zonengrenzen, ein Abkommen über die Produktion und die Besatzungskosten sowie die Einrichtung einer Zentralverwaltung verlangen. Wie man sieht, überschneiden sich die verschiedenen Wünsche und Ansprüche in vielen Fällen, und dadurch ist ein kompliziertes Gesamtbild der Lage geschaffen. Gerade dieser Umstand aber macht es erforderlich, daß nun die Minister unter sich eine Verständigung finden.

So sehr auch diese überragend wichtige Auseinandersetzung im Kreise der Außenminister das politische Interesse der Öffentlichkeit beansprucht, dürfen

doch die Beratungen in den Ausschüssen nicht unbeachtet bleiben. Der Bericht des Vorsitzenden der Reparationsagentur, der schon gestern erwähnt wurde, ist abermals der Gegenstand einer lebhaften Diskussion im Kreise der Sonderbeauftragten für Deutschland geworden. Der Vertreter der Reparationsagentur mußte sehr viele Fragen nach den Gründen für die Langsamkeit der Demontage von Rüstungsbetrieben und nach der Verwendung des Goldes beantworten, das die alliierten Truppen in Deutschland erbeutet haben. Dabei zeigte sich, daß über dieses Gold — wahrscheinlich sind es etwa 220 Tonnen, aber auch das ist nicht ganz sicher — noch sehr viel Unklarheit besteht, ebenso wie es ziemlich ungeklärt blieb, warum die Ablieferung der Einrichtungen von Rüstungswerken bisher so überaus langsam vor sich gegangen ist.

—m

2.
APRIL
1947

„Lieber fest als schnell bauen.“ — In dieser Parole sind sich Molotow und Marshall einig. Manche Beobachter auf der Moskauer Konferenz lassen sich trotzdem nicht abhalten, das negative Ergebnis der Dienstagberatungen der Außenminister zum Anlaß einer vorzeitigen Schwarzmalerei zu nehmen. Die meisten Delegierten weisen jedoch diese pessimistische Auffassung zurück.

Wer einige Erfahrungen mit großen internationalen Konferenzen gemacht hat, der weiß ja, daß positive Erfolge oft erst nach langen Verhandlungen erzielt werden, und der Umstand, daß am Mittwoch auf die interne Besprechung vom Dienstag wieder eine normale Vollsitzung des Rates folgte, ist noch kein Grund zu der Behauptung, daß die Minister sich nicht verständigen könnten. Bei den Franzosen ist man übrigens recht zuversichtlich, besonders da Bidault noch einen Vermittlungsvorschlag in der Reparationsfrage machen will. Gegenüber den Klagen über ein zu langsames Tempo der Beratungen gibt ein französischer Bericht (gewissermaßen als Illustration zu der oben erwähnten Parole) ein humorvolles Wort Molotows wieder: Das Gesetz der Gasfreundschaft erlaube ihm nicht, den Gästen eine Beschränkung ihres Aufenthalts in Moskau vorzuschlagen. Der kurze amtliche Bericht über die Dienstagberatungen der Außenminister besagt nur, daß kein Beschluß gefaßt worden sei. Über die weitere Behandlung der Reparationsfrage liegen also keine sicheren Mitteilungen vor, und zunächst ist von den Außenministern das Thema der provisorischen Regierung Deutschlands in Angriff genommen worden. In der Reparationsfrage wird jedoch nicht nur das Prinzip der Leistungen, sondern auch die Methode ihrer Durchführung noch zu klären sein, denn gerade auf diesem Gebiete sind durch den Bericht der Reparationsagentur

sehr bedenkliche Mißstände bekannt geworden. W y s c h i n s k i j hat sich auch am Dienstag nochmals veranlaßt gesehen, eine sehr scharfe Kritik an diesen Methoden zu üben und konkrete Vorschläge für die schleunige Verbesserung des Verfahrens bei der Realisierung der Reparationsbestimmungen zu machen.

Sowohl in der Reparationsfrage als auch in den anderen Punkten der Tagesordnung ist noch viel Arbeit zu leisten, und trotz der erheblichen Meinungsverschiedenheiten, die gerade in den letzten Tagen besonders stark zutage getreten sind, bleibt die Feststellung Molotows, daß in den meisten Fragen eine Annäherung erreicht werden könne, für die Beurteilung des Standes der Konferenz und ihrer Aussichten unbedingt maßgebend. Die Möglichkeiten, die für eine solche Einigung gegeben sind, hat M o l o t o w bereits in der großen Rede vom Montag im einzelnen dargelegt. Er hat damit selbstverständlich auch die Voraussetzungen verbunden, die vom sowjetischen Standpunkt aus für eine Einigung als unerläßlich betrachtet werden müssen. Dazu gehört in erster Linie der Grundsatz, daß das Potsdamer Abkommen nicht (wie Marshall meinte) nur auf dem Papier stehe und daß die Alliierten sich nicht von den Potsdamer Beschlüssen lossagen können. Ein weiterer unverrückbarer Grundstein für die sowjetische Stellungnahme ist die Überzeugung, daß keine Lösung der deutschen Frage ohne eine gleichzeitige Lösung der Reparationsfrage möglich ist. Mit derselben Entschiedenheit widerspricht die Sowjetunion aber auch den Plänen, die darauf abzielen, Deutschland in zwei Hälften zu zerreißten.

Der Vertreter der USA scheint zu schnell vergessen zu haben, welche riesenhaften Opfer die Sowjetunion im Kriege gebracht hat, sonst würde er den durchaus berechtigten Forderungen Molotows nach Reparationsleistungen aus Deutschland mehr Verständnis entgegenbringen. Da aber Marshall die sowjetischen Wünsche in dieser Frage mit der Bemerkung glossierte, es scheine ihm, als wolle die Sowjetregierung das gleiche Pferd zweimal verkaufen, so mußte Molotow ihn daran erinnern, daß die Lieferung industrieller Ausrüstungen (vor allem aus der Rüstungsindustrie) einer der wichtigsten Beschlüsse der Potsdamer Konferenz war und daß die Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion, auf welche die Sowjetunion keinesfalls verzichten kann, einem Beschluß der Alliierten entsprechen, der bereits auf der Krimkonferenz gefaßt worden ist. Aber nicht nur die eigenen berechtigten Ansprüche, sondern auch die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands hat Molotow stark unterstrichen, als er die Mittel angab, durch die verhindert werden soll, daß Deutschland ein Elendsgebiet wird. Er hat dabei die Verantwortung, die alle Alliierten für das Schicksal Deutschlands zu tragen haben, besonders eindringlich in den Vordergrund gestellt.

—m

3.
APRIL
1947

In der Reparationsfrage war die Moskauer Konferenz am Dienstag nicht weiter gekommen, aber in den Beratungen über die künftige politische Organisation Deutschlands ist am Mittwoch ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt worden. Damit hat sich die traditionelle Methode der internationalen Verhandlungen, zunächst einen anderen Punkt in Angriff zu nehmen, wenn man bei einer speziellen Frage keine Einigung finden kann, auch in diesem Falle bewährt.

Von allen vier Delegationen liegen jetzt Vorschläge über die politische Neugestaltung Deutschlands vor. Sie stimmen in dem Prinzip überein, daß möglichst bald eine provisorische deutsche Regierung geschaffen werden soll. Diese Übereinstimmung ist nicht nur neu (denn bisher hatten die Franzosen ihre Zustimmung dazu versagt), sondern sie ist auch prinzipiell sehr wichtig, weil hiermit eine Basis gefunden ist, auf der man weiterarbeiten kann.

In den Einzelheiten weichen die vier Vorschläge allerdings noch vielfach voneinander ab, wobei jedoch in der wichtigsten Frage, der Verteilung der Machtbefugnisse zwischen der künftigen gesamtdeutschen Regierung und den Länderregierungen, der sachliche Unterschied der verschiedenen Pläne nicht bedeutend ist. Obwohl die sowjetische Delegation den einheitlichen Charakter des kommenden deutschen Staatswesens stark unterstreicht, während die drei anderen Regierungen am Prinzip des Föderalismus festhalten, laufen ihre Vorschläge in bezug auf die Verteilung der einzelnen Befugnisse zwischen Zentralregierung und Ländern in der Praxis im wesentlichen miteinander parallel.

Der französische Vorschlag, der jetzt ebenfalls eine deutsche Zentralinstanz vorsieht, macht allerdings eine Verständigung über die deutsche Wirtschaftseinheit zur Vorbedingung, und außerdem wünscht Frankreich ein sehr langsames, vorsichtiges Verfahren, wobei es das neue deutsche Parlament aus den Landtagen zusammensetzen will. Genau umgekehrt argumentiert Bevin, Er macht die Regierungsbildung zur Vorbedingung der deutschen Wirtschaftseinheit. Die neuen Zentralverwaltungen sollen nach seinem Plane gerade die Gewährleistung für die deutsche Wirtschaftseinheit bringen. Der amerikanische Vorschlag wünscht Anweisungen an den Kontrollrat, wonach dieser den Plan für eine provisorische Regierung aufstellen soll, die ihrerseits wieder die Verfassung vorzubereiten hätte. Der sowjetische Plan beruht vor allem auf der Empfehlung, die neue Verfassung in Anlehnung an eine verbesserte Weimarer Verfassung aufzustellen und sofort zentrale Verwaltungsstellen als Vorbereitung für die provisorische Regierung zu errichten.

Einen neuen Vorschlag enthält der englische Plan in Gestalt der Empfehlung, dem Kontrollrat der Alliierten einen deutschen Beirat oder Konsul-

tationsrat zur Seite zu stellen, der gemeinsam mit dem Kontrollrat die Zentralverwaltungsstellen und die Verfassung vorbereiten soll. Auch der französische Plan enthält einen ähnlichen Vorschlag, und von den anderen Delegationen wurden keine prinzipiellen Einwendungen dagegen erhoben, so daß über diese Maßnahme Einigkeit besteht. Allerdings müssen für die Verwirklichung dieses Vorschlages zwei Voraussetzungen unbedingt erfüllt werden. Marshall hat vorgeschlagen, daß der Kontrollrat bei der Vorbereitung einer deutschen Regierung seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen solle, und er sowohl wie Bevin und Bidault wünschen, daß der neue Konsultationsrat aus Vertretern der Länderregierungen zusammengesetzt werde.

Hierzu hat Molotow Verbesserungsvorschläge von grundsätzlicher Bedeutung gemacht. Unter keinen Umständen können Mehrheitsbeschlüsse im Kontrollrat gefaßt werden, sondern es muß unbedingt bei dem Prinzip der völligen Einmütigkeit bleiben, weil sonst, wie Molotow sehr nachdrücklich darlegte, die Zusammenarbeit der Alliierten beeinträchtigt wird. Der neue Beirat aber muß ebenso wie die neue deutsche Regierung nicht aus Vertretern der Länderregierungen, sondern aus Vertretern der Parteien, der Gewerkschaften und der antifaschistischen Organisationen, wie z. B. der Kulturbund, der Frauenbund und die Bauernhilfe, zusammengesetzt werden.

In den Grundzügen des Problems der politischen Neugestaltung Deutschlands herrscht trotz dieser einzelnen Abweichungen der Meinungen weitgehende Übereinstimmung. Mit denjenigen Fragen, in denen sich Meinungsverschiedenheiten ergaben, hat sich nun der Koordinierungsausschuß zu beschäftigen. Er hat für diese Aufgabe erweiterte Vollmachten erhalten, und er soll Richtlinien aufstellen, nach denen dann die Außenminister ihre Weisungen an den Kontrollrat erteilen können.

Unter diesen Umständen ist es durchaus berechtigt, wenn Bevin ausdrücklich erklärte, er würde sich sehr wundern, wenn die Konferenz nicht zu einer solchen Anweisung an den Kontrollrat gelangen sollte. Er hat die Lage als „keineswegs hoffnungslos“ bezeichnet. —m

5.
APRIL
1947

Die vierte Woche der Moskauer Konferenz, die mit den Ostertagen zu Ende geht, war durch die intensiven Bemühungen gekennzeichnet, in der Frage der politischen Neugestaltung Deutschlands vorwärts zu kommen, nachdem sich eine Verständigung in der Reparationsfrage noch nicht hatte erzielen lassen. Im Rat der Außenminister sind die Standpunkte der vier Großmächte zu den Fragen der künftigen deutschen Verfassung und einer gesamtdeutschen Regierung grundsätzlich dargelegt worden.

Die Einzelarbeit des Ausgleichs zwischen den vielfach voneinander abweichenden Vorschlägen wurde am Donnerstag dem Koordinierungsausschuß übertragen, der am Freitag eine sehr eingehende Aussprache über dieses Thema geführt hat. Dabei hat sich allerdings gezeigt, daß auch im Hinblick auf dieses Problem noch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

„Es ist wünschenswert, daß die Moskauer Konferenz von größtem Nutzen für unsere gemeinsame Sache sein möge, aber dies hängt nicht allein von der sowjetischen Delegation ab.“ Diese Worte hat Molotow gebraucht, als er dem amerikanischen Journalisten John Steel mehrere Fragen beantwortete. In der Tat haben gerade die Verhandlungen im Koordinierungsausschuß sehr deutlich gezeigt, daß der Erfolg der Konferenz auch durch die größten Bemühungen einer einzelnen Delegation noch nicht gewährleistet werden kann. Vollkommen klar ist in den Anträgen, die Wyschinskij im Koordinierungsausschuß zur politischen Neugestaltung Deutschlands einbrachte, der Weg vorgezeichnet, der gegangen werden müßte, wenn man ohne weiteren Zeitverlust zu einer logischen, gradlinigen Entwicklung beim politischen Neubau Deutschlands kommen will. Aber in mehreren Punkten haben die anderen Delegationen den sowjetischen Vorschlägen widersprochen.

Drei Kernpunkte der Arbeit an diesem politischen Neubau kann man unterscheiden: 1. die Einrichtung eines Konsultationsrates, der dem Alliierten Kontrollrat bei der Abfassung einer neuen deutschen Verfassung beratend zur Seite stehen soll; 2. die Grundlagen dieser neuen provisorischen Verfassung selbst, und 3. die Einsetzung einer provisorischen Regierung.

Wenn ein solcher Konsultationsrat wirklich die Meinungen und Wünsche des deutschen Volkes vertreten soll, dann darf er natürlich nicht einseitig zusammengesetzt sein, sondern ihm müssen (was Wyschinskij beantragte) nicht nur Vertreter der Länder, sondern auch der Parteien, der Gewerkschaften und der antifaschistischen Organisationen angehören. Die anderen Delegationen möchten jedoch den Kreis der Mitglieder dieser neuen Körperschaft viel enger ziehen. Über die Arbeitsweise dieses Konsultationsrates besteht zwischen der sowjetischen und der britischen Delegation Übereinstimmung. Danach sollen Kontrollrat und Konsultationsrat die provisorische Verfassung ausarbeiten, auf deren Basis dann die Wahlen zu einem Parlament stattzufinden hätten, aus welchem die neue Regierung hervorgehen würde. Die Delegationen der USA und Frankreichs dagegen halten Wahlen überhaupt für unnötig.

Auch über die Grundzüge der künftigen Verfassung konnte keine Einigung erzielt werden, weil gegen den sowjetischen Vorschlag, den demokratischen Charakter des neuen deutschen Staatswesens in dieser Ver-

fassung klar und deutlich auszusprechen, trotz Wyschinskijs eindringlicher und überzeugender Argumente. Einwendungen erhoben wurden. Ebenso war es bei der Aussprache über die künftige deutsche Regierung, deren Aufgaben von Wyschinskij klar dargelegt wurden, und zwar vor allem im Sinne der Beseitigung aller Überreste des Militarismus und des Faschismus. Die anderen Delegationen aber versuchen, einer solchen exakten Formulierung auszuweichen. Besonders belastend wirkt es auf den Gang der Verhandlungen, daß die Amerikaner noch an dem Vorschlag festhalten, bei der politischen Neugestaltung Deutschlands im Kontrollrat einfache Mehrheitsbeschlüsse fassen zu lassen, was Wyschinskij ebenso wie Molotow als ein Verfahren bezeichnete, welches zur Zerstörung des Kontrollrates führen kann.

In den bereits erwähnten Antworten, die Molotow einem amerikanischen Journalisten gegeben hat, ist der sowjetische Außenminister auch auf die Frage nach einem Kompromiß im Hinblick auf die „Föderalisierung“ Deutschlands eingegangen, und er hat eine solche Möglichkeit nicht ausgeschlossen, wenn eine Übereinkunft über einen deutschen Volksentscheid in dieser Frage des staatlichen Aufbaues zustande kommt. Selbstverständlich konzentriert sich alles Interesse auf die überaus wichtigen Verhandlungen des Koordinierungsausschusses. Der Rat der Außenminister hatte seine für Freitag geplante Sitzung auf Sonnabend verschoben, um dem Koordinierungsausschuß ausreichende Gelegenheit zur Klärung und Angleichung der Standpunkte zu geben. Inwieweit es möglich sein wird, nach der Behandlung dieses Problems auch in der Reparationsfrage wieder ein Stück vorwärts zu kommen, bleibt selbstverständlich abzuwarten. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß der amerikanische Delegierte Marshall den Vorschlag gemacht hat, Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion in Erwägung zu ziehen, falls einige Fabriken, die als Reparationen in Aussicht genommen waren, in Deutschland gelassen werden. Eine Stellungnahme der Sowjetregierung zu diesem amerikanischen Vorschlag liegt noch nicht vor.

—m

8.

**APRIL
1947**

Ein wichtiger Fortschritt ist im Rat der Außenminister noch am Ostersonnabend erzielt worden: es ist zu einer grundsätzlichen Verständigung über die Einrichtung deutscher Zentralbehörden gekommen. Noch ist darüber kein formeller Beschluß gefaßt worden, da noch Widersprüche in einigen Einzelheiten vorhanden sind und erst der Koordinierungsausschuß versuchen soll, diese Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Aber aus der Stellungnahme der Außenminister in der Sitzung des Rates ergab

sich ihre tatsächliche Übereinstimmung in dieser Frage. Danach sollen deutsche Verwaltungsbehörden für Transport, Verkehr, Finanzen, Industrie, Außenhandel sowie für Ernährung und Landwirtschaft zu einem möglichst frühen Termin eingerichtet werden. Auch darüber sind sich die Außenminister einig geworden, daß drei Monate nach der Einsetzung dieser Zentralbehörden ein deutscher Beirat geschaffen werden soll, aus dem sich dann die provisorische Regierung entwickeln wird.

Die Einrichtung dieser Zentralbehörden und des erwähnten Beirates ist allerdings vorläufig der einzige Punkt, über den im Rahmen des großen Komplexes der politischen Neugestaltung Deutschlands eine grundsätzliche Übereinstimmung erreicht werden konnte. In fast allen anderen Fragen, die mit diesem Thema zusammenhängen, bestehen nach wie vor erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Vor allem macht die Verteilung der Befugnisse zwischen der künftigen Zentralregierung und den Länderregierungen große Schwierigkeiten. Es handelt sich dabei um die Abgrenzung der Verwaltungsgebiete, die einesteils gesamtdeutsche Angelegenheiten, andererseits Angelegenheiten der Länder betreffen. Es handelt sich ferner um die Sicherung der Rechtseinheit in Deutschland, um das einheitliche Münzwesen, einheitliche Maße und Gewichte, eine zentrale Regelung des Verkehrswesens und ähnliche Dinge, die eigentlich Selbstverständlichkeiten sind. Dennoch mußte Wyschinskij dem amerikanischen Delegierten Murphy mit sehr deutlichen Worten klarmachen, wie notwendig beispielsweise die Einheitlichkeit der Gewichte für den Handel und das Geschäftsleben in Deutschland ist. Die Aussprache im Koordinierungsausschuß zeigte diesmal, daß es immer wieder der amerikanische Widerspruch war, der eine Verständigung auf der Basis der sowjetischen Vorschläge verhinderte.

Es wäre nicht nur der einfachste, sondern auch der natürlichste Weg, wenn man dem deutschen Volke selbst die Möglichkeit geben würde, bei der Neugestaltung Deutschlands ein maßgebendes Wort mitzusprechen. Molotow hat bekanntlich den Vorschlag gemacht, in Deutschland eine Volksabstimmung über die politische Neugestaltung, vor allem also über die Frage abzuhalten, ob das neue Staatswesen zentralistisch oder föderalistisch aufgebaut werden soll. Dieser Vorschlag Molotows stand in der Montagsitzung des Rates der Außenminister zur Debatte, aber dabei haben Marshall, Bevin und Bidault die sonderbare Behauptung aufgestellt, eine solche Volksabstimmung in Deutschland könne eine Gefahr für den Frieden bedeuten. Sie lehnten also alle drei den sowjetischen Vorschlag ab. In einer anderen Frage muß es sich erst noch zeigen, ob Molotows Plan besseres Verständnis bei den drei anderen Außenministern findet. Es handelt sich um die Zusammensetzung des deutschen Konsultationsrates, der dem Alliierten Kontrollrat bei der Aufstellung der neuen deutschen Verfassung helfen soll. Molotow hat sich sehr nachdrücklich und mit

überzeugenden Argumenten dafür eingesetzt, daß diesem konsultativen Beirat nicht nur Vertreter der Länder, sondern vor allem auch der Parteien, der Gewerkschaften und der antifaschistischen Organisationen angehören müssen, wenn diese Körperschaft ein wirklich getreues Spiegelbild der öffentlichen Meinung in Deutschland darstellen soll.

Erhebliche Schwierigkeiten bestehen auch bei den Beratungen über den österreichischen Friedensvertrag. Man hat bisher keine Einigung über die Regelung der auswärtigen Schulden Österreichs finden können, und wieder war es der Einspruch der Engländer und der Amerikaner, der eine Einigung auf der Basis des sowjetischen Vorschlages verhinderte, wonach den Gläubigern das Recht gegeben werden sollte, staatliche Einkünfte in Österreich zu pfänden.

Das Osterfest hat in Moskau angesichts so vieler Schwierigkeiten nicht gerade Anlaß zu besonders frohen Erwartungen gegeben. Am Sonntag ist in Moskau nach vorangegangenen Frühlingstagen wieder viel Schnee gefallen. Marshall, Bidault und Bevin wohnten der Ostermesse bei. Ein schönes Geschenk hat Bevin dem sowjetischen Außenminister Molotow in Gestalt einer Ausgabe der Werke Shakespeares gemacht, nachdem er dieser Tage bei einer Vorstellung von „Romeo und Julia“, an der die beiden Minister gemeinsam teilnahmen, erfahren hatte, daß Molotow ein großer Verehrer Shakespeares ist.

—m

9.
APRIL
1947

Wenn man den Überblick über den Gang der Moskauer Konferenz nicht verlieren will, darf man nicht vergessen, daß dort mehrere Körperschaften nebeneinander arbeiten. An der Spitze steht der Rat der Außenminister, der in allen Fragen die letzte Entscheidung hat. Um seine Beschlüsse vorzubereiten und um ihn überhaupt möglichst zu entlasten, ist aus den Stellvertretern der Minister sowohl ein Ausschuß für den deutschen Friedensvertrag als auch ein Ausschuß für den österreichischen Friedensvertrag, ferner ein Wirtschaftsausschuß und neuerdings ein Koordinierungsausschuß gebildet worden, der die spezielle Aufgabe hat, die voneinander abweichenden Meinungen der Minister miteinander zu „koordinieren“, also in Einklang zu bringen. Wenn ihm das nicht gelingt, so gibt er dem Rat der Außenminister nur einen Bericht, in welchem die voneinander abweichenden Standpunkte aufgezählt werden. Dann müssen die Minister wieder selbst einen Ausgleich suchen, und es kommt vor, daß eine Sache auch zum zweiten Male an den Koordinierungsausschuß (und von diesem vielleicht wieder an einen besonderen Redaktionsausschuß) verwiesen wird. In den letzten Tagen ist sowohl im Rat wie im Ausschuß die Frage be-

handelt worden, wie die künftige deutsche Zentralregierung gestaltet werden soll und wie die Rechte und Pflichten zwischen der Zentralregierung und den Länderregierungen zu verteilen sind. Dabei hat Molotow im Rat der Außenminister eindringlich verlangt, daß die Grenzen der Verantwortlichkeit einer Zentralregierung sehr genau festgelegt werden müssen. Wer soll für die Sicherheit des Staates garantieren? Wer soll für die Ablieferung der Reparationen Gewähr leisten? Das sind Probleme, die eine klare Regelung fordern. Die Meinungen der vier Delegationen gehen gerade in dieser Frage in grundsätzlicher Hinsicht insofern auseinander, als die Sowjetregierung für eine Stärkung der Zentralgewalt eintritt, während die anderen Alliierten die meisten Machtbefugnisse den Ländern überlassen möchten. In der Praxis jedoch hat sich gezeigt, daß die Vorschläge im einzelnen nicht sehr weit voneinander abweichen. Daher war dieses Thema besonders geeignet, um auf dem Wege des Entgegenkommens eine Einigung herbeizuführen.

Dieses Entgegenkommen hat die sowjetische Delegation bewiesen. Molotow erklärte sich bereit, zwei Änderungen, die von Bevin gewünscht wurden, an dem sowjetischen Vorschlag über die Verteilung der Vollmachten vorzunehmen, nachdem Bevin festgestellt hatte, daß dann dieser sowjetische Vorschlag angenommen werden könne. Die Änderung betraf vor allem die Verteilung gewisser polizeilicher Sicherungsaufgaben zwischen Zentralregierung und Ländern. Bevin und Bidault erklärten ausdrücklich, daß sie dieses Entgegenkommen Molotows hoch einschätzten. Auf diese Weise gelangte man hier zu einer Einigung, und weiterhin konnten einige Vorschläge bestätigt werden, die im Koordinierungsausschuß zustande gekommen waren. Ferner wurde in diesem Zusammenhang auch ein sowjetischer Antrag angenommen, für ganz Deutschland innerhalb eines gewissen Rahmens einen einheitlichen Haushaltsplan einzuführen.

Während also bei diesem Thema der Wille zur Verständigung zu praktischen Erfolgen führte, kam es bei der Besprechung der Tätigkeit der Reparationskommission zu einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung zwischen Molotow und Bevin. Molotow stellte dabei fest, daß England und die USA gegen die Potsdamer Beschlüsse verstößen, weil sie in dieser Reparationskommission, die auf den Potsdamer Beschlüssen beruht, einfach nicht mehr mitarbeiten, während Frankreich und die Sowjetunion die Wiederaufnahme dieser Arbeiten für notwendig erachten.

Alles das hat sich im Rat der Außenminister abgespielt. Der Koordinierungsausschuß hat das gleiche Thema, aber natürlich einige andere Einzelheiten dieses Komplexes, erörtert. Sein Bericht über die politische Neugestaltung Deutschlands wird im Rat der Außenminister voraussichtlich am Freitag besprochen werden, da für den Donnerstag ein Bericht über das

Verfahren beim Abschluß des Friedensvertrages angefordert ist. Für den Mittwoch aber hat der Rat der Außenminister einen vollständigen Wechsel des Themas vereinbart. Er hat beschlossen, die Erörterung der politischen Neugestaltung Deutschlands zunächst einmal zu unterbrechen, und statt dessen jetzt zum erstenmal über die künftigen Grenzen Deutschlands zu debattieren. —m

10.
APRIL
1947

Die Aussprache über die künftigen Grenzen Deutschlands hat am Mittwoch im Rat der Außenminister begonnen, und sie hat zunächst zu einer Diskussion über die Auslegung der Potsdamer Beschlüsse geführt. Schon wiederholt hat sich gezeigt — zuletzt noch bei der Erörterung der Arbeiten der Reparationskommission —, daß die englische und die amerikanische Regierung sich nicht an die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz halten, während die Sowjetregierung entscheidendes Gewicht darauf legt, daß sämtliche Alliierten, genau wie es die Sowjetregierung selbst tut, jederzeit streng auf dem Boden der früheren Vereinbarungen bleiben.

In der Frage der deutschen Ostgrenzen ist in Potsdam seinerzeit beschlossen worden, das Gebiet bis zur Oder und zur Neiße unter polnische Verwaltung zu stellen. Das ist in der Folgezeit auch geschehen. Fast sechs Millionen Deutsche wurden aus diesen östlichen Gebieten in das Innere Deutschlands gebracht, und fünf Millionen Polen sind in den geräumten Ostgebieten angesiedelt worden. Dadurch sind Tatsachen geschaffen worden, die nicht rückgängig gemacht werden können, und die Sowjetunion betrachtet den Beschluß, diese Gebiete an Polen zu geben, als endgültig.

Im Widerspruch zu dieser Sachlage versuchte der amerikanische Außenminister Marshall, der am Mittwoch die Aussprache eröffnete, eine andere Auffassung zu vertreten. Er will die Frage der Grenzregelung im Osten vom Standpunkt der Bedürfnisse des polnischen und des deutschen Volkes sowie ganz Europas noch einmal studieren. Insbesondere denkt er dabei an eine Auswertung der wirtschaftlichen Hilfsquellen Oberschlesiens für die Interessen ganz Europas. Er beantragte, einen Sonderausschuß zur Prüfung der Grenzfrage einzusetzen.

Der amerikanische Standpunkt wird von den Engländern unterstützt. Der französische Standpunkt, den der Außenminister Bidault darlegte, stimmt dagegen mit dem Standpunkt der Sowjetregierung insofern überein, als Frankreich keinen Einspruch gegen die Durchführung der in Potsdam gefaßten Beschlüsse erhebt. Jedoch möchten die Franzosen die Frage der deutsch-polnischen Grenze mit ihren bekannten Forderungen im Hinblick auf Ruhrgebiet und Rheinland in Verbindung bringen.

Gegenüber diesen verschiedenen Meinungen stellte Molotow vor allem erst einmal die richtige Diskussionsbasis wieder her, indem er an die Beschlüsse von Potsdam anknüpfte, in denen ausdrücklich die Formulierung „Beschluss über die Aussiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn“ angewendet worden ist. Molotow wies nach, daß es sich um ernst gemeinte Beschlüsse gehandelt hat, und er wandte sich gegen die Vorstellung, daß die Vereinbarungen von Potsdam etwa als eine Art Experiment betrachtet werden könnten.

An Hand des Wortlautes der Protokolle von Jalta und Potsdam zeigte Molotow, daß die Beschlüsse von Potsdam endgültig und für die Alliierten bindend sind. Sogar eine Erklärung Trumans konnte er anführen, durch welche der endgültige Charakter der Grenzziehung im Osten bestätigt wird. Nur in formaler Hinsicht hat die Friedenskonferenz die Beschlüsse von Potsdam auszugestaltet. An ihrem Inhalt dagegen ändert sich nichts. Deshalb erklärte Molotow auch, daß für die von Marshall beantragte Sonderkommission zur Prüfung der Grenzfrage keine Notwendigkeit besteht.

Neben der großen politischen Debatte über die Grenzfrage gehen die Arbeiten der verschiedenen Ausschüsse der Moskauer Konferenz weiter. Dabei ist im Kreise der Sonderbeauftragten für Deutschland wieder die Frage erörtert worden, welche Länder an der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages teilnehmen sollen. Mit Ausnahme des Falles Albanien kam in dieser Frage eine Verständigung zustande, wonach es den kleineren alliierten Staaten (es handelt sich um 18 oder mit Albanien 19) erlaubt sein soll, als Beobachter an den Konferenzen teilzunehmen, wenn andere alliierte Staaten ihre Ansichten vor dem Rat der Außenminister oder vor den Sonderbeauftragten darlegen. Auch schriftliche Erklärungen dürfen diese kleineren Länder abgeben.

Ungelöst blieb jedoch die Frage der Zulassung Albanien, da die Engländer und die Amerikaner dem sowjetischen Vorschlag widersprachen, wonach Albanien im Hinblick auf seinen opfervollen Befreiungskampf zu den Friedensverhandlungen Zutritt haben soll. Die Beteiligung Irans an der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages wurde in der Mittwochssitzung dieses Ausschusses vom britischen und sowjetischen Delegierten befürwortet, vom französischen aber abgelehnt.

Im Rahmen der verschiedenen Ausschüsse ist jetzt auch ein Sonderausschuß von Sachverständigen für die Fragen der Entmilitarisierung auf industriellem Gebiete tätig. In diesem Kreise hat am Mittwoch Marshall Sokolowskij im Namen der sowjetischen Delegation den Vorschlag begründet, alle monopolistischen Gesellschaften, die mit dem deutschen Kriegspotential verbunden sind, aufzulösen und alle militärischen Formationen in Deutschland abzuschaffen.

—m

11.
APRIL
1947

Nach der ersten Aussprache über die künftige Ostgrenze Deutschlands hat der Rat der Außenminister am Donnerstag die Probleme behandelt, die mit der Neugestaltung der deutschen Westgrenze zusammenhängen. Der französische Außenminister Bidault hat in dieser Sitzung zum ersten Male in vollem Umfang und in offizieller Form die französischen Anträge bekanntgegeben, die sich auf das Saargebiet und auf das Rheinland erstrecken. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um folgende Forderungen:

1. **Saargebiet:** Keine totale Einverleibung in Frankreich, sondern Lösung des Saargebietes von Deutschland, Einsetzung eigener Behörden, Errichtung einer eigenen Staatsangehörigkeit der Saarländer, Übertragung einiger besonderer Aufgaben (Vertretung nach außen und militärischer Schutz) an Frankreich, wirtschaftliche Vereinigung des Saargebietes mit Frankreich durch Einbeziehung in die französischen Zollgrenzen und durch eine Wirtschafts- und Münzunion.
2. **Ruhrgebiet:** Internationalisierung dieses Gebietes, Kontrolle der Kohlenförderung und der Industrieerzeugung, Übertragung des Eigentums an den Kohlengruben und den Hochöfen an die Alliierten.
3. **Rheinland:** Sonderstatut für das Rheinland mit politischer und wirtschaftlicher Trennung vom übrigen Deutschland.

Bei der Begründung dieser Anträge verwies Bidault ausdrücklich darauf, daß eine politische Einverleibung des Saargebietes von Frankreich nicht beabsichtigt werde, weil man die Erfahrungen von 1919 nicht noch einmal machen wolle. (Auf Grund des Versailler Vertrages fand am 13. Januar 1935 eine Abstimmung statt. Sie ergab eine große Mehrheit für das Verbleiben des Saargebietes bei Deutschland.) Die Franzosen erheben jetzt also nicht die Forderung, das Saargebiet vollständig zu annektieren. Sie wollen es aber in das französische Wirtschaftsgebiet einbeziehen und auch einige staatliche Hoheits- und Kontrollrechte im Saargebiet ausüben. In bezug auf Ruhr und Rhein liegt das Hauptgewicht der französischen Forderungen nicht auf der eigenen Einflußnahme der Franzosen auf diese Gebiete, sondern auf der **Abtrennung** vom übrigen Deutschland. Diese Forderung wird vor allem mit der Rücksicht auf die militärische Sicherheit Frankreichs begründet. Bei der Stellungnahme des Rates der Außenminister zu diesen französischen Anträgen ergab sich insofern ein Unterschied, als Bevin und Marshall zwar den französischen Plan, soweit er sich auf das Saargebiet erstreckt, unterstützten, daß sie aber die französischen Wünsche nach Abtrennung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes ablehnen. Der englische Außenminister wieder-

holte dabei seine schon früher abgegebene Erklärung, daß England im Ruhrgebiet (welches bekanntlich in der britischen Besatzungszone liegt) keine Sonderregelung zulassen werde, solange in Deutschland das Zonen-system besteht. Die Engländer haben gegen eine gemeinsame Kontrolle der gesamten deutschen Industrie durch die vier alliierten Mächte nichts einzuwenden, wohl aber weigern sie sich, diese Regelung anzuerkennen, wenn sie sich nur auf die Ruhrindustrie erstrecken soll.

Eine andere beachtliche Einschränkung machte Marshall bei seiner Zustimmung zur Loslösung des Saargebietes. Diese Zustimmung erstreckt sich, wie er ausdrücklich hervorhob, nur auf das seinerzeit von der erwähnten Abstimmung erfaßte Gebiet. Die Franzosen haben aber bekanntlich im vorigen Jahre mehrere Kreise der Rheinprovinz, die dem Saargebiet benachbart sind, mit in das Saargebiet eingliedert, eine Maßnahme, die Bidault jetzt vor allem mit verkehrstechnischen Notwendigkeiten begründete, die aber (wie aus der Äußerung Marshalls hervorgeht) von den Amerikanern im Hinblick auf die beabsichtigte Lostrennung von Deutschland nicht anerkannt wird. Zu der französischen Forderung nach einer Sonderregelung für das Rheinland hat Marshall sich noch nicht geäußert.

Zu den territorialen Vorschlägen der Franzosen kommen bei der Neugestaltung der Grenzverhältnisse im Westen auch noch die seinerzeit bereits gemeldeten Ansprüche Belgiens, Hollands und Luxemburgs hinzu. Bidault und Bevin haben sich bereits für die Anerkennung dieser Wünsche ausgesprochen.

Molotow hat zu dem gesamten Fragenkomplex, der mit der Westgrenze zusammenhängt, in der Donnerstagsitzung noch nicht Stellung genommen. Seine Erklärungen wurden für die Freitagsitzung angekündigt.

—m

12.
APRIL
1947

Keine Zerstückelung Deutschlands! — Noch niemals während des ganzen Verlaufs der Moskauer Konferenz ist dieser Grundsatz so klar und konsequent vertreten worden wie in der Rede, die Molotow am Freitag im Rat der Außenminister gehalten hat. Die französischen Wünsche, die sich auf Saar, Ruhr und Rhein erstrecken, laufen auf eine solche Zerstückelung hinaus, und Marshall und Bevin haben dazu mit gewissen Vorbehalten teils ablehnend, teils zustimmend Stellung genommen. Eine wirklich eindeutige und e n t s c h i e d e n e A b s a g e an jeden Gedanken einer solchen Aufteilung Deutschlands hat nur der Leiter der sowjetischen Delegation ausgesprochen.

Die große Rede Molotows war das wichtigste Ereignis der Freitagberatungen in Moskau. Molotow wies darin nach, daß die Vorschläge Bidaults (und zum Teil auch die amerikanischen Vorschläge) in ihren letzten Konsequenzen dazu führen würden, Deutschland als selbständiges Staatswesen zu liquidieren. Die Sowjetunion verlangt aber mit aller Entschiedenheit, daß es nicht dazu kommen darf und daß das deutsche Volk nicht seines Staatswesens beraubt werden darf. Er wies darauf hin, daß ein solches Verfahren nur dazu führen würde, die Ideen der Rache und des Militarismus in Deutschland neu zu beleben, und daß dann an Stelle der angestrebten demokratischen Entwicklung eine Stärkung derjenigen Elemente zu erwarten sei, die von neuen deutschen Angriffsplänen gegen die Alliierten träumen.

Wer hat die Idee einer Zerstückelung Deutschlands überhaupt vertreten und wer hat sie abgelehnt? — Molotow hat dazu einige höchst aufschlußreiche Feststellungen getroffen. Daraus ergibt sich folgendes:

Die Amerikaner haben auf der Konferenz von Teheran eine Zersplitterung Deutschlands in fünf Teile vorgeschlagen. Ein Jahr später haben die Engländer bei der Zusammenkunft in Moskau den Plan einer Dreiteilung Deutschlands entwickelt. Gegen jede Aufteilung hat sich allein die Sowjetunion ausgesprochen. Molotow erinnerte an die Rede Stalins vom 9. Mai 1945, in der der Generalissimus feststellte, daß die Sowjetunion keine Zerstückelung Deutschlands wünscht, obwohl Hitler vorher die Zerstückelung der Sowjetunion anstrebte.

Nach diesem Teil seiner Rede, der vor allem der historischen Entwicklung des Ruhr- und Rheinproblems gewidmet war, ging Molotow zu den aktuellen Fragen über, die damit verbunden sind. Warum widersetzen sich die Engländer und Amerikaner dem sowjetischen Vorschlag, eine Viermächtekontrolle im Ruhrgebiet einzurichten? Warum halten sie an der Sonderregelung fest, die sie mit der Vereinigung der englischen und der amerikanischen Zone in Westdeutschland eingeführt haben, obwohl diese Maßnahme bereits den Beginn einer Zerstückelung Deutschlands darstellt? Molotow wies nach, daß die Zustände, die auf Grund dieser englisch-amerikanischen Politik in Westdeutschland eingetreten sind, als durchaus anormal bezeichnet werden müssen, und daß von englischer und amerikanischer Seite zwar viel über europäische Interessen im Ruhrgebiet gesprochen werde, daß aber in Wirklichkeit die dort betriebene Politik nur den Sonderinteressen der Engländer und Amerikaner diene. Jedenfalls hält die Sowjetregierung an der Forderung fest, daß die Industrie im Ruhrgebiet nicht nur von den Engländern allein, sondern auch von allen vier Besatzungsmächten kontrolliert werden muß.

Mit dieser Rede Molotows sind nun die Standpunkte aller vier Großmächte zum Problem der deutschen Westgrenze bekannt, und es wird sich

darum handeln, die voneinander abweichenden Meinungen und Forderungen miteinander in Einklang zu bringen. Das wird nicht leicht sein, denn nach der Rede Molotows gaben Bevin, Marshall und Bidault noch kurze Erklärungen ab, in denen sie ihre vorher geäußerten Anschauungen nochmals bestätigten. Molotow stellte also fest, daß sie nicht bereit sind, die sowjetischen Vorschläge über das Ruhrgebiet sofort zu erörtern.

Damit ist die Aussprache über das deutsche Grenzproblem im Rat der Außenminister zunächst abgeschlossen, und der letzte Teil der Freitagsitzung betraf bereits wieder das Thema der Zentralverwaltungen, wobei Marshall, Bevin und Bidault einen Antrag einbrachten, der von den Potsdamer Beschlüssen abweicht. Sie wollen jede Zentralverwaltung nicht (wie es in Potsdam vorgesehen war) unter die Leitung eines Staatssekretärs, sondern eines Vollzugsausschusses stellen. Molotow machte nachdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich bei diesem Antrag keineswegs um eine Belanglosigkeit, sondern um einen klaren Widerspruch zu der in Potsdam vorgesehenen Regelung handelt.

Die Grenzfragen sollen nun von den Stellvertretern der Minister im Sonderausschuß weiter behandelt werden, aber auch dabei hat sich eine Schwierigkeit ergeben. Bevin und Marshall schlugen vor, daß sämtliche Grenzfragen, also sowohl die westlichen wie die östlichen, an die Stellvertreter zur weiteren Behandlung verwiesen werden sollten. Molotow stellte aber hierzu fest, daß die Frage der deutsch-polnischen Grenze bereits durch das Potsdamer Abkommen entschieden ist und daß die Sowjetregierung daher die Erörterung dieser Angelegenheit in einem Ausschuß nicht mehr für möglich erachtet.

Auch über das Verfahren beim Abschluß des Friedensvertrages muß noch eine Verständigung gesucht werden. Die Sonderbeauftragten für Deutschland, die mit dieser Aufgabe betraut sind, haben bisher weder über den Kreis der Mächte, die zu einer Friedenskonferenz eingeladen werden sollen, noch über den Zeitpunkt einer solchen Konferenz eine Vereinbarung treffen können. Sie haben daher um weitere 48 Stunden Frist bitten müssen, um ihren Bericht für die Außenminister fertigzustellen. Die Woche nach Ostern — die fünfte Moskauer Beratungswoche — hat abermals eine Fülle wichtiger und schwieriger Beratungen gebracht. Diesmal hat es sich sowohl um den künftigen inneren Neubau Deutschlands wie um seine äußeren Grenzen gehandelt. Die Verteilung der Vollmachten zwischen der geplanten Zentralregierung und den Länderregierungen sowie der Aufbau einer Anzahl zentraler Verwaltungsabteilungen wurden gründlich besprochen, und die Probleme, die mit der Gestaltung der äußeren Grenzen Deutschlands zusammenhängen, waren ebenfalls der Gegenstand einer sehr eingehenden Debatte.

—m

14.
APRIL
1947

Teils innerhalb, teils außerhalb der Konferenz haben sich über das Wochenende die interessanten Moskauer Vorgänge abgespielt. Im Rat der Außenminister ist über die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland verhandelt worden, wobei zwar noch keine gemeinsamen Beschlüsse gefaßt werden konnten, aber in der Diskussion neue wichtige Gesichtspunkte zur Sprache kamen.

Im Mittelpunkt dieser Debatte stand die Rede Molotows, in der er nachwies, daß es unbedingt notwendig ist, eine deutsche Regierung einzusetzen, die in der Lage ist, den kommenden Friedensvertrag zu unterschreiben und für die Innehaltung der Verpflichtungen dieses Vertrages zu sorgen.

Die Logik, die den Darlegungen Molotows zugrunde liegt, ist so einleuchtend und überzeugend, daß man sich vergeblich fragt, warum die anderen Außenminister dem sowjetischen Vorschlag noch nicht zugestimmt haben. Was soll geschehen, um die Durchführung des Friedensvertrages zu gewährleisten, wenn keine deutsche Regierung vorhanden ist, die ihre Unterschrift geben kann? Sollen etwa die Alliierten mit jedem einzelnen der deutschen Länder — es werden dann etwa 16 oder 17 sein — in Verbindung treten und sie auffordern, die Vorschriften des Vertrages zu erfüllen? Das würden in der Tat Zustände sein, die nicht eintreten dürfen. Ein anderer Gesichtspunkt aus dem Gedankengang Molotows war, daß Deutschland keine Ausnahme unter allen den Staaten bilden darf, mit denen jetzt Friedensverträge abgeschlossen worden sind oder noch abgeschlossen werden sollen. Die fünf Länder, mit denen am 10. Februar in Paris die Friedensverträge unterzeichnet wurden, haben alle ihre eigenen Regierungen, die ihre Unterschrift unter die Verträge gegeben haben. Ebenso Japan, mit welchem voraussichtlich bald ein Friedensvertrag zustande kommen wird. Warum soll es mit Deutschland anders sein?

Trotz dieser Argumente, denen man sich eigentlich überhaupt nicht entziehen kann, ist im Rat der Außenminister noch keine Verständigung über die Einsetzung einer deutschen Regierung, deren Heranziehung zur Friedenskonferenz und zur Unterschrift unter den Vertrag erforderlich ist, erzielt worden. Ebensowenig ist eine Übereinstimmung über den Termin der Friedenskonferenz und über den Kreis ihrer Teilnehmer herbeigeführt worden. Derselbe Mangel an einer Verständigung besteht auch noch in bezug auf die Fragen, die mit dem neuen politischen Aufbau innerhalb Deutschlands zusammenhängen, also vor allem im Hinblick auf die Verteilung der Vollmachten zwischen der künftigen deut-

schen Zentralregierung und den Länderregierungen. Auch hier spricht die innere Logik der Dinge durchaus für die sowjetischen Anträge, denn wenn in Potsdam seinerzeit beschlossen worden ist, den deutschen Zentralverwaltungen, die nun eingerichtet werden sollen, bestimmte Befugnisse für das gesamtdeutsche Gebiet zu geben, so ist es doch selbstverständlich, daß auch eine deutsche Zentralregierung keine geringeren Zuständigkeiten haben kann als diese Zentralverwaltungen. Trotzdem halten die anderen Delegationen noch an ihrem föderalistischen Standpunkt fest und wünschen die Befugnisse der künftigen Zentralregierung möglichst stark einzuschränken.

Außerhalb der Beratungen der Außenminister ist eine Reihe bemerkenswerter Erklärungen in einer Pressekonferenz gegeben worden, die Wyschinskij in Moskau mit den Vertretern aller Länder, deren Berichtserstatter sich nach Moskau begeben haben, abgehalten hat. Im Mittelpunkt der Antworten, die Wyschinskij auf die Fragen der Journalisten gab, standen die Grundlage des Reparationsproblems. Warum verlangt die Sowjetunion sowohl aus den industriellen Ausrüstungen wie aus der laufenden Produktion die Reparationsleistungen, die ihr bereits auf der Krimkonferenz zugesprochen worden sind? Warum tritt die Sowjetunion gleichzeitig für die Einheit Deutschlands und für die Steigerung der industriellen Produktion ein? Es scheint, daß die Westmächte noch nicht verstanden haben, wie wichtig die Reparationsleistungen für die so ungeheuer geschädigte Sowjetunion sind, oder daß die Engländer und Amerikaner diese berechtigten Forderungen der Sowjetregierung nicht befriedigen wollen. Sonst hätten sie längst einsehen müssen, wie großen Wert die Sowjetunion darauf legt, daß Deutschland — und zwar ein einheitliches Gesamtdeutschland — seine industrielle Erzeugung steigert, damit es nicht nur den eigenen Bedarf decken, sondern auch seine Verpflichtungen an die Alliierten innehalten kann. Dazu aber genügen nicht die Ausrüstungen der zur Demontage bestimmten Betriebe, sondern dazu sind auch Leistungen aus der laufenden Produktion notwendig. Die Engländer und Amerikaner haben ja ebenfalls solche Leistungen an Kohle, Metall und anderen Guthaben aus Deutschland bezogen.

Das nächste Thema, welches nun im Rat der Außenminister behandelt werden soll, ist der amerikanische Plan eines Viermächtevertrags, durch den die deutsche Abrüstung auf die Dauer garantiert werden soll.

—m

16.
APRIL
1947

Wie lange soll Deutschland militärisch besetzt bleiben? Wie sollen Garantien für die dauernde deutsche Abrüstung und gegen jede Wiederholung eines deutschen Angriffs geschaffen werden? Welche Bedingungen muß Deutschland erfüllen, damit die völlige Entmilitarisierung und Demokratisierung anerkannt und daraufhin die Besetzung beendet werden kann?

Diese für das ganze deutsche Volk und für die künftige Entwicklung Deutschlands wichtigen Fragen waren der neue Beratungsgegenstand, dem sich die Konferenz der Außenminister am Montag zugewendet hat. Es ist der vierte Punkt der Tagesordnung, der damit an die Reihe kommt. Er lautet: „Erörterung des amerikanischen Vorschlages für einen Entwaffnungs- und Entmilitarisierungsvertrag sowie andere Maßnahmen zur Kontrolle Deutschlands.“ Dieser amerikanische Vorschlag wurde bereits Ende April 1946 vom damaligen Außenminister Byrnes den Alliierten in Paris vorgelegt. Er enthält die Forderungen, daß alle militärischen Formationen in Deutschland aufgelöst, die Herstellung von Waffen und Kriegsgerät verboten, die Tätigkeit jeder Art von Instituten, die für die Rüstung arbeiten, unterbunden wird, daß ferner ein Kontrollausschuß der vier alliierten Großmächte gebildet wird, der die Lage in Deutschland zu überwachen und den Sicherheitsrat der UN laufend zu unterrichten hat, damit dieser gegebenenfalls sofort eingreifen kann, wenn etwa in Deutschland die Gefahr einer neuen Bedrohung des Weltfriedens erkennbar werden sollte. Dieser Viermächtevertrag sollte nach dem Vorschlag von Byrnes zunächst auf 25 Jahre abgeschlossen werden, und dann sollten die Alliierten feststellen, ob Deutschland ausreichend demokratisiert sei, so daß die Kontrolle in Wegfall kommen könne, oder ob der Vertrag verlängert werden müsse.

Mit einigen kleineren Änderungen hat der amerikanische Außenminister Marshall diesen Entwurf jetzt der Moskauer Konferenz vorgelegt, und am Montag wurde die Debatte darüber eröffnet. Dabei hat Molotow mehrere wichtige Verbesserungsvorschläge zu diesem Viermächtepakt gemacht. Seine Anträge erstrecken sich auf die Einrichtung einer gemeinsamen Kontrolle des Ruhrgebiets, damit die dortigen Hilfsquellen sowohl für die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie als auch für die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten nutzbar gemacht werden können, ferner auf die erforderlichen Maßnahmen, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszurotten und um dem deutschen Volk bei der Errichtung seiner neuen Demokratie die erforderliche Hilfe zu leisten. Dazu gehört in erster Linie die Verwirklichung der Bodenreform in ganz Deutschland, nachdem diese Bodenreform bisher im wesentlichen nur in der östlichen Zone durchgeführt worden ist.

Eine Nachrichtenagentur hat in diesen Tagen mitgeteilt, daß die Außenminister in dieser Frage bereits zu einer prinzipiellen Einigung gelangt sind. Diese Nachricht ist jedoch seitens anderer Nachrichtenagenturen bisher nicht gemeldet worden. Die Vertragsdauer des Viermächtepaktes wird im sowjetischen Vorschlag auf 40 Jahre ausgedehnt.

Am Dienstag wurde die Debatte über die Viermächtekontrolle von den Außenministern fortgesetzt. Dabei stimmte Bidault im Prinzip dem amerikanischen Entwurf zu. Marshall wollte alle notwendigen Ergänzungen, die Molotow vorgeschlagen hatte, nicht in diesen Vertrag aufnehmen, sondern die Regelung dieser Fragen dem Kontrollrat überlassen. Molotow erklärte nochmals, daß die Sowjetregierung den amerikanischen Vorschlägen zustimmt, aber mit den oben erwähnten Ergänzungen und Abänderungen. Vor allem darf, wie er nachdrücklich hervorhob, nicht der Eindruck entstehen, als ob der Wille der Alliierten zur Verwirklichung ihrer Ziele nachgelassen habe. Das würde aber der Fall sein, wenn man in diesen neuen Vertrag nichts über die Bedingungen aufnehmen würde, unter denen in Zukunft die Kontrolle Deutschlands einmal aufgehoben werden kann. Die Sowjetregierung legt deshalb großes Gewicht darauf, den Viermächtevertrag genau mit den Beschlüssen von Jalta und Potsdam in Einklang zu bringen.

Eine Verständigung wurde in dieser Frage am Dienstag noch nicht erreicht, und die Außenminister gingen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Bericht der Kohlensachverständigen, über.

Vor der Debatte über den Viermächtepakt wurde die Aussprache über die Vorbereitung des Friedensvertrages und über die Einberufung der Friedenskonferenz weitergeführt. Es ist jedoch immer noch keine Verständigung darüber erzielt worden, wer alles an der Konferenz teilnehmen soll. Wenn man (wie Marshall es ursprünglich wünschte) alle Länder heranziehen würde, die einmal eine Kriegserklärung gegen Deutschland ausgesprochen haben, so wird der Kreis allzu groß. Der neue amerikanische Vorschlag enthält daher einige Einschränkungen. Der sowjetische Standpunkt geht bekanntlich dahin, daß ausschließlich die wirklichen Mitkämpfer auch an der Friedenskonferenz teilnehmen sollen sowie die Verbündeten, die Deutschland unmittelbar benachbart sind.

Außerhalb des Rates der Außenminister wurde im Sonderausschuß der Sachverständigen ein Fortschritt erzielt, der für das gesamte Nachrichtenwesen und die demokratische politische Arbeit in ganz Deutschland recht bedeutsam werden kann. Es handelt sich um das Übereinkommen, wonach ein freier Austausch von Informationen und demokratischen Ideen stattfinden darf.

Am Dienstagabend hat Stalin den amerikanischen Außenminister Marshall im Kreml empfangen. Bidault und Bevin haben bekanntlich schon im März Unterredungen mit Stalin gehabt.

—m

17.
APRIL
1947

Schnell und harmonisch — so sagt heute eine Moskauer Meldung — ist die Mittwochsitzung des Rates der Außenminister verlaufen, in der die Aussprache über den österreichischen Friedensvertrag begonnen wurde. Offensichtlich bestand bei allen Delegationen das Bestreben, einander entgegenzukommen. Von den 59 Artikeln des österreichischen Vertrages konnten 12 bereits in der ersten Sitzung erledigt werden, wobei die Außenminister auch in einigen Punkten, die vom Sonderausschuß nicht bereinigt worden waren, zu einer Verständigung kommen konnten. Die sowjetische Delegation will sich, wie Molotow erklärte, dafür einsetzen, daß der gesamte Vertrag auf dieser Konferenz fertiggestellt wird, und am Mittwoch sind durch gegenseitige Konzessionen bereits verschiedene Kompromißbeschlüsse zustande gekommen.

Das gilt vor allem für die Frage, wer den österreichischen Friedensvertrag unterzeichnen soll. Man einigte sich dahin, daß nur die vier Großmächte und Österreich selbst ihre Unterschrift geben werden. Andere Länder können dem Vertrag später beitreten. Vollständige Einigung wurde weiterhin über die Wiederherstellung Österreichs als souveräner Staat und über das Verbot eines Anschlusses an Deutschland erzielt. Einer derjenigen Punkte, in denen noch keine Übereinstimmung zustande kam, war die Frage, in welcher Form die Verantwortung Österreichs für seine Beteiligung am Kriege in dem neuen Vertrag ausgesprochen werden soll. Molotow wünschte eine klare Feststellung dieser Mitverantwortung. Die anderen Außenminister aber empfahlen dafür nur eine abgeschwächte Form. Diese Frage muß also noch geklärt werden.

Wesentlich größere Schwierigkeiten als der österreichische Vertrag bereitete am Mittwoch die Erörterung des Berichts der Kohlen-sachverständigen. In der Frage der Verteilung und der Kontrolle der deutschen Kohlenproduktion ist zwischen den vier Außenministern noch keine Grundlage einer Verständigung gefunden worden. Bidault wünscht beispielsweise, daß die Kohle aus dem Saargebiet überhaupt nicht im Rahmen der deutschen Kohlenproduktion mitgerechnet wird. Er möchte die Saarkohle als einen ausschließlich französischen Besitz betrachtet wissen, während Bevin den Standpunkt vertritt, daß die Saarkohle keine französische, sondern eine europäische Angelegenheit ist. Außerdem beharrt Bevin auf seiner Weigerung, eine Kontrolle der Kohlenförderung im Ruhrgebiet durch die vier Mächte zuzulassen, während Marshall das gesamte Kohlenproblem nur im Zusammenhang mit der Sicherung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands behandeln möchte.

Positive Vorschläge zur Regelung der Kohlenfrage hat Molotow gemacht. Er wünscht in erster Linie eine Steigerung der Kohlenförderung

überhaupt, und er schlägt weiter vor, daß diese Steigerung sowohl dem innerdeutschen Verbrauch als auch dem Export und den Reparationsleistungen nutzbar gemacht werden soll. Zu diesem Zweck soll von der Kohlenförderung ein Kontingent von 20 bis 25 Prozent abgezweigt werden, welches zur einen Hälfte für den Export und zur anderen für die Reparationen zu verwenden wäre. Außerdem erklärt Molotow gemeinsame Maßnahmen der Alliierten zur Steigerung und zur Kontrolle der Kohlenförderung für notwendig, insbesondere die Einrichtung einer Viermächtekontrolle im Ruhrgebiet.

Die Engländer und die Amerikaner zeigten auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß sie nicht das richtige Verständnis dafür haben, welche Bedeutung die Reparationsfrage für die Sowjetunion besitzt. Bevin und Marshall wendeten sich beide gegen die Vorschläge Molotows und gegen den Gedanken, Kohlenlieferungen à conto der Reparationen leisten zu lassen. Das Kohlenproblem ist also noch ungeklärt geblieben.

Der Rat der Außenminister, der während der ganzen Dauer der Konferenz seine Sitzungen stets in den Nachmittagsstunden abgehalten hat, trat am Donnerstag bereits vormittags zusammen, um die Besprechungen des österreichischen Friedensvertrages fortzusetzen. Es war beschlossen worden, sowohl die Vertreter Jugoslawiens als auch die Vertreter Österreichs anzuhören und zu befragen. Am Donnerstag kam zunächst der stellvertretende jugoslawische Ministerpräsident Dr. Edvard Kardelj zu Wort, der in einer zweistündigen Rede in der Hauptsache die Gedankengänge wiederholte, die er bereits auf der Vorkonferenz in London dargelegt hatte. Er wies insbesondere auf den starken Anteil hin, den die Österreicher beim Einmarsch der deutschen Armeen in Jugoslawien gehabt haben. In bezug auf Kärnten stellte er fest, daß die Zahl der slowenischen Bewohner die Zahl der österreichischen Einwohner übertrifft. Dann forderte er die Entmilitarisierung eines Gebietes in Österreich an der jugoslawischen Grenze bis zu 20 Kilometer Tiefe, und er verlangte Reparationen in Höhe von 150 Millionen Dollar. Außer Kardelj sprach auch der jugoslawische Außenminister Simic. Der österreichische Minister Dr. Gruber soll am Freitag angehört werden.

—m

18.
APRIL
1947

Die Verantwortung Österreichs für seine Beteiligung am Kriege ist das Problem, welches den politischen Hintergrund der augenblicklichen Auseinandersetzungen im Rat der Außenminister bildet. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die Bedingungen, unter denen ein Friedensvertrag mit Österreich abgeschlossen werden kann, stark davon abhängen, wie das Maß dieser Verantwortung beurteilt wird. In dieser Hinsicht gehen die Meinungen ziemlich weit auseinander und am weitesten selbstverständlich

zwischen dem hauptsächlichen Ankläger, der jugoslawischen Regierung, und dem Angeklagten, der Republik Österreich selbst. Da die Beteiligung der Österreicher am Kriege an der Seite Hitlers sich in erster Linie gegen Jugoslawien auswirkte, ist die jugoslawische Regierung vom Rat der Außenminister aufgefordert worden, ihre Auffassung und ihre Ansprüche auf der Moskauer Konferenz darzulegen, wie es schon im Januar auf der Londoner Vorkonferenz geschehen ist.

So brachten der Donnerstag und der Freitag in Moskau die großen Plädoyers der Vertreter Jugoslawiens und Österreichs. Diese Reden, Anklage wie Verteidigung, betrafen nicht nur die jugoslawischen Forderungen nach österreichischen Reparationen, sondern vor allem die grundsätzliche Seite der moralischen und politischen Feststellung der Mitschuld Österreichs und die Maßnahmen, die sich daraus ergeben. Der stellvertretende Ministerpräsident von Jugoslawien, Kardelj, und der Außenminister, Simic, vertraten die Forderungen ihrer Regierung. Das geschah auf der Basis einer umfassenden Schilderung der Anteilnahme Österreichs am Krieg, insbesondere an den Kämpfen in Jugoslawien, in deren Verlauf die österreichischen Truppen sich viele Verbrechen zuschulden kommen ließen. Jugoslawien fordert daher vor allem ein Verbot des politischen und wirtschaftlichen Anschlusses Österreichs an Deutschland sowie ein Verbot der nazistischen und pangermanistischen Propaganda, die sich in der Vergangenheit so stark gegen Jugoslawien ausgewirkt hat. Es fordert ferner die Entmilitarisierung einer 20-Meilen-Zone an der österreichischen Grenze und weiterhin die Zurückführung der in Österreich noch so zahlreich vorhandenen verschleppten Personen in ihre Heimatländer. Im engen Zusammenhang mit diesem Anspruch steht das Verlangen nach der Auslieferung der Kriegsverbrecher, von denen sich sehr viele gerade unter den verschleppten Personen befinden. Auch die Beseitigung der noch recht beträchtlichen Reste des Faschismus in Österreich bildet einen Punkt aus dem Programm der Forderungen, die Jugoslawien stellt und zu denen dann vor allem noch der Anspruch kommt, einen Teil von Kärnten, welcher überwiegend von slowenischer Bevölkerung bewohnt wird, mit dem jugoslawischen Staate zu vereinigen. Dieser Antrag wurde von Kardelj mit einem eingehenden zahlenmäßigen Nachweis über die Bevölkerungsverhältnisse in diesen Grenzgebieten begründet. Der Reparationsanspruch Jugoslawiens an Österreich, der sich auf 150 Millionen Dollar beläuft, wurde in einer besonderen Rede von Außenminister Simic dargelegt.

Am Freitagvormittag hat der österreichische Außenminister, Dr. Gruber, gegenüber den Anklagen und Wünschen der jugoslawischen Regierung den Standpunkt Österreichs vertreten. Selbstverständlich ist die österreichische Regierung bestrebt, ihr Land von der Mitschuld am Kriege soweit wie möglich zu entlasten und auch die Vorwürfe zu entkräften, die

gegen die augenblickliche Haltung Österreichs in den von der jugoslawischen Delegation vorgetragenen Anklagepunkten erhoben worden sind.

Der Rat der Außenminister hat am Donnerstagnachmittag zunächst zu den Darlegungen der Vertreter Jugoslawiens Stellung genommen, wobei der stellvertretende sowjetische Außenminister, *Wyschinskij*, vor allem auf die Angelegenheit der verschleppten Personen einging und beantragte, daß Österreich bestimmte Verpflichtungen in dieser Sache auferlegt werden sollten. Innerhalb von sechs Monaten müsse die Heimführung der verschleppten Personen abgeschlossen werden, und ferner müßten alle Organisationen, die in Österreich gegen die Alliierten agitieren, aufgelöst werden.

Der Unterschied der Auffassungen, die bei den Großmächten in der österreichischen Frage bestehen, verhinderte eine einheitliche Beschlußfassung im Rat der Außenminister. Bevin, Marshall und Bidault stimmten den oben angeführten sowjetischen Anträgen nicht zu, und auch über einen Teil der militärischen Bestimmungen für Österreich einschließlich der Vorschriften für die Kriegstechnik kam noch kein Beschluß zustande. Dagegen wurde eine Vereinbarung über das Verbot für ehemalige Nazis erreicht, in der österreichischen Armee zu dienen, sowie über einige andere Einzelheiten aus dem Kapitel der militärischen Bestimmungen des Vertragsentwurfs.

—m

19.
APRIL
1947

Nach sechs Wochen intensiver Arbeit scheint die Moskauer Konferenz sich jetzt ihrem Abschluß zu nähern. Die Tagesordnung ist erschöpft. Alle sechs Punkte, die ihren Inhalt bildeten, sind der Reihe nach im Rat der Außenminister und in den verschiedenen Ausschüssen behandelt worden, und wenn auch in allen diesen Fragen mit wenigen Ausnahmen noch keine Beschlüsse gefaßt werden konnten, so sind doch zu jedem einzelnen Problem die Standpunkte der vier Großmächte klar und umfassend dargelegt worden, so daß jede der beteiligten Regierungen jetzt ein genaues Bild von den Möglichkeiten hat, die sich im Sinne einer Einigung ergeben. Viel mehr wurde von der Moskauer Konferenz auch nicht erwartet. Hat doch auch *Molotow*, als im Dezember in New York beim Abschluß der dortigen Tagung des Rates der Außenminister der Beschluß gefaßt wurde, den deutschen und den österreichischen Friedensvertrag bei einer neuen Zusammenkunft in Moskau zu behandeln, gesagt: „Wir werden diese Arbeit in Moskau wenn nicht vollenden, so doch beginnen.“ Dieser Beginn der umfangreichen Arbeit liegt nun vor, und man muß zugleich daran erinnern, daß für die im Februar mit den früheren Verbündeten Deutschlands abgeschlossenen Friedensverträge drei Konferenzen des Rates der Außenminister und eine besondere große Friedenskonferenz in Paris erforderlich

waren. Wenn jetzt auf Grund des vom Rat angenommenen Vorschlags Bevins täglich zwei Sitzungen des Rates stattfinden, so ist das erfahrungsgemäß ein Zeichen dafür, daß man rasch zu Ende kommen möchte.

Im Rahmen gewisser pessimistischer Tendenzen liegt wohl auch die Meldung einer amerikanischen Agentur, die davon spricht, wenn keine Einigung erzielt werde, müsse man mit der Möglichkeit einer Teilung Deutschlands rechnen. Diese Meldung nimmt Bezug auf angebliche Äußerungen des amerikanischen Außenministers über seine Unterredung mit Stalin. Sie steht aber im Widerspruch zu anderen Meldungen, wonach in Moskau eine optimistische Beurteilung der weiteren Möglichkeiten vorherrsche. Im übrigen darf nicht außer acht gelassen werden, daß über die Unterredung zwischen Stalin und Marshall bisher keine amtliche Meldung erschienen ist. Die Freitagsitzung des Rates der Außenminister war vollständig von der österreichischen Frage in Anspruch genommen. Zunächst handelte es sich noch um die Kenntnisnahme und die Erörterung der Erklärungen, die von den Vertretern der jugoslawischen und österreichischen Regierung zum Entwurf des Vertrages mit Österreich abgegeben worden waren. Dann aber entwickelte sich eine neue Debatte über das Kapitel des Vertrags, welches die Verwertung des deutschen Eigentums in Österreich betrifft. Diese Spezialfrage macht besonders große Schwierigkeiten, da die Meinungen darüber, welcher Teil des in Betracht kommenden Besitzes für die Erfüllung von Reparationsforderungen herangezogen werden soll, voneinander abweichen. Der Beschluß der Potsdamer Konferenz (Kap. IV, 9), daß die deutschen Guthaben in Österreich als Reparationen zugunsten der Sowjetunion zu verwenden sind, wird durch die Methode praktisch hinfällig, welche die Engländer und Amerikaner jetzt bei der Verwertung dieser deutschen Aktiva anwenden möchten. Obwohl auch Marshall den klaren Anspruch der Sowjetunion auf diese Reparationen grundsätzlich anerkannte, stellten er und Bevin in der Freitagsitzung dennoch Behauptungen über die Reparationspolitik der Sowjetunion in Österreich auf, die den Tatsachen nicht entsprechen. Molotow sah sich veranlaßt, die Sachlage gründlich zu klären und die Berechtigung der sowjetischen Ansprüche nachzuweisen. Die Ausnahmen, welche die Amerikaner und Engländer von dem deutschen Besitz in Österreich, der für Reparationsleistungen an die Sowjetunion in Frage kommt, machen möchten, gehen viel zu weit, und andererseits sind auch die Behauptungen über die angeblichen Folgen, die diese Reparationspolitik für die österreichische Wirtschaft haben könnte, offensichtliche Übertreibungen. Molotow konnte zahlenmäßig nachweisen, wie klein in Wirklichkeit derjenige Teil der österreichischen Wirtschaft ist, der davon überhaupt betroffen wird.

Zu einer Einigung in dieser schon mehrfach behandelten Frage ist es auch am Freitag noch nicht gekommen. Am Sonnabend wurde die Aussprache über andere Punkte des österreichischen Vertrages fortgesetzt. —m

21.
APRIL
1947

Der Rat der Außenminister hat seine Arbeiten am Wochenende erheblich beschleunigt. Zwei Sitzungen sind am Sonnabend und eine am Sonntagvormittag abgehalten worden. Außerdem hat eine Sitzung der Stellvertreter für Österreich am Sonntagnachmittag stattgefunden. Man ist dabei ein gutes

Stück vorwärtsgekommen. Die Frage, ob der österreichische Vertrag fertiggestellt werden kann, ist jedoch noch unentschieden, denn mehrere besonders schwierige Teilprobleme dieses Entwurfs sind noch ungeklärt, so vor allem die Grenzfrage, die jugoslawischen Reparationsansprüche, die Verwertung der deutschen Guthaben in Österreich sowie die Heimkehr der verschleppten Personen. Im übrigen sind in einer Reihe verschiedener Fragen gemeinsame Beschlüsse zustande gekommen, und es wird berichtet, daß die Stimmung in den letzten Sitzungen durchaus freundschaftlich gewesen sei.

Das politisch bedeutsamste Moment aus der Gruppe der acht Punkte, über die eine Verständigung erzielt worden ist, kann man in der Zustimmung aller Delegierten zu dem sowjetischen Antrag über die Formulierung der Präambel erblicken, denn darin ist die grundlegende Frage der Mitverantwortung Österreichs für den Krieg geregelt. Dieser sowjetische Antrag gibt dem entsprechenden Teil der Präambel die Fassung, daß „Österreich von einer gewissen Verantwortung, die sich aus der Teilnahme am Kriege ergibt, nicht ledig gesprochen werden kann.“ Diesen Standpunkt haben die Vertreter der Sowjetregierung gegenüber den abgeschwächten Tendenzen der anderen Delegationen mit großer Konsequenz vertreten, und er ist nun die Basis für die gemeinsame Stellungnahme des Rates der Außenminister geworden.

Von den sonstigen Beschlüssen, die jetzt gemeinsam gefaßt werden konnten, verdienen folgende hervorgehoben zu werden: Der Aufenthalt der Deutschen in Österreich, die Auslieferung der Kriegsverbrecher, das Verbot für ehemalige Nazis, in der österreichischen Wehrmacht zu dienen, und die Beschränkung der Grenzbefestigungen. Andere Artikel des Vertrages wurden zunächst zur weiteren Behandlung den Sonderbeauftragten überwiesen. Darunter befindet sich der Abschnitt über das Eigentum von Mitgliedern der Vereinten Nationen in Österreich und über die Rückerstattung dieses Eigentums. In der langen Debatte, die sich hierüber im Rat der Außenminister entwickelte, wies Molotow auf den Widerspruch hin, der sich in der Haltung der anderen Delegationen in dieser Frage zeigt. Sie haben zwar grundsätzlich beschlossen, keine Reparationen von Österreich zu verlangen, aber die Methode, nach der sie das erwähnte Eigentum erstattet oder ersetzt haben möchten, läuft in der Praxis auf eine Art Reparationsanspruch hinaus.

In den Beratungen der Sonderbeauftragten sind am Sonntag und Montag verschiedene Fragen geklärt worden, so z. B. die Zurückziehung der Truppen aus Österreich, die Beendigung der alliierten Kontrolle in Österreich und die Rückgabe österreichischen Eigentums in den Mitgliedstaaten der UN. Dagegen konnte man in den beiden wichtigsten Fragen, die den Stellvertretern überwiesen worden waren, noch keine Verständigung finden. Jugoslawien verlangt bekanntlich die Eingliederung eines kleinen Teiles von Kärnten, der jetzt zu Österreich gehört und der überwiegend von slowenischer Bevölkerung bewohnt wird. Die Sowjetunion unterstützt diesen Antrag, aber die anderen drei Großmächte stimmen dieser Regelung nicht zu. Ebenso haben sie sich gegen den sowjetischen Vorschlag ausgesprochen, daß Österreich verpflichtet werden soll, binnen sechs Monaten die verschleppten Personen in ihre Heimatländer zu befördern. Dieser Widerspruch wurde aufrechterhalten, obwohl Wyschinskij nochmals darauf hingewiesen hatte, wie gefährlich die Unruheherde sind, zu denen sich die Lager der Verschleppten in Österreich allmählich entwickeln, und wie wünschenswert es ist, Österreich von dieser schweren Last zu befreien.

Die Kohlenfrage ist von den Sachverständigen in den letzten Beratungen soweit geklärt worden, daß man jetzt einen gemeinsamen Bericht über das geplante Abkommen erwarten kann. Sollte dann, wie verschiedene Nachrichtenagenturen ankündigen, die Konferenz in den nächsten Tagen beendet werden, so rechnet man damit, daß der Rat der Außenminister etwa im Juli, vermutlich in London, wieder zusammentreten wird, um seine Arbeiten am deutschen Friedensvertrag, die in Moskau begonnen worden sind, fortzusetzen.

—m

22.
APRIL
1947

Was sich jetzt am Schlusse der Konferenz der Außenminister in Moskau abspielt, ist für die Öffentlichkeit in Deutschland nicht mehr so interessant wie die Beratungen der vorangegangenen Wochen, denn es handelt sich jetzt um Angelegenheiten, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem deutschen Friedensschluß und mit der Neugestaltung des kommenden deutschen Staatswesens stehen. Österreichischer Vertrag — Triest — Kohlenpakt — das sind die Themen, die jetzt noch erörtert werden und die zugleich einen Hinweis auf die schon wiederholt betonte Tatsache enthalten, daß die Zusammenkunft der Außenminister in Moskau keineswegs nur dem deutschen Problem galt, sondern daß diese Konferenz einen weltpolitischen Rahmen hatte. Das zeigte sich schon am ersten Tage, als Molotow eine Erklärung über die Lage in China abgab, und das zeigt sich ebenso wieder in den letzten Tagen der Konferenz, in denen von deutschen Angelegenheiten nicht mehr die Rede ist.

Die Frage, ob es in letzter Stunde noch gelingen würde, den österreichischen Vertrag fertigzustellen, begegnete in den letzten Tagen in Moskau zunehmenden Zweifeln. Der Wille, zu einem positiven Abschluß dieses Themas sowie zu einer Regelung der finanziellen Angelegenheiten des neuen Freistaates Triest zu kommen, war zweifellos vorhanden, und er wurde äußerlich daran erkennbar, daß die Außenminister sowohl am Montagnachmittag wie am Dienstagvormittag geschlossene Sitzungen in engerem Kreise abhielten, um rascher eine Einigung zu erzielen. Aber auch auf Grund dieser Sitzungen sind noch keine greifbaren Resultate gemeldet worden. In bezug auf den österreichischen Vertrag sind nach wie vor das Grenzproblem in Gestalt des jugoslawischen Anspruchs auf einen Teil von Kärnten, ferner die jugoslawischen Reparationsforderungen und die Verwertung der deutschen Guthaben in Österreich ungeklärt. Die Sonderbeauftragten sollen noch einmal versuchen, einen Ausgleich der bestehenden Differenzen zu finden.

Auch im Hinblick auf Triest trat ein prinzipieller Unterschied der Auffassungen zwischen den Großmächten zutage, so daß auch dieses Thema noch einmal an die Sonderbeauftragten verwiesen werden mußte. Die finanzwirtschaftliche Seite des Triester Problems ist (wie Molotow darlegte) bisher fast gar nicht behandelt worden. Die finanziellen Pläne, welche die USA in Triest verfolgen, sollen nach den Darlegungen Marshalls mit den amerikanischen Anleiheaktionen für andere Länder verbunden werden. Molotow sah sich zu der Feststellung veranlaßt, daß die Sowjetunion jede äußere Einmischung in die Verhältnisse von Triest für unerwünscht erachtet. Die Kohlenfrage ist jetzt durch ein Abkommen zwischen den USA, England und Frankreich geregelt worden. Dabei handelt es sich um eine Abmachung, von welcher sich zwar die französische Regierung für befriedigt erklärt hat, an der aber die Organ der Kommunistischen Partei, die „Humanité“, scharfe Kritik übt. Diese Zeitung sagt, das Abkommen mache aus Frankreich einen armen Angehörigen des Westblockes. Man werde den Franzosen Almosen geben, wenn sie sich in die politischen Ziele ihrer westlichen Partner gutwillig einfügen. Das Kohlenabkommen sieht vor, daß die Exporte prozentual zu der zur Verfügung stehenden Produktion von 21 Prozent bei einer täglichen Förderung von 280 000 t bis zu 25 Prozent bei einer Förderung von 370 000 t steigen sollen.

Die Abfahrt der Sonderzüge Bidaults und Bevins aus Moskau ist auf Mittwochabend und Donnerstag früh festgesetzt. Die Fortsetzung der Moskauer Arbeit des Rates der Außenminister ist noch der Gegenstand von Erwägungen. Entweder wird der Rat im Juli in London oder erst im Herbst in New York wieder zusammentreten, wobei für den New Yorker Plan der Vorteil geltend gemacht wird, daß die Tagung dann zur gleichen Zeit und am gleichen Orte wie die nächste Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfinden würde.

—m

23.
APRIL
1947

Unmittelbar vor dem Ende der Moskauer Konferenz, die sich in den letzten Tagen nur noch mit dem österreichischen Vertrag beschäftigt hatte, wurde von den Außenministern beschlossen, doch noch einmal das Thema „Deutschland“ zu behandeln. Die Stellvertreter der Außenminister wurden beauftragt, diese Beratung vorzubereiten, so daß die Außenminister am Mittwochnachmittag die noch offenen Fragen des deutschen Problems noch einmal prüfen konnten. Es wurde noch nichts Näheres darüber mitgeteilt, ob der Rat der Außenminister dabei den Versuch machen will, zu einer sachlichen Einigung in der einen oder anderen Frage zu kommen, oder ob es sich lediglich um eine Beschlußfassung über das weitere Verfahren in der deutschen Friedensfrage handeln soll. Dafür käme nicht nur die Entscheidung in Betracht, wann und wo die nächste Konferenz der Außenminister stattfinden soll, um die Arbeit, die in Moskau begonnen wurde, weiter fortzusetzen, sondern es müßte auch eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Monate, die bis zur nächsten Konferenz voraussichtlich vergehen werden, zu weiteren vorbereitenden Arbeiten benutzt werden sollen. Es wäre möglich, daß die Stellvertreter der Außenminister die Fragen weiter behandeln, über die in Moskau zunächst noch ohne Beschlußfassung debattiert worden ist, oder daß die Aufgabe einer weiteren Klärung der Probleme inzwischen dem Kontrollrat überwiesen wird.

Der Beschluß, sich noch einmal den deutschen Fragen zuzuwenden, wurde am Dienstag gefaßt, als die Außenminister bei der Besprechung des österreichischen Vertrages zu der Feststellung gelangten, daß auch diese Frage noch nicht endgültig gelöst werden konnte. Zwei interne Sitzungen im engeren Kreise, die am Dienstag abgehalten wurden, nachdem bereits am Montag eine derartige geschlossene Beratung stattgefunden hatte, erfüllten nicht die Erwartung, daß auf diesem Wege die gewünschte Verständigung leichter gefunden werden könnte. In den Fragen des jugoslawischen Anspruches auf einen Teil von Kärnten, der Behandlung der deutschen Guthaben in Österreich und im Hinblick auf das Reparationsproblem gehen die Meinungen der Delegationen immer noch auseinander. Es bleibt daher vorläufig ungewiß, wie die Beratungen über den österreichischen Vertrag in Moskau abgeschlossen werden sollen und ob dieses Thema nach der zunächst vorgesehenen Besprechung des deutschen Vertrages ebenfalls noch einmal erörtert werden wird.

Nur über Triest ist es am Dienstag zu einer Verständigung gekommen, die im Kreise der stellvertretenden Minister erzielt wurde. Auf Grund eines sowjetischen Vorschlages, dem die anderen Delegationen zustimmten, wurde beschlossen, daß dem neuen Freistaat Triest nötigenfalls aus den Geldmitteln der Vereinten Nationen ein Kredit bis zur Höhe von

fünf Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden soll, wenn im dritten Quartal dieses Jahres in der Finanzverwaltung von Triest ein Defizit entstehen sollte, welches eine derartige finanzielle Hilfe wünschenswert machen würde.

Da die sachlichen Mitteilungen über die letzten Verhandlungen in Moskau angesichts der Tatsache, daß kurz hintereinander drei Geheimsitzungen stattfanden, verhältnismäßig sehr spärlich sind, befaßt man sich in der internationalen Presse um so mehr mit Vermutungen über die Gründe, aus denen bisher in so vielen Punkten noch keine Einigung möglich war und über die Folgerungen, die sich daraus ergeben. Man stößt dabei gelegentlich auf irreführende Urteile in dem Sinne, daß die Moskauer Konferenz (wie z. B. die „New York Times“ schreibt) in der Hauptaufgabe versagt habe, weil sie nicht imstande gewesen sei, einen vorbereitenden Text für den deutschen Friedensvertrag zu entwerfen. Diese Erwartung ist aber an die Moskauer Konferenz gar nicht geknüpft worden, und man kann daher auch nicht von einem Versagen sprechen. Das amerikanische Blatt fügt selbst hinzu, es sei von vornherein recht zweifelhaft erschienen, ob ein solches Ziel überhaupt erreicht werden könne. Richtiger und beachtlicher erscheint es, wenn die „New York Herald Tribune“ sagt, man dürfe die Tatsache, daß die Konferenz nichts Entscheidendes erreicht habe, keinesfalls nur der Sowjetunion zur Last legen. Man habe sich in Amerika nicht genug klargemacht, daß man von der Sowjetregierung nichts Unmögliches verlangen dürfe. Der Austausch der Meinungen über die Bedeutung und das Ergebnis der Moskauer Konferenz wird natürlich erst nach ihrem endgültigen Abschluß in vollem Umfang einsetzen. Vorläufig stehen die Schlußworte in Moskau noch aus.

—m

24.
APRIL
1947

Die Frage, wer nach dem Abschluß der Moskauer Konferenz in den Monaten bis zur nächsten Tagung der Außenminister die Arbeiten an den zahlreichen einzelnen Aufgaben fortsetzen soll, die mit dem deutschen Friedensproblem verbunden sind, ist in der Mittwochsitzung entschieden worden. Der Kontrollrat wird die Instanz sein, der diese Pflicht zufällt. Ihm sind daher alle Resultate (die positiven sowohl wie die negativen) überwiesen worden, die sich aus den Beratungen der vergangenen sechs Wochen ergeben haben. Soweit es sich dabei um einmütige Beschlüsse der Konferenz handelt, sollen sie nunmehr vom Kontrollrat durchgeführt bzw. als Richtlinien für seine eigenen Maßnahmen betrachtet werden. Soweit aber keine Verständigung zwischen den Außenministern erzielt worden ist, wird der Kontrollrat die Ergebnisse der Moskauer Debatten als Informationen zur Kenntnis nehmen, oder er wird die ungelöst gebliebenen Probleme seinerseits weiter studieren. Die Punkte der Moskauer Tagesordnung, über die eine Verständigung

erzielt wurde, waren vor allem die Maßnahmen, über welche der Kontrollrat einen Bericht an den Rat der Außenminister erstattet hatte. Dieser Bericht bezog sich auf die Entmilitarisierung, die Entnazifizierung und die Demokratisierung Deutschlands. Schon in der ersten Woche der Moskauer Konferenz ergab sich, daß die Meinungen der vier Großmächte im Hinblick auf die weitere Tätigkeit der Alliierten zur endgültigen Beseitigung aller Reste des Militarismus und des Faschismus miteinander übereinstimmen, so daß dem Kontrollrat die Weisung gegeben werden kann, auf der Basis, die durch die große Aussprache auf der Moskauer Konferenz festgelegt wurde, seine Arbeit beschleunigt fortzusetzen. Bei den anderen Problemen ist überall festgestellt worden, bis zu welchem Grade die Standpunkte der vier Regierungen sich genähert haben und wo noch Differenzen bestehen. Auch diese Angelegenheiten werden also den Kontrollrat beschäftigen, aber nur im Sinne einer Informierung und des weiteren Studiums. Zu den Punkten, über die eine Einigung erzielt werden konnte, ist am Mittwoch noch ein neuer, für die deutsche Bevölkerung besonders wichtiger Gegenstand hinzugekommen. Die Außenminister haben beschlossen, daß sämtliche deutschen Kriegsgefangenen bis zum Ende des Jahres 1948 in die Heimat entlassen werden sollen. Dagegen ist die erwartete Einigung über den österreichischen Vertrag nicht erreicht worden. Marshall schlug nunmehr vor, die österreichische Frage den Vereinten Nationen vorzulegen, wenn es nicht gelingen sollte, bis zum September, also dem Termin, zu welchem die Vollversammlung der UN zusammentritt, den österreichischen Vertrag noch fertigzustellen.

Die Liste der Fragen, über die in Moskau keine Einigung zustande kam, ist bedeutend länger als die Reihe der gemeinsamen Beschlüsse. In der englischen und amerikanischen Presse wird versucht, der sowjetischen Delegation die Schuld daran zu geben, daß nur so wenige Fragen geklärt werden konnten; aber die wahren Ursachen liegen auf einem anderen Gebiet. Bereits im Oktober hat Molotow bei der Vollversammlung der UN erklärt, daß in der Entwicklung der internationalen Beziehungen zwei entgegengesetzte Tendenzen herrschten. Die Vertreter der Sowjetunion beharrten dabei, nach einem wirklich dauerhaften Frieden zu streben und halbes Flickwerk zu vermeiden. Ein Beispiel dafür hat sich wieder in der Mittwochsitzung ergeben, als der amerikanische Plan der Viermächtekontrolle besprochen wurde. Marshall erhob gegen Molotow den Vorwurf, daß dieser eine Haltung einnehme, die eine Ablehnung des amerikanischen Vorschlages erkennen lasse, während Molotow in Wirklichkeit nur eine Reihe notwendiger Verbesserungsvorschläge zu diesem Paktplane gestellt hatte. Demgemäß hat Molotow am Mittwoch dem amerikanischen Staatssekretär erwidert, daß die sowjetischen Anträge von den anderen Delegationen überhaupt nicht berücksichtigt worden seien, obwohl erst durch diese Anträge

eine wirksame Garantie der Demokratisierung in Deutschland erreicht werden könne.

Zu der Donnerstagsitzung wurde noch eine letzte Beratung der stellvertretenden Außenminister über einige weniger wichtige Einzelheiten des österreichischen Vertrages und eine Zusammenkunft des Rates der Außenminister in Aussicht genommen, auf welcher der Bericht der Stellvertreter über Österreich zur Kenntnis genommen und dann der Ort und der Termin der nächsten Konferenz vereinbart werden sollen.

Mit einem Bankett im Kreml, zu welchem Stalin die führenden Mitglieder der vier Delegationen des Außenministerrates empfing, ging am Donnerstagsabend die Moskauer Konferenz offiziell zu Ende. Am Freitag werden Marshall, Bevin, Bidault und ihre Mitarbeiter die Hauptstadt der Sowjetunion verlassen.

—m

25.

**APRIL
1947**

Nach rund vierzig Sitzungstagen ist die Moskauer Konferenz am Donnerstagabend zu Ende gegangen, und am Freitag haben Marshall, Bevin und Bidault mit ihren Delegationen, teils im Flugzeug, teils in Sonderzügen, die Heimreise angetreten. Im November wird der Rat der Außenminister zu seiner nächsten Tagung in London zusammentreten, aber in der Zwischenzeit wird die Arbeit, die in Moskau begonnen wurde, keineswegs ruhen. Vielmehr sind im Hinblick auf die weitere Behandlung der in Moskau noch nicht gelösten Probleme in der letzten Sitzung noch mehrere wichtige Ergänzungen zu der vorher vereinbarten Regelung beschlossen worden. Danach soll der Kontrollrat, dem ohnehin das gesamte Material der Moskauer Konferenz zur weiteren Bearbeitung überwiesen wird, auf Grund eines sowjetischen Vorschlages den besonderen Auftrag übernehmen, bis zum 1. Juni die Zahl der Besatzungsgruppen festzulegen, welche die vier Großmächte künftig in Deutschland unterhalten werden. Außerdem sind die Stellvertreter der Außenminister angewiesen worden, entweder in London oder in Berlin die Arbeit an den deutschen Fragen weiterzuführen. Im Hinblick auf den österreichischen Vertrag wurde vereinbart, eine Kommission aus Vertretern der vier Großmächte einzusetzen, die alle ungelöst gebliebenen Teilfragen prüfen soll. Ein besonderer Ausschuß von Fachleuten wird das schwierige Problem der deutschen Guthaben in Österreich bearbeiten.

Wenn auf diese Weise dafür gesorgt ist, daß in den Monaten bis zum November die Arbeit an den Friedensverträgen nicht stillsteht, so werden die Außenminister selbst voraussichtlich nicht erst im November, sondern bereits im September Gelegenheit zu neuen Besprechungen haben; denn dann tritt in New York die Vollversammlung der UN zusammen, bei

der die vier Außenminister zweifellos anwesend sein werden, so daß dort jederzeit die Möglichkeit besteht, auch Besprechungen über den deutschen und den österreichischen Friedensvertrag zu führen.

Die letzte Sitzung in Moskau brachte außer den erwähnten Vereinbarungen über die Weiterführung der Arbeit auch den Abschluß der Diskussion über den amerikanischen Vorschlag eines Viermächtepaktes zur Entmilitarisierung Deutschlands. Marshall hatte bekanntlich den Vorwurf erhoben, die Haltung der sowjetischen Delegation komme einer Ablehnung des amerikanischen Planes gleich, während Molotow darauf verwiesen hatte, daß die amerikanische Delegation die notwendigen Verbesserungsanträge, die von sowjetischer Seite zum Antrage Marshalls eingebracht worden sind, nicht berücksichtigen wollte. In der Schlußsitzung nahm Molotow zu den Erklärungen Marshalls noch einmal Stellung, wobei er überzeugend nachwies, daß der amerikanische Vorschlag nur dann annehmbar ist, wenn die in den sowjetischen Anträgen enthaltenen Verbesserungen damit verbunden werden.

Das abschließende Urteil der Außenminister über die Ergebnisse der Konferenz kann natürlich nicht besonders günstig lauten, da in Moskau in der Tat nicht viel Beschlüsse zustande gekommen sind. Immerhin ist dieses Urteil auch nicht so pessimistisch, wie die Stimmung auf der Konferenz in den letzten Tagen zu werden schien. Molotow stellte fest, die Arbeit sei zwar in Moskau nicht abgeschlossen worden, aber man habe doch eine umfangreiche vorbereitende Tätigkeit erledigt. Marshall erklärte, es bestünden genügende Chancen, über die strittigen Fragen später ein Übereinkommen zu erzielen. Man werde erst in einem oder zwei Monaten die Fortschritte richtig einschätzen können, die in Moskau erzielt worden sind, und er glaube, daß man gute Aussicht habe, zu einer Einigung zu kommen.

Demgemäß war die Atmosphäre, in welcher die Konferenz zu Ende ging, durchaus freundschaftlich. Stalin empfing am Donnerstagabend die führenden Persönlichkeiten der Konferenz zu einem großen Staatsbankett, bei welchem zahlreiche Trinksprüche ausgebracht wurden. Neben dieser offiziellen Festlichkeit im Kreml, bei welcher nach dem Essen ein sowjetischer Film gezeigt wurde, ist im Hotel Moskwa, dem Hauptquartier der Delegationsmitglieder, eine inoffizielle Feier improvisiert worden, an welcher vor allem die jüngeren Mitarbeiter der Konferenz teilnahmen. In der Bar und in den Korridoren des Hotels wurde ein lustiges Abschiedsfest der jungen Leute als harmonischer Ausklang der langen anstrengenden Arbeit in Moskau gefeiert.

—m

Die wichtigsten Reden des sowjetischen Außenministers W. M. Molotow und seines Stellvertreters A. J. Wyschinskij

Molotow über das deutsche Problem

**Keine Lösung ohne Reparationsreglung — Annäherung
in den meisten Fragen möglich**

„Die meisten Delegationen haben bereits ihre Ansicht über die Fragen, mit denen sich Herr Marshall heute befaßte, geäußert. Mit Ausnahme gewisser Angriffe, sowohl gegen die sowjetische wie gegen die französische Delegation, wurden diese Bemerkungen im allgemeinen in einer Form gemacht, die in Erwägung gezogen werden sollte. Da indessen in der heutigen Erklärung Marshalls der Versuch gemacht wurde, gewisse Schlüsse zu ziehen, wird die Sowjetdelegation diese Erklärung prüfen. In ähnlicher Weise wird sie Herrn Bidaults Ausführungen und das Dokument, das von Herrn Bevin vorgelegt wurde, sorgfältig prüfen. Gegenwärtig können meine Bemerkungen nur von vorläufiger Natur sein.

Am meisten gefiel uns Herrn Marshalls Erklärung, als er sagte, „daß sich die USA hinsichtlich Europas mehr damit befassen würden, fest — als schnell zu bauen“. Die Sowjetdelegation teilt diese Ansicht durchaus. Wir können indessen nicht anerkennen, daß alles, was bis jetzt von den alliierten Mächten getan wurde, auf einem anderen Gesichtspunkt beruht. Es wurde hier z. B. erklärt, daß das in Potsdam erzielte Abkommen nur ein Abkommen auf dem Papier wäre. Diese Erklärung kann als Verzicht auf die Potsdamer Beschlüsse ausgelegt werden.

Die Sowjetregierung glaubt indessen, man dürfe auf die Potsdamer Beschlüsse nicht verzichten. Wir werden daher dieses Abkommen nicht auf ein papierenes Abkommen herabsetzen. Wir halten es unsererseits für notwendig, auf der genauen Erfüllung dieses Abkommens wie auf der aller anderen Abkommen, die auf den alliierten Konferenzen angenommen wurden, zu bestehen.

Alle Minister, die hier anwesend sind, haben die Notwendigkeit einer gleichzeitigen Erörterung der Fragen der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, der Reparationen und des deutschen Industriestand anerkannt. Wir glauben, daß das ein guter Anfang für eine Annäherung der einzelnen Gesichtspunkte ist. Wir glauben, daß bei den meisten Fragen, mit denen sich hier die Herren Marshall, Bevin und Bidault befaßten — um ganz sicher zu gehen, sage ich bei den meisten Fragen und nicht bei allen Fragen — eine derartige Annäherung unserer Gesichtspunkte erzielt werden kann, die die Erfüllung unserer grundlegenden Aufgaben über Deutschland, wie sie in unseren früheren gemeinsamen Beschlüssen festgelegt wurden, erleichtern wird. Die Sowjetunion kann indessen ganz gewiß die Interessen der Sowjetunion und ihre legitimen Rechte

nicht vergessen. Es ist kein Wunder, daß die Sowjetdelegation den Rat an die Reparationen Deutschlands erinnert.

Für die Sowjetunion kann es keinen Beschluß über das deutsche Problem ohne einen Beschluß über die Reparationen geben. Das ist nicht nur die Meinung der Sowjetdelegation allein — in diesem Saal sind nur wenige von uns —, es ist auch die Meinung des gesamten sowjetischen Volkes.

Das Sowjetvolk kennt die deutsche Besatzung, die es in einem beträchtlichen Teil des Gebiets der Sowjetunion erlebt hat. Noch jetzt fühlt es täglich, was für Zerstörungen und was für Kalamitäten die deutsche Besatzung zurückgelassen hat. Es fordert Reparationen von Deutschland und hat jedes Recht darauf und glaubt, diese Frage könne nicht auf allgemeine Phrasen beschränkt werden, sondern sie müsse in diesem Rat eine bestimmte Lösung finden. Wir verstehen den Gesichtspunkt Frankreichs, wenn es die Kohlenfrage aufwirft. Das ist die bedeutsamste Frage für die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs, das ebenfalls unter der deutschen Besatzung litt, die fünf Jahre gedauert hat. Wir verstehen die Gefühle der Franzosen, die eine Entschädigung für den Schaden fordern, den ihnen die deutsche Besatzung verursacht hat, und die auf Lieferungen deutscher Kohle für Frankreich zur Erholung seiner Wirtschaft bestehen. Wir glauben, daß dies eine rechtmäßige Forderung Frankreichs ist, der aus den Reparationen entsprochen werden kann.

Natürlich hat die Frage der Reparationen eine Bedeutung für die USA und eine andere Bedeutung für die Sowjetunion. Die USA, die glücklicherweise die deutsche Besatzung nicht erlebt haben, sind in einer anderen Lage. Vielleicht fühlt man dort nicht, was die Sowjetbürger fühlen, die eine qualvolle Periode der Greuelthaten, Zerstörungen und Plünderungen der Hitleristen auf den von diesen besetzten Gebieten erlebt haben. Aber zum mindesten ist es notwendig, daß, wenn für die Sowjetunion so akute und bedeutsame Fragen wie die Reparationsfrage vorgelegt werden, dies im Einklang mit der tatsächlichen Lage geschehen soll.

Als Herr Marshall das Recht der Sowjetunion auf Reparationen aus der laufenden Produktion bestritt, sagte er, es sähe ganz danach aus, als ob die Sowjetunion versuche, das gleiche Pferd zweimal zu verkaufen. In Wirklichkeit ist die Lage indessen ganz verschieden. Wir Sowjetvertreter nähern uns der Frage der Reparationen nicht als Kaufleute, nicht im handelsmäßigen Geist. Wir wünschen indessen nicht, daß Händler erscheinen, die unser Pferd irgend jemandem billig und ohne dazugehörige Einwilligung verkaufen. Unser formelles Recht auf Reparationen aus Deutschland stützt sich auf Beschlüsse, die zweimal von den Alliierten angenommen worden sind. Jeder erinnert sich an die Beschlüsse, die in Potsdam und noch vorher auf der Krim gefaßt wurden. Wie man weiß, gibt es ein Krimprotokoll, das von den Häuptern der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der Sowjetunion unterzeichnet ist.

Aus der laufenden Produktion

Auf der Krimkonferenz stimmten die USA zu, einen Vorschlag über Reparationen zugunsten der Sowjetunion im Betrage von zehn Milliarden Dollar als Erörterungsgrundlage anzunehmen. Nur Großbritannien behielt sich seine Meinung über diese Frage vor. Auf der Krimkonferenz glaubten sowohl die Regierung der USA wie die Regierung Großbritanniens, es sei unbestreitbar, daß es Reparationen mittels jährlicher Warenlieferungen aus Deutschland geben soll. Das erweckte keinen Zweifel bei irgendeinem Teilnehmer der Krimkonferenz. Jetzt sagen sie indessen, daß die Potsdamer Beschlüsse die Beschlüsse der Krimkonferenz durchkreuzt hätten. Das ist nur eine willkürliche Auslegung der Potsdamer Beschlüsse, die nicht bestätigt werden kann. Die Potsdamer Beschlüsse enthalten nichts Derartiges, noch wurde etwas Derartiges während der Erörterungen dieser Frage auf der Potsdamer Konferenz erwähnt.

In den Potsdamer Beschlüssen wird klar festgestellt, daß sie im Einklang mit den Beschlüssen der Krimkonferenz, und zwar zwecks Verwirklichung der Beschlüsse dieser Konferenz hinsichtlich Deutschlands angenommen worden seien. Dieser Hinweis in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz machte es unnötig, die verschiedenen besonderen Seiten des Krimabkommens über die Reparationen zu erwähnen. Die Potsdamer Beschlüsse konzentrieren sich auf eine Hauptfrage — auf die Entfernung der Ausrüstung. Damals, zwei Monate nach Deutschlands Übergabe, war es schwierig, von Lieferungen aus der laufenden industriellen Produktion zu sprechen. Abgesehen davon war es auch nicht notwendig, da diese Frage in der Vergangenheit keine Zweifel hervorgerufen hatte.

Aus alledem läßt sich beweisen, daß der Anspruch der Sowjetunion auf Reparationen aus der laufenden Produktion sich auf die solide Grundlage gemeinsamer alliierter Beschlüsse stützt. Und wir können dem nicht zustimmen, daß die Potsdamer Beschlüsse den Krimbeschlüssen entgegengestellt werden insofern, als die Potsdamer Beschlüsse nichts weiter darstellen als eine weitere Entwicklung der Beschlüsse, die auf der Krim gefaßt wurden.

Deutschlands Zahlungsfähigkeit

Jetzt ist vor uns folgende Frage erhoben worden: Ist Deutschland fähig, Reparationen zu zahlen, liegen die Reparationsansprüche, die Deutschland von der Sowjetunion und von anderen alliierten Ländern vorgelegt werden, innerhalb seiner Möglichkeiten? Die Sowjetdelegation antwortet auf diese Frage ohne Zögern: In diesen Ansprüchen liegt nichts, was über Deutschlands Fähigkeit hinausgeht. Deutschland, das allein während des Krieges 620 Milliarden Mark für seine Kriegsbedürfnisse und dar-

über hinaus viele Milliarden Mark für die Vorbereitung des Krieges ausgab, ist jetzt von diesen ungeheuren Ausgaben befreit.

Wenn Deutschland auch nur einen Bruchteil seiner früheren Kriegsausgaben zu einer teilweisen Entschädigung für den Schaden, den es den alliierten Mächten verursacht hat, verwendet, wird es nicht nur fähig sein, die Erholung seiner Wirtschaft, sondern auch die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen die Alliierten zu sichern.

Es wurde hier wiederholt erwähnt, daß Deutschland nicht ohne eine Anzahl Waren einzuführen, insbesondere gewisse Nahrungsmittel, bestehen könnte. In dieser Beziehung wurde die Notwendigkeit einer entsprechenden Ausfuhr der deutschen Produktion betont, um die Einfuhr, die Deutschland braucht, zu sichern. Wir glauben, daß diese Ansicht richtig ist. Zu diesem Zweck ist es grundlegend wichtig, einen gesamtdeutschen Ausfuhr- und Einfuhrplan auszuarbeiten, der möglicherweise schon früher angeschnitten werden soll. Herr Marshall erklärte hier, die Reparationsansprüche der Sowjetunion würden, wie behauptet wird, zu einer Beschränkung der Einfuhr nach Deutschland führen. Die Sowjetdelegation hat indessen niemals eine Einfuhrbeschränkung vorgeschlagen, wie es ihr jetzt fälschlich zugeschrieben wird. Wir glauben, daß es notwendig ist, Schritte zur Steigerung der Ausfuhr deutscher Waren nach anderen Ländern, die sie brauchen, zu unternehmen, um so die Steigerung der Einfuhr ausländischer Waren, die Deutschland braucht, zu sichern. Wir glauben, daß eine Steigerung der Einfuhr auch gebraucht wird, um die Erfüllung der Reparationslieferungen Deutschlands zu sichern.

Man hat uns hier gesagt, wenn die Ansicht der Sowjetdelegation angenommen würde, wäre es notwendig, die Ernährungsrationen in Deutschland von den gegenwärtigen 1550 Kalorien auf 1100 Kalorien herabzusetzen. Ich muß sagen, daß diese Behauptung dem Gesichtspunkt der Sowjetdelegation nicht entspricht. Wir glauben, daß selbst die gegenwärtigen Rationen in Deutschland ungenügend sind. Die Sowjetregierung ist bereit, in Verbindung mit den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur dazu zu helfen, eine Herabsetzung der bestehenden Ernährungsrationen in Deutschland zu verhüten, sondern auch, diese Rationen zu steigern. Jetzt, wo der Frühling einsetzt, ist es notwendig, besonders dringende Maßnahmen zur Erholung der Landwirtschaft zu ergreifen. Wir glauben, daß angemessene Maßnahmen jetzt sofort ohne Aufschub ergriffen werden sollen.

Bodenreform und Industrieniveau

Die Bodenreform würde auch zu dem Aufstieg der Landwirtschaft in Deutschland beitragen. Jetzt ist die Bodenreform nur in der Sowjetzone durchgeführt worden. In der amerikanischen, britischen und französischen Zone ist die Reform bis heute nicht durchgeführt worden. Das Land ist immer

noch im Besitze der Junker. Diese wünschen nicht, der alliierten Politik in Deutschland zu helfen, sondern sie behindern den Aufstieg der Landwirtschaft. Es ist notwendig, den militärischen Junkern das Land wegzunehmen und es sofort den deutschen Bauern zu übergeben. Die deutschen Bauern sind gute Arbeiter. Wenn sie das Junkerland erhalten, würden sie die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungshilfsquellen Deutschlands erheblich vergrößern. Warum wird denn die Bodenreform im zweiten Jahre in den Westzonen hinausgeschoben?

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland wurde hier das Gebiet erwähnt, das die Alliierten unter die Verwaltung Polens gestellt hatten. Sie alle erinnern sich daran, daß unsere Regierungen auf der Krim und in Potsdam endgültige Verpflichtungen hinsichtlich der Westgrenze Polens übernahmen. Wir alle sind durch diese Verpflichtungen gebunden und können sie nicht verleugnen. Das ist der Grund, weshalb die unter die Verwaltung Polens gestellten Gebiete Deutschlands nicht den Gegenstand der Diskussion bilden können, wenn die Frage der Wirtschaftseinheit Deutschlands in Erwägung gezogen wird.

Eine rasche Entscheidung bezüglich der Erhöhung des deutschen Industrienniveaus wird auch von großer Wichtigkeit für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und der Ernährungshilfsquellen in Deutschland sein. Bekanntlich hat Großbritannien seine Haltung gegenüber diesem Punkt erklärt. Auch die Sowjetunion drückte ihre Ansichten über das deutsche Industrienniveau aus, die sich offensichtlich der britischen Haltung eng nähert. Wir alle wissen, daß die französische Ansicht reservierter ist. Bisher haben die Vereinigten Staaten ihre Haltung nicht klargestellt. Es scheinen gewisse Befürchtungen über die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie zu bestehen. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß wir die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie nicht zu fürchten brauchen. Dieselbe kann niemanden schädigen, sondern sie begegnet im Gegenteil den Bedürfnissen der übrigen europäischen Länder, die Fertigfabrikate benötigen.

Deutschland soll kein Elendsgebiet werden

Dann wird kein Grund bestehen, über die Gefahr der Umwandlung Deutschlands in ein übervölkertes Elendsgebiet oder ein Land, das in wirtschaftlicher Hinsicht ein Armenhaus im Mittelpunkt Europas sein würde, zu sprechen. Wir sollten ernste Maßnahmen ergreifen, um das Kriegspotential Deutschlands zu beseitigen und den Wiederaufstieg Deutschlands als aggressive Macht zu verhindern. Die Sowjetregierung bestand auf der Beschleunigung der Annahme des vereinbarten Planes für die Beseitigung des Kriegspotentials Deutschlands und besteht nach wie vor darauf. Gleichzeitig ist es notwendig, die Entwicklung der

deutschen Friedensindustrie und Landwirtschaft zu ermöglichen. Darauf sollten die Anstrengungen der Alliierten in Deutschland gerichtet sein.

Hätten wir die im vergangenen Jahre angenommene Entscheidung über das deutsche Industrieniveau erfüllt, dann hätten wir beispielsweise in der britischen Zone eine Stahlindustrie mit einem Jahresproduktionsniveau von ungefähr fünf Millionen Tonnen gehabt. Gegenwärtig befindet sich jedoch diese Industrie auf einem Stand von 2,5 Millionen Tonnen. Die Entwicklung des Kohlenbergbaues im Ruhrgebiet ist ebenfalls zurückgeblieben. Bisher wurden noch keinerlei Maßnahmen unternommen, die einen angemessenen Aufstieg der Kohlenproduktion im Ruhrgebiet sichern würden. Ähnlich ist die Lage auch in den übrigen deutschen Industrien.

Was die Sowjetzone anbetrifft, so werden dort alle Maßnahmen getroffen, um die Arbeit der Industrie zu fördern. Man sagt uns, daß die britischen Steuerzahler einen gewissen Anteil an den Ausgaben für die Wiederherstellung Deutschlands tragen. Wir haben keinerlei Gründe, das zu bestätigen oder zu dementieren. Wenn jedoch Schritte für die angemessene Entwicklung der deutschen Friedensindustrie im Ruhrgebiet und in anderen Teilen Deutschlands unternommen werden, werden keinerlei Steuerzahler jenseits der deutschen Grenzen die Last der Ausgaben für die Bedürfnisse Deutschlands zu tragen brauchen. Infolgedessen ist es notwendig, diese Möglichkeiten für die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie zu bieten. Das geschieht dadurch, daß man ihren Stand erhöht und ein bestimmtes Programm für den Aufstieg der Stahlindustrie und des Kohlenbergbaues sowie auch für den Aufstieg der anderen deutschen Industrien festsetzt.

Wir diskutieren jetzt über die Wirtschaftseinheit Deutschlands. Das ist eine zeitgemäße Frage. Wir sollten danach streben, die Wirtschaftseinheit Deutschlands und die entsprechende Entwicklung der deutschen Friedensindustrie unter der gemeinsamen Kontrolle der alliierten Mächte zu sichern. Die Sowjetregierung schlug bereits in Potsdam die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung vor, die bessere Bedingungen für die Erlangung der Wirtschaftseinheit Deutschlands bieten könnte. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt. Jetzt erzählt man uns wieder über die Wichtigkeit einer Sicherung der Wirtschaftseinheit Deutschlands und über die Unerwünschtheit der Teilung Deutschlands in zwei Hälften. Die Sowjetregierung stimmt voll und ganz darin überein, daß es nicht erlaubt werden kann, Deutschland in zwei Hälften zu spalten. Sie wird danach streben, die Entscheidung über die Wirtschaftseinheit Deutschlands herbeizuführen.

Keine verantwortlichen Leute in der Sowjetunion begünstigen eine derartige Spaltung Deutschlands oder, sagen wir, die Abtrennung des westlichen Teiles Deutschlands von dem Rest seines Gebietes. Derartige Ansichten sind der Sowjetunion fremd. Wenn jedoch die amerikanische und die

britische Regierung den Zusammenschluß ihrer beiden Zonen durchführen, ohne dabei mit der Existenz des Kontrollrates und ohne mit der Tatsache zu rechnen, daß dieses der deutschen Wirtschaftseinheit zuwiderläuft, erklären wir, daß diese separate Entscheidung annulliert werden sollte, da sie tatsächlich zur Verwirklichung der Politik der Abtrennung Westdeutschlands von dem übrigen deutschen Gebiet führt und tatsächlich auf die Spaltung Deutschlands hinausläuft. Wenn wir alle wirklich die Wirtschaftseinheit Deutschlands begünstigen, sollte niemand unter uns derartige gesonderte Maßnahmen durchführen, die zu der Spaltung Deutschlands in zwei Teile führen und den Glauben an die Möglichkeit einer Herbeiführung der Wirtschaftseinheit Deutschlands untergraben.

Der substantielle Unterschied unserer Ansichten ist bisher noch nicht beseitigt worden. Die Sowjetdelegation ist jedoch bereit, in Verbindung mit den übrigen Delegationen daran mitzuarbeiten, eine Annäherung unserer Ansichten bezüglich Deutschlands herbeizuführen, unsere Aktionen in Deutschland zu vereinigen und die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands den Alliierten gegenüber zu sichern.

Unser Ziel ist dabei, Deutschland zu einem geeinten, friedliebenden und demokratischen Land zu machen. Zur gegebenen Zeit wird ein derartiges Deutschland einen würdigen Platz unter den übrigen friedliebenden Nationen finden. Nur in diesem Falle werden die alliierten Mächte ihre verantwortlichen Aufgaben erfüllen, denen sie sich in Deutschland gegenübersehen."

Molotow über den neuen deutschen Staat

1. Über die Form und den Umfang der provisorischen politischen Organisation Deutschlands

Die Aufgabe der Schaffung der provisorischen politischen Organisation Deutschlands muß auf der Grundlage folgender Bestimmungen gelöst werden:

- a) Die politische Ordnung Deutschlands soll einen demokratischen Charakter tragen, und die Machtorgane sollen auf der Grundlage demokratischer Wahlen errichtet werden;
- b) die Hitlersche Zentralisierung der Staatsverwaltung, die die Landtage und die autonome Verwaltung der Länder vernichtet hat, soll liquidiert werden, damit die Dezentralisierung der Verwaltung, die vor der Errichtung des Hitlerregimes bestanden hatte, wiederhergestellt wird, wobei die Landtage und zwei allgemeindeutsche Kammern wiederhergestellt werden;
- c) es soll eine provisorische deutsche Regierung geschaffen werden, die, indem sie die politische und wirtschaftliche

Einheit Deutschlands sicherstellt, zugleich die Verantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den verbündeten Staaten übernehmen kann.

Von dem oben Gesagten ausgehend wird beantragt:

1. Als erster Schritt zur Bildung einer provisorischen deutschen Regierung zentrale deutsche Verwaltungsdepartements für Finanzen, Industrie, Verkehr, Verbindungswesen, Außenhandel gemäß dem Beschluß der Potsdamer Konferenz zu gründen.
2. Den Kontrollrat zu beauftragen, eine provisorische demokratische Verfassung unter Hinzuziehung der demokratischen Parteien, der Freien Gewerkschaften und anderer antinazistischen Organisationen sowie von Vertretern der Länder auszuarbeiten.
3. Wahlen gemäß der provisorischen deutschen Verfassung durchzuführen, wonach die provisorische deutsche Regierung gebildet werden soll.
4. Gemäß dem Beschluß der Potsdamer Konferenz der deutschen Regierung als ihre Hauptaufgaben die Ausmerzung der Überreste des deutschen Militarismus und Faschismus, Durchführung der allseitigen Demokratisierung Deutschlands und die Verwirklichung von Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft wie auch zur unbedingten Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den verbündeten Staaten aufzuerlegen.
5. Die ständige Verfassung Deutschlands soll vom deutschen Volk bestätigt werden.

2. Über die staatliche Organisation Deutschlands

1. Deutschland wird als ein einheitlicher friedliebender Staat wiederhergestellt — als eine demokratische Republik mit einem allgemeindeutschen Parlament aus zwei Kammern und mit einer Regierung für ganz Deutschland mit Sicherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der im Rahmen des deutschen Staates bestehenden Länder.
2. Der Präsident der deutschen Republik wird vom Parlament gewählt.
3. Auf dem gesamten Territorium Deutschlands wird die vom Parlament festgesetzte Verfassung gelten, in den Ländern werden die von den Landtagen festgesetzten Verfassungen gelten.
4. Die deutsche Verfassung wie auch die Verfassungen der Länder werden auf demokratischen Grundlagen aufgebaut sein. Sie müssen die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedlichen Staates verankern.
5. Die Verfassung Deutschlands und die Länderverfassungen werden die freie Bildung und Tätigkeit aller demokratischen Parteien wie

auch der Gewerkschaften und anderer öffentlicher demokratischer Organisationen und Institutionen sicherstellen.

6. Allen Staatsbürgern Deutschlands ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion werden durch die Verfassung Deutschlands und durch die Länderverfassungen die demokratischen Freiheiten einschließlich der Freiheit der Rede, der Presse, des Kultus, der öffentlichen Versammlungen und Verbände sichergestellt sein.

7. Das Parlament und die Landtage der Länder werden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung und Proportionalssystem gewählt werden.

8. Die Organe der Selbstverwaltung (Bezirks- und Gemeinderäte) werden auf den gleichen demokratischen Grundlagen wie die Landtage der Länder gewählt werden.

Das Verhalten zum deutschen Volke

Wir sind an die Prüfung der Frage der provisorischen politischen Organisation Deutschlands herangegangen, erklärte Molotow. In diesem Zusammenhang werden wir auch den staatlichen Aufbau Deutschlands berühren müssen. Somit steht vor uns, außer anderen Fragen, ein grundlegendes politisches Problem: das Verhalten zu Deutschland, das Verhalten zum deutschen Volk.

Das Sowjetvolk war dem Überfall Hitlerdeutschlands ausgesetzt. Es hat vier außerordentlich schwere Kriegsjahre durchgemacht. Ein bedeutender Teil des Territoriums der UdSSR war der Feindokkupation mit den zahllosen Grausamkeiten der Hitlerarmee, mit ihren Gewalttaten an der friedlichen Bevölkerung, mit ungeheuren Zerstörungen und dem Ruin vieler Millionen Sowjetmenschen ausgesetzt.

Alle modernen Kriegsmittel benutzend, scheute Hitler vor nichts zurück, als er seinen verbrecherischen Krieg zur Vernichtung unseres Volkes führte. Es ist auch bekannt, daß das Sowjetvolk auf diesen Überfall mit vernichtendem Widerstand und mit schonungsloser Zerschmetterung der deutschen Okkupanten geantwortet hat.

Dennoch läßt sich die Sowjetregierung wie auch das Sowjetvolk in seiner Gesamtheit in seinem Verhalten zu Deutschland und zum deutschen Volke nicht vom Gefühl der Rache leiten. Wir identifizieren das deutsche Volk nicht mit Hitlerdeutschland, obwohl niemand das deutsche Volk von der Verantwortung für die Aggression Deutschlands entbinden kann.

In der Sowjetunion empfand man stets Verachtung für den Rassenwahn und war der Meinung, daß dieser sich für Kannibalen, nicht aber für zivilisierte Menschen ziemt. Andererseits wird in der Sowjetunion die Verunglimpfung des deutschen Volkes in Bausch und Bogen, genau so wie eine Ver-

unglimpfung irgend eines anderen Volkes, als eine der Spielarten des Rassenwahns betrachtet. Jetzt, nach der Zerschmetterung des Hitlerismus, wo die Kontrolle über Deutschland in der Hand der verbündeten Mächte liegt, ruht die Verantwortung für die weiteren Geschehnisse Deutschlands vor allem auf den Schultern dieser Mächte. Vor uns steht die Aufgabe, den Deutschen zu helfen, die gewillt sind, einen neuen Weg zu beschreiten, Deutschland zu einem friedlichen demokratischen Staat zu machen, und die Auferstehung Deutschlands als einer aggressiven Kraft nicht zuzulassen.

Die Sowjetregierung ist nicht der Meinung, daß in dieser Hinsicht alles getan wird, was erforderlich ist. Man kann nicht sagen, daß sowohl die Demokratisierung als auch die Entmilitarisierung Deutschlands jetzt in voller Übereinstimmung mit den Beschlüssen durchgeführt werden, die von den Verbündeten gefaßt wurden. Wir sind aber der Meinung, daß man nur auf dem Wege einer wirklichen Demokratisierung Deutschlands nebst der Durchführung seiner Entmilitarisierung das gesteckte Ziel erreichen kann:

Die Gestaltung Deutschlands zu einem friedlichen und demokratischen Staat, der mit der Zeit einen gebührenden Platz unter den friedliebenden Völkern einnehmen wird.

Andere Wege können lediglich zu diesem oder jenem zeitweiligen, nicht dauerhaften Erfolge führen, sie können aber nicht der Erreichung unseres Hauptzieles dienen: nicht zuzulassen, daß im Zentrum Europas erneut ein Herd gefährlichster Aggression in der Gestalt eines wiedererstandenen militaristischen Deutschlands aufkommt. Es bestehen Pläne, mit Deutschland als einem selbständigen Staat Schluß zu machen. Die einen gehen diesem Ziel geradenwegs entgegen, die anderen auf gewundenen Wegen.

Die Sowjetunion stimmt den Plänen der Vernichtung Deutschlands als eines selbständigen Staates nicht zu und betrachtet sie als geschichtlich haltlose Pläne, die den Interessen der Völker, die einen dauerhaften Frieden anstreben, nicht entsprechen.

Am Tage des Sieges über Deutschland, dem 9. Mai 1945, wandte sich Generalissimus Stalin an das Volk. In dieser Botschaft hieß es:

„Die Sowjetunion feiert den Sieg, obwohl sie weder die Absicht hat, Deutschland zu zerstückeln, noch es zu vernichten.“

Das ist der Standpunkt der UdSSR.

Es geht nicht an, Deutschland als Staat zu vernichten oder Deutschland, das eine hohe industrielle Entwicklung erreicht hat, in ein rückständiges Land ohne Industrie zu verwandeln. Eine solche Einstellung widerspricht nicht nur den Interessen der Wiederherstellung der Wirtschaft Europas und der gesamten Weltwirtschaft, sie würde auch zur Zerrüttung des politischen Lebens in Deutschland führen, was eine Bedrohung für den Weltfrieden und die

Ruhe herbeiführen würde. Es bestehen allerhand Pläne zur Zerstückelung Deutschlands, der Abtrennung Westdeutschlands vom gesamten deutschen Territorium usw. In allen diesen Plänen tritt letzten Endes die gleiche Ausrichtung auf die Vernichtung Deutschlands als eines selbständigen Staates in Erscheinung.

Die Durchführung derartiger Pläne ist weder mit den Aufgaben der Demokratisierung Deutschlands noch mit den Interessen des Weltfriedens und der Ruhe vereinbar. Wenn man jetzt den Gedanken der Föderalisierung Deutschlands verflucht, so motiviert man das gewöhnlich mit der Notwendigkeit, den deutschen Staat zu schwächen. Darin erblickt man beinahe das einzige Mittel, ein Wiedererstehen Deutschlands als einer aggressiven Kraft zu verhüten. Es ist aber nicht schwer, die Unhaltbarkeit eines solchen Standpunktes zu erkennen. Man muß zugeben, daß die Föderalisierung Deutschland natürlich schwächen würde. Das kann man nicht bestreiten. Die Föderalisierung würde den verbündeten Siegern zeitweiligen Vorteil bieten. Vom Gesichtspunkte des heutigen Tages ist dieser Vorteil klar.

Betrachtet man aber die Frage vom Gesichtspunkte des morgigen Tages, so ist die Föderalisierung eine ernste Gefahr. Wenn man nicht nur an den taktischen Vorteil der allernächsten Zeitspanne denkt, sondern vorausschaut, so entspricht die Einstellung auf die Föderalisierung Deutschlands keinesfalls den Interessen der demokratischen Länder. Wenn die Verbündeten sich auf den Standpunkt der Föderalisierung Deutschlands stellen, können sie das Vertrauen des deutschen Volkes zu ihrer Politik untergraben.

In diesem Falle wäre der Gedanke der Einheit Deutschlands, der dem deutschen Volke offenbar teuer ist, den deutschen Militaristen in die Hand gegeben, die die Wiederherstellung Deutschlands als eines militaristischen und andere Völker beherrschenden Landes anstreben.

Eine durch die Verbündeten erfolgte Verkündung der Einstellung auf die Föderalisierung Deutschlands wird dahin führen, daß die Militaristen sich an die Spitze einer Bewegung für die Vereinigung Deutschlands stellen und sich bemühen werden, in ihrem eigenen Interesse die Herrschaft über das deutsche Volk zu gewinnen. Infolgedessen wird die Revancheidee aufkommen, der Chauvinismus aufblühen, der in Deutschland einen so günstigen Boden besitzt, und die Voraussetzungen für das Auftauchen neuer Bismarcks oder gar neuer Hitlers werden entstehen. Die Geschichte Deutschlands zeigt uns, wie gefährlich es ist, wenn der Gedanke der Einheit Deutschlands in die Hand der deutschen Militaristen gerät.

Wenn das Streben des deutschen Volkes nach einem einheitlichen Deutschland ein Werkzeug in der Hand der sehr lebenszähnen deutschen Militaristen wird, so wird die Politik der Verbündeten hinsichtlich der Umgestaltung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu einem Fiasko

verurteilt sein. Föderalisierung kann auch andere Schwierigkeiten für die verbündeten Mächte in Deutschland herbeiführen.

Im Falle der Föderalisierung wird es keine solche Zentralregierung Deutschlands geben, die die Verantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten tragen könnte.

Zudem dürfen die Verbündeten die moralische Verantwortung für alles, was in Deutschland vorgeht, nicht unmittelbar auf sich nehmen. Die entsprechende Verantwortung soll auf den Schultern der deutschen Regierung ruhen, die über die notwendigen Vollmachten verfügen muß.

In dieser Hinsicht kann man die Lage durch das Beispiel Japans erläutern. Bekanntlich ist eine japanische Regierung vorhanden, obwohl die oberste Macht den alliierten Besatzungsbehörden gehört. Man könnte auch andere Beispiele anführen. Das alles spricht dafür, daß die Verbündeten dem deutschen Volk keine Föderalisierung aufzwingen dürfen. Anders wäre es, wenn es diese Frage durch freie Abstimmung, ohne Zwang von außen, entscheidet. Dann dürfen hiergegen auch von den verbündeten Mächten, die die Festigung ihrer Stütze im deutschen Volk anstreben und gleichzeitig die Erfüllung aller Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten sicherstellen müssen, keine Einwendungen gemacht werden.

Es wird mitunter gesagt, daß die Einstellung auf die Föderalisierung Deutschlands aus dem Beschluß der Potsdamer Konferenz über Dezentralisierung der Staatsverwaltung in Deutschland hervorgehe. Diese Hinweise kann man aber nicht als begründet anerkennen. Als die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 die Frage der Notwendigkeit der Dezentralisierung der politischen Struktur in Deutschland behandelte, hatte sie es mit einem Deutschland zu tun, das sich eben erst vom Hitlerismus befreit und noch keine Zeit gehabt hatte, die hitleristische Zentralisierung der Staatsverwaltung, die die Landtage und die autonome Länderverwaltung vernichtet hatte, zu liquidieren. Unter jenen Umständen erwuchs die Aufgabe, jene Dezentralisierung der Verwaltung wiederherzustellen, die vor der Errichtung des Hitlerregimes bestanden hatte, als Landtage und zwei Abgeordnetenkammern in Deutschland vorhanden waren. Damals erwuchs die Frage der Wiederherstellung der demokratischen örtlichen Selbstverwaltungsorgane und auch der Wiederherstellung der Bezirks- und Provinzverwaltungen, wie auch der Länderverwaltungen.

Die jetzigen Erfordernisse

In den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz ist eine Föderalisierung Deutschlands nicht erwähnt. Damals wurde diese Frage nicht einmal erörtert. Heute ist die Lage ganz anders. In ganz Deutschland sind bereits Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungsorganen durchgeführt worden, demokratische Parteien, Freie Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen sind entstanden und haben ihre Tätigkeit entfaltet. Es sind

auch Landtagswahlen in vielen Ländern durchgeführt worden. Voraussichtlich werden die Landtagswahlen in allen Ländern bald abgeschlossen werden. In dieser Hinsicht wurde der Beschluß der Potsdamer Konferenz im allgemeinen erfolgreich durchgeführt.

In den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz war aber auch von der Schaffung mehrerer zentraler deutscher Verwaltungsdepartements die Rede. In dieser Hinsicht ist der Beschluß der Potsdamer Konferenz unerfüllt geblieben. Das Bedürfnis nach solchen zentralen deutschen Departements ist aber seit langem vorhanden. Ein weiterer Aufschub der Errichtung solcher Zentraldepartements beeinträchtigt vor allem die Maßnahmen auf dem Gebiete der Durchführung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Darum hält die Sowjetregierung es für unaufschiebbar, diese deutschen Zentraldepartements zu schaffen und zugleich vorbereitende Maßnahmen zur Bildung einer provisorischen deutschen Regierung durchzuführen.

Damit ist aber auch die Notwendigkeit einer richtigen Durchführung der wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen der Verbündeten für ganz Deutschland gegeben. Das entspricht auch der Notwendigkeit, die Durchführung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten sicherzustellen.

Molotow für Zentralverwaltung und Wirtschaftseinheit

Das sowjetische Reparationsprogramm

Wir haben soeben Mr. Bevins wichtige Erklärung vernommen. Sie wird von der Sowjetdelegation geprüft werden. In meiner heutigen Erklärung werde ich den Standpunkt der Sowjetregierung über die grundlegenden Fragen, mit denen sich auch Mr. Bevin befaßt hat, klarstellen.

Auf der Berliner Konferenz wurden die Grundsätze der Wirtschaftspolitik hinsichtlich Deutschlands unter der Voraussetzung festgelegt, daß Deutschland als eine einzige Wirtschaftseinheit behandelt werden solle und daß die Politik der vier alliierten Mächte in allen grundlegenden Fragen betreffs des deutschen Wirtschaftslebens dementsprechend angepaßt werden sollte. Die allgemeine alliierte Wirtschaftspolitik in Deutschland sollte sowohl die Verwirklichung der Friedenserfordernisse als auch den Bedarf des deutschen Volkes selbst und die Erfüllung seitens Deutschlands bezüglich seiner Verpflichtungen den Alliierten gegenüber, einschließlich der Reparationen, sichern und gleichzeitig das deutsche Industriekriegspotential beseitigen. Um diese Angelegenheit zu einem Ende zu bringen, ist es durch Maßnahmen, über die sich die Alliierten zu einigen hatten, not-

wendig geworden, solche Probleme, wie die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie und Landwirtschaft, die Organisation des Geld- und Bankwesens, die Entwicklung des Binnenhandels, die Organisation des Transportwesens usw., zu lösen.

Damit an dieser Entwicklung der deutschen Friedensindustrie, die seit langer Zeit ein wichtiger Faktor der Weltwirtschaft und des Welthandels geworden war, auch andere Völker, die Bedarf an deutscher Kohle, an Metallen und Fabrikwaren haben, teilnehmen können, war es notwendig, für Deutschland reale Möglichkeiten für einen Export- und Importhandel zu schaffen. Auf der Berliner Konferenz schlug der Chef der Sowjetregierung, Generalissimus Stalin, die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung vor, die Deutschlands politische und wirtschaftliche Einheit sichern könnte. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Konferenzteilnehmern nicht angenommen.

1. Die Berliner Konferenz und die Wirtschaftseinheit Deutschlands

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz sahen die Errichtung einer Anzahl von deutschen zentralen Wirtschaftsabteilungen für Industrie, Finanzwesen, Transportwesen, Verkehrsverbindungen und Außenhandel vor, die unter Leitung von deutschen Staatssekretären stehen und unter Überwachung des Kontrollrates tätig sein sollten. Dieser Beschluß, dessen Durchführung die Sowjetregierung eine außerordentlich große Bedeutung beimaß und noch jetzt beimißt, blieb indessen unausgeführt. Und noch mehr als das: in gewissen Zonen wurden häufig hochwichtige Maßnahmen ergriffen, die in direktem Gegensatz zu den Grundsätzen einer Wirtschaftseinheit Deutschlands standen. Diese Maßnahmen wurden durch einseitige Handlungen ohne Berücksichtigung des Kontrollrats durchgeführt, der von den alliierten Mächten mit der Verantwortlichkeit für die Durchführung des Beschlusses der Berliner Konferenz betraut ist.

Es ist allgemein bekannt, daß das Gebiet der Ruhrindustrie, in dem drei Viertel der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie konzentriert sind, die Hauptgrundlage des deutschen Militarismus und die Hauptstütze von Hitlers Aggression war. Im Hinblick hierauf war es notwendig, daß wichtige Maßnahmen bezüglich dieser Industrie im Einvernehmen mit dem Kontrollrat durchgeführt wurden. Tatsächlich war dies nicht der Fall. Bereits Anfang Dezember 1945 ergriff die britische Verwaltung Besitz davon und übernahm die Kontrolle über die gesamten Ruhrbergwerke, wobei sie den Kontrollrat vor die vollendete Tatsache stellte. Sogar jetzt besitzt der Kontrollrat noch nicht genügend Unterlagen, um die von der britischen Verwaltung hinsichtlich der Ruhrbergwerke und -industrie ergriffenen Maßnahmen zu beurteilen.

Gemeinsame Ruhrkontrolle

Im August 1946 stellte die britische Verwaltung den Kontrollrat vor eine neue vollendete Tatsache. Zu jener Zeit ergriff die britische Ver-

waltung durch einseitige Aktion die Kontrolle über die Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr. Auf diese Weise führte die britische Verwaltung ihre Maßnahmen bezüglich der grundlegenden Ruhrindustrie durch, ohne mit den anderen im Kontrollrat vertretenen alliierten Mächten zu rechnen. Und doch hatte bereits auf der Berliner Konferenz die Sowjetregierung vorgeschlagen, daß die Ruhrindustrie, die den wichtigsten Teil des deutschen Kriegspotentials bildete, unter eine gemeinsame Kontrolle der vier alliierten Mächte gestellt werden sollte. Durch Übereinkommen der Teilnehmer an der Konferenz wurde die Prüfung dieser Frage verschoben. Es wurde beschlossen, daß sich der Rat der Außenminister mit dieser Frage beschäftigen sollte. Im Juli 1946 wies ich nach einer Instruktion durch die Sowjetregierung anlässlich der Versammlung des Außenministerrates in Paris auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Kontrolle über das Industriegebiet der Ruhr durch die vier Parteien hin. Aber wiederum wurde auch damals die Erörterung der Frage nicht zu Ende geführt. Dies hinderte indessen die britische Verwaltung nicht daran, weitere einseitige Handlungen im Ruhrgebiet vorzunehmen. Dem sollte ein Ende gemacht werden.

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß der Rat der Außenminister den Beschluß faßt, das Ruhrgebiet mit seiner Industrie unter die gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu stellen. Aus den oben erwähnten Gründen hält es die Sowjetregierung für unrecht und nicht zulässig, daß das Ruhrgebiet unter Kontrolle irgendeiner der alliierten Mächte belassen wird, noch kann man einem Plane zustimmen, der die Sowjetunion oder irgend eine andere der vier alliierten Mächte von der tatsächlichen Kontrolle über das Ruhrgebiet ausschließt. Nur eine gemeinsame Kontrolle durch die vier alliierten Mächte kann die Sicherheit schaffen, daß die Schwerindustrie des Ruhrgebietes nicht wieder die Basis für das Wiederaufleben des deutschen Kriegspotentials und einer neuen deutschen Aggression wird.

Es ist gleichfalls bekannt, daß gegen Ende des vergangenen Jahres die französische Verwaltung durch einseitige Handlung die Abtrennung des Saargebietes vom übrigen Deutschland durchführte. Und wiederum wurde diese Frage nicht dem Alliierten Kontrollrat zur Prüfung unterbreitet. Auch in diesem Falle wurde der Kontrollrat vor eine vollendete Tatsache gestellt. Ein derartiges Verfahren zur Lösung wichtiger Probleme in Deutschland kann nicht anerkannt werden.

Die Vereinigung der Westzonen

Im Dezember vergangenen Jahres wurde der Kontrollrat vor die Tatsache einer neuen Sonderaktion seitens der beiden Regierungen — und zwar der Vereinigten Staaten und Großbritanniens — gestellt. Diese Regierungen schlossen ein Abkommen über die wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszonen in Deutsch-

land ab. Das Abkommen sieht im allgemeinen ein Dreijahres-Wirtschaftsprogramm für beide Zonen vor. Es sieht die Entwicklung des Handels zwischen den beiden vereinigten Zonen und anderen Ländern vor und stellt ferner sicher, daß das Verrechnungswesen mit anderen Zonen Deutschlands nicht in deutscher Mark, sondern in amerikanischen Dollar oder britischen Pfunden durchgeführt wird. Durch dieses Abkommen zwischen den beiden Besatzungszonen in Deutschland — der amerikanischen und britischen — wurden diese tatsächlich von dem übrigen Deutschland abgetrennt. Auf diese Weise ist Deutschland zersplittert, was zu höchst negativen wirtschaftlichen wie politischen Folgen führen kann. Dieses Abkommen widerspricht grundlegend den Beschlüssen der Berliner Konferenz über Deutschlands wirtschaftliche Einheit. Auch in diesem Fall ist der Kontrollrat in Deutschland vor eine vollendete Tatsache gestellt worden, und zwar im Gegensatz zu den von den USA und von Großbritannien übernommenen Verpflichtungen. Diese Situation kann nicht als normal anerkannt werden, zumal dieses anglo-amerikanische Abkommen keineswegs der Notwendigkeit der Beseitigung von Deutschlands industriellem Kriegspotential oder der Verpflichtung Deutschlands zur Erfüllung der Reparationsleistungen Rechnung trägt, ganz abgesehen davon, daß es in direktem Widerspruch zur Durchführung des Programms über die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands als Ganzes steht.

Dieses anglo-amerikanische Abkommen erleichtert das Eindringen amerikanischer und britischer Monopole in die deutsche Industrie und eröffnet ihnen ausgedehnte Gelegenheiten zur Unterordnung der deutschen Wirtschaft unter ihren Einfluß. Außerdem ist dieses anglo-amerikanische Abkommen mit der Verwirklichung von Deutschlands Wirtschaftseinheit unvereinbar, da es zur Zerstückelung und Zerstörung eines unabhängigen deutschen Staates führt und im Widerspruch zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz sowie den anderen interalliierten Abkommen über diesen Gegenstand steht.

Die Grundlage des Abkommens bedeutet ein Unrecht. Wenn man von der Notwendigkeit der Erfüllung interalliiertter Verpflichtungen hinsichtlich Deutschlands durchdrungen ist, können die anderen Zonen einem derartigen Abkommen nicht beitreten. Aus all diesem folgt, daß das vorerwähnte anglo-amerikanische Abkommen nicht in Kraft bleiben darf und beseitigt werden sollte.

2. Die Reparationsfragen

Die Frage der Reparationen verdient besondere Aufmerksamkeit. In dieser Hinsicht ist eine unhaltbare Lage entstanden. Bekanntlich wurde auf der Berliner Konferenz festgelegt, daß der Betrag der industriellen Einrichtungen, die aus den westlichen Zonen auf Reparationsrechnung zu entnehmen waren, am 2. Februar 1946 festgelegt werden sollte. Indessen ist mehr als ein Jahr

nach dem festgesetzten Termin verstrichen, aber noch immer ist kein Plan für den Abtransport von Einrichtungen aus den Westzonen vorhanden. Durch den gleichen Beschluß der Berliner Konferenz wurde festgelegt, daß Lieferungen von Ausrüstungen im vorhinein auf Reparationsrechnung aus den westlichen Zonen erfolgen sollten. Trotzdem verzögern die amerikanischen und britischen Besatzungsbehörden in Deutschland unter verschiedenen Vorwänden die Durchführung dieses Beschlusses bis auf den heutigen Tag. Selbst die Beschlüsse über die Reparationslieferungen aus den Westzonen, die im Kontrollrat vor einem Jahr angenommen wurden, blieben bis jetzt unerfüllt.

Natürlich hat die Sowjetische Militärverwaltung in ihrer eigenen Besatzungszone Maßnahmen zur Erfüllung des Planes der Lieferungen, die von ihnen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Konferenz von Berlin und der Krim aufgestellt wurde, ergriffen, und sie führt dies auch weiterhin durch. Dementsprechend findet die Lieferung von industriellen Ausrüstungen aus der laufenden Industrieproduktion in der Sowjetzone statt. Gewisse Fabriken in Deutschland sind gleichfalls auf Reparationsrechnung nach der Sowjetunion abtransportiert worden. Einzelheiten dieser Maßnahmen sollten gründlich geprüft werden, sobald ein Abkommen über die grundlegenden Reparationsprobleme erzielt worden ist. All diese Maßnahmen sind indessen für die Durchführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz hinsichtlich der Reparationen gänzlich ungenügend, da in den Westzonen diese Beschlüsse tatsächlich nicht erfüllt werden.

Die Lage wurde um so unhaltbarer, als die von den britischen, amerikanischen und französischen Behörden kontrollierten westlichen Zonen die Reparationsleistungen auch nicht für die anderen alliierten Länder durchführten. Es ist bekannt, daß die Interalliierte Reparationsagentur, die die Interessen anderer alliierter Länder hinsichtlich der Reparationslieferungen vertritt, sich bereits zum zweiten Male an den Außenministerrat mit einer Klage über die Nichterfüllung des Beschlusses über die Reparationen wandte. Die Erklärung der Interalliierten Reparationsagentur sollte mit der ihr gebührenden Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen werden.

Der Anspruch der zerstörten Länder

Die Länder, welche die brutale und vernichtende Hitlersche Besetzung durchmachen mußten, können sich nicht mit einer derartigen Lage abfinden. In der Sowjetunion ebenso wie in anderen Ländern, die die deutsche Okkupation erlitten haben, könnten sich die Regierung und das Volk angesichts der unermesslichen Zerstörungen von Fabriken und Werken, von ganzen Städten und zahlreichen Dörfern nicht so ohne weiteres mit der Vereitelung der Reparationsbeschlüsse abfinden. Sie alle wissen, welchen Beitrag die Sowjetunion in dem letzten Weltkrieg zur gemeinsamen alliierten Sache geleistet hatte. Im Verlaufe von vier Jahren leisteten die Armeen der Sowjet-

union über 200 Divisionen der Deutschen und ihrer Satelliten Widerstand, zu gewissen Zeiten erhöhte sich die Anzahl dieser Divisionen sogar auf 240. Drei Jahre lang kämpften die Sowjettruppen ganz allein gegen die Armeen Hitlers und seiner Anhänger. Die Sowjetarmee verteidigte sich und errang für ihre Heimat Ruhm. Die von der Sowjetarmee zur Rettung der europäischen Zivilisation beigetragenen Leistungen sind allgemein bekannt. Die Sowjetunion erlitt im Kriege gegen Hitler-Deutschland schwere Verluste. Unser Land büßte Millionen von Menschen ein und erlitt ungeheuren materiellen Schaden. Die Sowjetregierung und das gesamte sowjetische Volk können nicht zugeben, daß dies in Vergessenheit gerät.

Hierbei ist es notwendig, daran zu erinnern, wieviel der Krieg die Sowjetunion gekostet hat. Die Ausgaben des Sowjetstaates für den Krieg gegen Deutschland sowohl als auch gegen Japan und der Verlust an Einkünften, die infolge der Besetzung von Staatsunternehmen, Genossenschaften, Kollektivbauernschaften eintrat und der Bevölkerung der Sowjetunion zugefügt wurde, belief sich auf einen ungeheuren Betrag.

Allein während des Krieges beliefen sich diese Ausgaben und Einkommensverluste auf nicht weniger als 357 Milliarden Dollar. Zu dieser Summe müssen wir den unserem Staat und der Bevölkerung verursachten Schaden hinzurechnen, der infolge der ungeheuren Zerstörung und Ausplünderung von Staats-, Genossenschafts- und privatem Eigentum während der Kriegsjahre in den vom Feind besetzten Gebieten entstanden war.

Die Zerstörungen in der Sowjetunion

Die außerordentliche staatliche Kommission, der die hervorragendsten öffentlichen Vertreter unseres Landes angehörten, schätzte diesen direkten Schaden in den der Besetzung unterworfenen Gebieten auf 128 Milliarden Dollar. Um diese ungeheure Gesamtsumme direkter Verluste unseres Landes zu erklären, erinnere ich Sie daran, daß die deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihre Satelliten 1710 Städte und über 70 000 Dörfer zerstörten bzw. vollständig oder teilweise niederbrannten, über 6 Millionen Gebäude niederbrannten und zerstörten und etwa 25 Millionen Personen obdachlos machten, 31 850 Industrieunternehmen, die etwa 4 Millionen Arbeiter beschäftigten, zerstörten, 65 000 km Eisenbahnstrecken und 4100 Bahnhöfe zerstörten, 98 000 Kollektivbauerngüter, 1876 Staatsgüter und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen beraubten und zertümmerten, 7 Millionen Pferde, 17 Millionen Stück Großvieh, 20 Millionen Schweine, 27 Millionen Schafe und Ziegen schlachteten, raubten oder nach Deutschland trieben. Außerdem zerstörten oder vernichteten sie 40 000 Krankenhäuser und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, 84 000 allgemeine Schulen, besondere Elementarschulen, höhere Erziehungsinstitute, wissenschaftliche Forschungsinstitute und 42 000 öffentliche Bibliotheken. Zu all diesem muß man die

Verluste an Menschenleben hinzufügen, die auf mehrere Millionen geschätzt werden.

Ich hoffe, daß man auf Grund dieser Zahlen verstehen wird, weshalb die Sowjetregierung und das gesamte sowjetische Volk darauf bestehen, daß der Rat der Außenminister Maßnahmen durchsetzt, die die Durchführung der Beschlüsse der Konferenzen von Berlin und der Krim über die Reparationen sichern werden. Wenn dies geschieht, ist es notwendig, schließlich den Betrag und das Verfahren der Reparationslieferungen zu bestimmen.

Während die Gesamtsumme der lediglich direkten Verluste, die unserem Land in den besetzten Gebieten zugefügt wurden, sich auf 128 Milliarden Dollar beläuft, verlangt die Sowjetunion von Deutschland einen Betrag von 10 Milliarden Dollar. Dieser Reparationsbetrag von Deutschland wird weniger als ein Zehntel der direkten Verluste decken, die der Sowjetunion in den von den deutschen Eindringlingen besetzten Gebieten zugefügt worden sind. Die Billigkeit dieser Forderung der Sowjetunion kann nicht bestritten werden.

3. Die grundlegenden Dokumente zur Reparationsfrage

Um das Problem der Reparationen von Deutschland entsprechend zu klären, muß ich bei den grundlegenden Dokumenten verweilen, die sich auf dieses Problem beziehen. In erster Linie werde ich den vollen Text der entsprechenden Beschlüsse der Berliner Konferenz zitieren.

Aus den Berliner Beschlüssen: Reparationen von Deutschland

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krimkonferenz, daß Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Umfang die Verluste und die Leiden auszugleichen, die es den Vereinten Nationen zugefügt hat und für die das deutsche Volk sich der Verantwortung nicht entziehen kann, wurde folgendes Abkommen über die Reparationen erzielt:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Abtransporte aus der durch die UdSSR besetzten Zone Deutschlands und durch entsprechende deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.
3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der anderen Länder werden aus den Westzonen Deutschlands sowie durch entsprechende deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
4. Zusätzlich zu den der UdSSR zu leistenden Reparationen aus ihrer eigenen Besatzungszone soll die UdSSR aus den westlichen Zonen noch folgendes erhalten:
 - a) 15 Prozent solcher verwendbaren und vollständigen Hauptausrüstungen, die in erster Linie aus metallurgischen, chemischen und Maschinenbau-

industrien stammen, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft nicht notwendig sind, und die aus den Westzonen Deutschlands im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonwaren, Petroleumprodukte und ähnliche Bedarfsgüter, über die ein Abkommen erzielt wurde, in gleichem Werte geliefert werden sollten.

- b) 10 Prozent solcher industrieller Hauptausrüstungen, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft nicht nötig sind, sollten aus den westlichen Besatzungszonen an die Sowjetregierung auf Reparationsrechnung übergeben werden ohne Bezahlung oder Austauschlieferung irgendwelcher Art.

Der Abtransport der Einrichtungen, wie sie in den Punkten a) und b) vorerwähnt sind, soll gleichzeitig erfolgen.

5. Der Umfang der Ausrüstung aus den westlichen Besatzungszonen à conto der Reparationen soll spätestens innerhalb von sechs Monaten, von jetzt ab gerechnet, erfolgen.
6. Der Abtransport der industriellen Hauptausrüstung soll sobald als möglich beginnen und soll innerhalb von zwei Jahren, von dem in § 5 niedergelegten Zeitpunkt an gerechnet, beendet sein. Die Lieferung der unter 4 a) erwähnten Waren und Produkte soll sobald als möglich beginnen und soll seitens der UdSSR nach den vereinbarten Bedingungen innerhalb von fünf Jahren von dem jetzt festgelegten Datum an durchgeführt werden. Die Festsetzung des Betrages und Bestimmung der Art der industriellen Hauptausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig und daher für Reparationen verfügbar ist, sollen durch den Kontrollrat entsprechend der von der alliierten Kommission für Reparationen festgelegten Politik unter Teilnahme Frankreichs durchgeführt werden und sie sollen Gegenstand der endgültigen Billigung der Zonenbefehlshaber derjenigen Zonen sein, aus denen die Ausrüstung abtransportiert wird.
7. Vor der Festsetzung der Gesamtmenge der dem Abtransport unterliegenden Ausrüstung sollen Vorauslieferungen von solchen Ausrüstungen erfolgen, die für die Lieferung in Übereinstimmung mit den in dem letzten Satz von § 6 niedergelegten Verfahren als verfügbar bestimmt sind.
8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche auf Reparationen an Anteilscheinen deutscher Unternehmen, die in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands gelegen sind, ebenso auf alle Ansprüche an den deutschen Auslandsguthaben in allen Ländern, mit Ausnahme derjenigen, die in § 9 weiter unten besonders aufgeführt sind.
9. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verzichten auf ihre Ansprüche auf Reparationen hinsichtlich der Aktien deutscher Unternehmen, die in der östlichen Besatzungszone Deutschlands gelegen sind, ebenso wie auf die der deutschen Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und dem östlichen Österreich.

10. Die Sowjetregierung erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold."

Dieser Beschluß der Berliner Konferenz benötigt keinen ins einzelne gehenden Kommentar. Es muß indessen bemerkt werden, daß der Beschluß der Berliner Konferenz mit den Worten beginnt, daß er „in Übereinstimmung mit den Krimkonferenzbeschlüssen“ gefaßt wurde. Im Hinblick hierauf ist es notwendig, Ihnen genauestens darzulegen, was die Krimkonferenz über die Reparationen, die von Deutschland zu leisten sind, beschlossen hat. Um dies eingehend deutlich zu machen, muß ich die Beschlüsse der Krimkonferenz veröffentlichen, die bis jetzt nicht veröffentlicht worden sind.

Aus den Beschlüssen von Jalta

Protokoll der Besprechung zwischen den Chefs der drei Regierungen auf der Krimkonferenz über die Frage der deutschen Reparationen in Waren. Die Chefs der drei Regierungen kamen wie folgt überein:

1. Deutschland muß in Waren für die Verluste bezahlen, die es im Verlaufe des Krieges den verbündeten Nationen zufügte. Die Reparationen sollen in erster Linie diejenigen Länder erhalten, die die Hauptlast des Krieges getragen haben, die die schwersten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind organisiert haben.
2. Die Reparationen sollen in den drei folgenden Formen aus Deutschland herausgezogen werden: a) Hauptentnahme innerhalb von zwei Jahren nach der Niederlage Deutschlands oder der Einstellung des organisierten Widerstandes aus dem Nationalvermögen Deutschlands, das sich sowohl in dem Gebiet Deutschlands selbst als auch außerhalb seines Gebietes befindet. (Betriebsanlagen, Werkzeugmaschinen, Schiffe, Eisenbahnwagenmaterial, deutsche Investitionen im Ausland, Aktien von Industrie-, Transport-, Schifffahrts- und andere Unternehmen in Deutschland usw.) Diese Entnahmen sollen hauptsächlich mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials durchgeführt werden. b) Jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion nach Ende des Krieges für einen festzusetzenden Zeitraum. c) Verwendung von deutschen Arbeitskräften.
3. In Moskau soll zur Ausarbeitung eines detaillierten Planes für die oben angeführten Prinzipien für die Herausziehung von Reparationen aus Deutschland eine alliierte Reparationskommission geschaffen werden, die aus Vertretern der UdSSR, der USA und des Vereinigten Königreiches besteht.
4. Bezüglich der Festsetzung der Gesamtsumme der Reparationen sowie der Verteilung derselben unter den Ländern, die unter der deutschen Aggression litten, kamen die sowjetische und die amerikanische Delegation wie

folgt überein: „Die Moskauer Reparationskommission sollte im Anfangsstadium als Grundlage für die Besprechung den Vorschlag der Sowjetregierung annehmen, daß die Gesamtsumme der Reparationen gemäß den Punkten a) und b) des § 2 zwanzig Milliarden Dollar sein sollte, und daß 50 Prozent hiervon an die UdSSR gehen sollten.“

Die britische Delegation war der Ansicht, daß bis zur Erörterung der Reparationsfrage durch die Moskauer Reparationskommission keine Reparationsziffern erwähnt werden sollten. Der oben erwähnte sowjetisch-amerikanische Vorschlag wurde an die Moskauer Reparationskommission als einer der Vorschläge weitergegeben, die von der Moskauer Kommission erörtert werden sollen. Unterzeichnet von Churchill, Roosevelt und Stalin.

Drei Arten von Reparationen

Damit hat die Krimkonferenz anerkannt, daß die Reparationen auf drei verschiedene Arten aus Deutschland entnommen werden sollten: 1. Durch die Entfernung des Hauptteils der Betriebsanlagen, Werkzeugmaschinen usw., 2. durch jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, 3. durch die Verwendung deutscher Arbeitskraft. Daneben besprach die Krimkonferenz auch die Frage des Betrages der Reparationen. Auf der Krimkonferenz kamen die sowjetische und die amerikanische Delegation zu einem Abkommen mit dem Ziel, daß die Moskauer Reparationskommission als Basis für die Besprechung den Vorschlag der Sowjetregierung annehmen wird, die Reparationssumme von Deutschland auf 20 Milliarden Dollar festzusetzen, wobei die Hälfte dieser Summe an die Sowjetunion gehen sollte. Das Protokoll zeigt zugleich, daß die britische Delegation es damals nicht für möglich hielt, irgendwelche Reparationsziffern zu nennen.

Es ist unbedingt erforderlich, an diese Entscheidungen der Krimkonferenz zu erinnern. Dies ist besonders notwendig, weil jetzt der Versuch unternommen wird, das in Berlin geschlossene Reparationsabkommen in dem Sinne auszulegen, daß es alle vorherigen Abkommen und Verhandlungen über Reparationen ablöst. Dem kann schon aus dem Grunde nicht zugestimmt werden, da im Beschluß selbst der Berliner Konferenz über Reparationen von Deutschland darauf hingewiesen wird, daß er „gemäß dem Krimbeschluß“ getroffen wurde, während der Beschluß der Berliner Konferenz über Deutschland besagt, daß es „der Zweck dieses Abkommens ist, die Krimerklärung über Deutschland durchzuführen“.

4. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands

In letzter Zeit tauchten Streitfragen über die Angelegenheit der Lieferungen aus der laufenden Produktion auf Konto der Reparationen auf. Es sollte bemerkt werden, daß diese Streitfragen trotz der Tatsache auftauchten, daß entsprechend vielen Berichten laufende Lieferungen auch in den Westzonen stattfinden. Aus dem Text des Protokolls der Krimkonferenz

geht klar hervor, daß diese Frage bereits damals keinen Zweifel bei einem der Teilnehmer der Krimkonferenz hervorrief. Der Beschluß der Berliner Konferenz konzentrierte sich auf die Entfernung der Betriebsanlagen als Hauptproblem. Aber dieser Beschluß enthält kein einziges Wort gegen Reparationen aus der laufenden Produktion, wie sie durch den Beschluß der Krimkonferenz in Betracht gezogen wurden. Zu jener Zeit war es jedoch nicht notwendig, sich mit den Einzelheiten dieses Problems zu beschäftigen, da es unmöglich war, die Größe der möglichen laufenden Lieferungen zu bestimmen.

Kürzlich wurde darauf hingewiesen, daß die Deckung eines Teils der Reparationen aus der laufenden Produktion die Erweiterung des Plans für den Stand der deutschen Industrie erfordern würde, der vor einem Jahr vom Kontrollrat angenommen worden ist. Die Berechtigung dieser Beobachtung sollte zugegeben werden. Im Hinblick hierauf schlägt die Sowjetregierung eine Revision des Plans für das deutsche Industrieniveau vor, das vor einem Jahr festgestellt wurde und die Erhöhung dieses Niveaus auf die notwendige Höhe. Wir sollten der Entwicklung der deutschen Friedensindustrie keine Hindernisse in den Weg legen. Die Alliierten sollten die deutsche Industrie kontrollieren, um zu verhindern, daß ihre Entwicklung zu einer Wiedereinrichtung des Kriegspotentials und zu einer Wiederbelebung des deutschen Militarismus und der Aggression gelenkt wird. Auf der anderen Seite jedoch besteht gegenwärtig in verschiedenen Ländern ein unbefriedigter Bedarf an Industrieproduktion. Die Wiederherstellung der deutschen Friedensindustrie würde möglicherweise die Befriedigung dieses Bedarfs nach industriellen Waren erleichtern. Wir sollten bei der schnelleren Entwicklung des deutschen Kohlenbergbaus und der Erhöhung der deutschen Produktion von Metallen und anderen industriellen Waren helfen. Dies wird die Möglichkeit schaffen, die Bedürfnisse des deutschen Volkes zu befriedigen, die in den letzten Jahren nicht befriedigt wurden, während gleichzeitig der Export der deutschen Industrieproduktion beträchtlich helfen dürfte, ähnliche Bedürfnisse anderer Nationen zu befriedigen.

Gegen die Monopolgesellschaften

Selbstverständlich werden sich ausländische Monopolisten finden, die versuchen werden, die deutsche Produktion von den Weltmärkten fern zu halten. Aus Furcht vor der Konkurrenz möchten diese Herren die deutsche Industrie abwürgen, sie verringern oder dies wenigstens versuchen, soweit die Auslandsmärkte betroffen werden. Aber wir dürfen einem derartigen Druck kleiner selbstsüchtiger Gruppen nicht nachgeben. Die Interessen der Völker verlangen etwas ganz anderes. Die Völker benötigen eine beträchtliche Erhöhung der billigen Gebrauchsgüter guter Qualität, und sie brauchen auch die Hilfe der deutschen Industrielieferung bei der Niederhaltung und Auskämmung der ausländischen Monopolgesell-

schaften, die mit allen Mitteln danach streben, ihre Konkurrenten auszuschalten, und bereit sind, ihrerseits die beliebige Produktion zu außerordentlich überhöhten Preisen unterzubringen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht diejenigen Beschlüsse der Berliner Konferenz vergessen, die von der Notwendigkeit der Beseitigung der ausgedehnten Konzentration wirtschaftlicher Macht, der Kartelle, Syndikate, Truste und anderer deutscher Monopolgesellschaften verschiedener Art, sprechen. Bis auf den heutigen Tag ist diese Aufgabe in den Zonen noch nicht durchgeführt worden. Und doch: ohne Durchführung der Entkartellisierung und Beseitigung der Monopolherrschaft ist es unmöglich, die Bedingungen für eine Wiedergeburt Deutschlands als einen friedlichen und demokratischen Staat zu sichern. Um diese wichtige Aufgabe wirklich durchführen zu können, ist es notwendig, die Fabriken und die anderen Unternehmen der Konzerne, Kartelle und Truste zu enteignen und diese Werke dem deutschen Staat als Eigentum zu übergeben. Man muß bei der Durchführung dieser Maßnahmen die demokratischen Parteien und die Freien Gewerkschaften zur Arbeit hinzuziehen, die eine wesentliche Hilfe in dieser Angelegenheit leisten können. Andernfalls würden die deutschen Monopolgesellschaften durch verschiedene andere Monopole ersetzt, durch Monopole ausländischen Ursprungs, die in keiner Hinsicht besser als die deutschen Monopole sind.

Nach allem Gesagten ist es ganz klar, was zur Vollendung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands notwendig ist. Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bedeutet ein derartiges Abkommen zwischen den für die Kontrolle Deutschlands verantwortlichen vier alliierten Mächten, daß der Entwicklungsstand der deutschen Industrie und Landwirtschaft ebenso wie Deutschlands angemessene Teilnahme an dem Welthandel entsprechend angeglichen werden, während gleichzeitig die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten einschließlich der bedingungslosen Erfüllung der Reparationsleistungen gesichert sind. Natürlich bedeutet Deutschlands wirtschaftliche Einheit gleichzeitig, daß Deutschland angemessene Besatzungskosten tragen soll und daß die Alliierten konsequente Maßnahmen zur Beseitigung des deutschen industriellen Kriegspotentials durchführen.

Die Sowjetunion ist ihrerseits vollkommen bereit, die Verwirklichung der Wirtschaftseinheit Deutschlands und die Beseitigung der wirtschaftlichen Zwischenzongrenzen jeder Art zu erleichtern. Die Verwirklichung derartiger Pläne begegnet den Interessen der Alliierten, ganz abgesehen davon, daß sie in vollem Umfang den Interessen des deutschen Volkes entspricht, da dieses nach einer Umwandlung Deutschlands zu einem friedlichen demokratischen Staat strebt, der im Laufe der Zeit zwischen den freien und friedlichen Nationen der Welt den ihm gebührenden Platz einnehmen will.

Zentrale deutsche Verwaltung

Die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ist die Errichtung einer zentralen deutschen Verwaltungsstelle für Industrie, Landwirtschaft, Finanzwirtschaft, Transport- und Verkehrswesen und für den Außenhandel. Das ist für die Sicherung einer einheitlichen Leitung aller grundlegenden Wirtschaftsmaßnahmen im gesamtdeutschen Rahmen unbedingt notwendig. Dies ist gleichfalls für die Vorbereitung des Verwaltungsapparates der deutschen Regierung unerlässlich, deren Schaffung unverzüglich in Angriff genommen werden muß. Die alliierten Länder können diese Aufgabe wirksam vollenden, indem sie die demokratischen Parteien und Freien Gewerkschaften unterstützen.

5. Die Vorschläge der Sowjetregierung

Im Zusammenhang mit dem oben ausgeführten unterbreitet die Sowjetregierung dem Rat der Außenminister ihre Vorschläge zur Frage der Wirtschaftseinheit Deutschlands und zur Reparationsfrage zur Prüfung:

Wirtschaftseinheit Deutschlands

Zwecks Durchführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz über Deutschlands Wirtschaftseinheit und zur Beseitigung der in dieser Hinsicht bestehenden Unzulänglichkeiten erachtet es der Rat der Außenminister für notwendig:

1. sofort zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen zu errichten, wie sie von der Berliner Konferenz vorgesehen waren, und zwar als Abteilungen für Industrie, Finanzwesen, Transport-, Verkehrswesen, Außenhandel und Landwirtschaft, wodurch die einheitliche Leitung der wichtigsten Wirtschaftsmaßnahmen im gesamtdeutschen Raum gesichert ist und der Verwaltungsapparat einer deutschen Regierung vorbereitet wird;
2. im Wege der Abänderung des Kontrollratsbeschlusses vom 27. März 1946 eine Erhöhung des deutschen Industriestandards vorzusehen, nach welcher die jährliche Stahlerzeugung in nächster Zeit auf zehn bis zwölf Millionen Tonnen gebracht wird;
3. in Anbetracht dessen, daß die Ruhrindustrie die Hauptgrundlage des deutschen Militarismus bildete, den Industriebezirk der Ruhr unter gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der UdSSR zu stellen;
4. Gesamtmaßnahmen durchzuführen, damit das Finanzwesen und der Geldumlauf in Deutschland auf eine gesunde Grundlage gestellt werden;
5. im Hinblick auf die Sicherung der Importe von Roh- und anderen Materialien, die für die deutsche Friedensindustrie wichtig sind, und im Hin-

- blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten, Beihilfe zur Erhöhung des deutschen Exports zu leisten;
6. den Kontrollrat darüber zu unterrichten, daß er die notwendigen Schritte zur Enteignung von Fabriken und anderen Unternehmen der Konzerne, Kartelle und Truste ergreift und diese Unternehmen dem deutschen Staat als Eigentum übergibt, diesen zu veranlassen, sich hierbei der Hilfe der demokratischen Parteien und Freien Gewerkschaften Deutschlands bei der Durchführung dieser Maßnahmen zu versichern;
 7. das Abkommen über wirtschaftliche Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone als ungültig zu betrachten, da es die wirtschaftliche Einheit Deutschlands verletzt.

II. Die Reparationen Deutschlands

- n. Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz über die Eintreibung von Reparationen von Deutschland in den Zonen und zwecks Bestimmung des Betrages und des Verfahrens der Eintreibung der Reparationen erachtet der Rat der Außenminister folgendes für notwendig:
1. einen Gesamtbetrag der von Deutschland zu leistenden Reparationen in einer Summe festzusetzen (nach den Weltmarktpreisen von 1938); die Reparationssumme für die UdSSR auf 10 Milliarden Dollar festzusetzen, wobei die Sowjetunion es unternimmt, die Reparationsansprüche Polens aus seinem eigenen Anteil zu befriedigen;
 2. zur Deckung der Reparationen sollen ausgenutzt werden: a) gleichzeitige Entnahmen, die in der Zeit nach der Berliner Konferenz durchgeführt wurden oder werden von zur Vervollständigung geeigneter Industriearüstung, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft nicht notwendig ist. Im Falle eines Verbleibens der Ausrüstung einer derartigen Fabrik für den Gebrauch in Deutschland ist irgend ein anderes Eigentum der Fabrik, das mit ihrer Tätigkeit in Zusammenhang steht, auf Reparationsrechnung abzuliefern. b) Jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion; c) die deutschen Auslandsguthaben; d) verschiedene Dienstleistungen.
 3. die Durchführung des Abtransports der Ausrüstungen aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach der Sowjetunion, wie es in den Berliner Beschlüssen zum 1. Juli 1947 und wie die entsprechenden Abtransporte aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands zum 1. Juli 1948 vorgesehen sind, vorzunehmen;
 4. festzulegen, daß die Reparationsverpflichtungen Deutschlands innerhalb von 20 Jahren, beginnend mit dem Tage der Veröffentlichung der Beschlüsse der Berliner Dreimächtekonferenz, erfüllt werden;

5. die Tätigkeit der Interalliierten Reparationskommission, die aus Vertretern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der UdSSR besteht, wieder aufzunehmen;
6. bei ordnungsmäßiger Erfüllung des festgelegten Plans der Reparationsleistungen es als möglich zu erachten, der Produktion der deutschen Friedensindustrie sowohl für den inneren Bedarf Deutschlands als auch für die Entwicklung des Handels mit anderen Ländern keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Die Sowjetregierung ersucht, ihre vorgelegten Vorschläge einer Prüfung zu unterziehen.

Eine Politik für alle Zonen

Die Sowjetregierung fordert: Recht auf Vereinigung der Parteien und Gewerkschaften, Proportionalsystem für die Wahlen, demokratische Bodenreform für ganz Deutschland

„In den Beschlüssen der alliierten Mächte wurde wiederholt hervorgehoben, daß die Ausrottung der Überreste des deutschen Faschismus (Entnazifizierung) und die Herstellung eines demokratischen Systems in Deutschland eine der wichtigsten Bedingungen für die Gewährleistung des Friedens und die Sicherheit in Europa darstellt. Das im Bericht des Kontrollrats enthaltene Material sowie die unseren Regierungen zur Verfügung stehenden Angaben ermöglichen es uns, ein Urteil über die Ausführung dieser Beschlüsse, über die auf diesem Gebiet erzielten Erfolge und über die noch bestehenden ernstesten Mängel abzugeben.“

1. Entnazifizierung

Aus dem Bericht des Kontrollrats über die Entnazifizierung ist ersichtlich, daß die Kontrollorgane der Alliierten gleich von Beginn ihrer Tätigkeit an Maßnahmen zur Vernichtung der Nationalsozialistischen Partei und der ihr angeschlossenen bzw. unter ihrer Kontrolle stehenden Organisationen durchführten, die unter dem Hitlerregime geschaffenen faschistischen Einrichtungen auflösten, einige Gesetze aufhoben und Maßnahmen zur Verhütung einer faschistischen und militaristischen Tätigkeit in Deutschland trafen.

Andererseits kann man aber die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Durchführung des auf der Berliner Konferenz vereinbarten gemeinsamen Programms der Entnazifizierung in Deutschland, das auf die Ausrottung der Überreste des Faschismus und auf die Vorbereitung von Voraussetzungen für den Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage abzielte, nicht als zufriedenstellend ansehen. In dieser Hinsicht wurde noch vieles unterlassen. Das gilt vor allem für die Durchführung einer so wichtigen Anweisung der Berliner Konferenz wie der Ent-

fernung von Mitgliedern der Hitlerpartei, die mehr als nominelle Mitglieder dieser Partei waren, aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortungsvollen Posten in wichtigen Privatunternehmungen, sowie für die Entfernung anderer Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen.

Bis jetzt befinden sich nach wie vor in vielen wichtigen Wirtschafts- und Verwaltungsämtern in den großen Industriezentren Deutschlands Personen, die aktiv zur Machtergreifung Hitlers beitrugen und die Vorbereitung und Durchführung der deutschen Aggression organisierten. Tatsachen beweisen, daß in einer Reihe von Fällen Organisatoren des deutschen Faschismus und der Aggression in führenden Posten verbleiben, die unter dem Hitlerregime Leiter deutscher Truste, Konzerne und anderer Monopole waren.

Nazis in Wirtschaft und Justiz

So steht zum Beispiel an der Spitze der Organisation der Kontrolle über die Betriebe der Stahl- und Eisenindustrie der britischen Besatzungszone Dinkelbach, der unter dem Hitlerregime Direktor des Großkonzerns „Vereinigte Stahlwerke“ war. Dinkelbach leitet aber nicht nur die Stahl- und Eisenindustrie in der britischen Zone, darunter auch im Ruhrgebiet, sondern ist persönlich mit der Ausarbeitung der „Sozialisierungspläne“ für die Industrie in der britischen Zone beauftragt worden. Der berühmte faschistische Führer Ernst Poensgen, der unter dem Hitlerregime eines der dreizehn Mitglieder des Reichsrüstungsrates war, ist jetzt Vorsitzender des Verbandes der deutschen Metallindustriellen in der britischen Zone. Bis heute befinden sich noch so namhafte Leiter deutscher Industriemonopole, wie Hugenberg (Stahlindustrie, einer der Führer der Rüstungsindustrie des faschistischen Deutschlands), ferner Wilhelm Zangen, Hermann Bücher u. a., in Freiheit und spielen in der britischen und amerikanischen Zone eine bedeutende Rolle.

Ehemalige Faschisten, die seinerzeit die Strafrechtspolitik unter dem Hitlerregime durchführten, bekleiden nicht selten noch heute Posten von Richtern oder Staatsanwälten in den Organen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte. Auf Grund des im Bericht des Kontrollrats enthaltenen Materials besteht das Personal der Staatsanwaltschafts- und Gerichtsstellen in der amerikanischen Besatzungszone zu etwa 35 Prozent, in der britischen Zone bis zu 43 Prozent und in der französischen Zone sogar zu 50 Prozent aller Richter aus ehemaligen leitenden Persönlichkeiten des Hitlerregimes. Der ehemalige Hitlersche Kriegesgerichtsrat Eiltz ist jetzt Gerichtspräsident in Hannover. Der faschistische Henker Dockweiler, der während des Krieges Leiter des Gefängnisses Brocke in Polen war und wegen zahlreicher Hinrichtungen und seines grausamen Regimes allgemein bekannt ist, ist zur Zeit Leiter des Gefängnisses in Köln.

Zählung statt Säuberung

Die deutsche demokratische Presse hat wiederholt lange Verzeichnisse namhafter Hitleristen veröffentlicht, die in der britischen und amerikanischen Zone jetzt leitende Posten bekleiden. Die Forderung der Öffentlichkeit, diese Personen von ihren Posten zu entfernen, wurde aber in vielen Fällen nicht berücksichtigt. Die Durchführung der Entnazifizierung wurde nicht selten durch eine formelle Zählung fast der gesamten erwachsenen deutschen Bevölkerung ersetzt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in der amerikanischen Besatzungszone am 1. Januar 1947 11,6 Millionen Menschen zur Ausfüllung von Entnazifizierungsfragebogen herangezogen werden mußten. Über 6 Millionen Personen haben bereits Rehabilitierungsscheine erhalten, während die anderen 5,6 Millionen noch der Prüfung der Entnazifizierungskommissionen unterzogen werden müssen.

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz erfordern aber die Absetzung der ehemaligen aktiven Hitlerleute von leitenden Posten und Bestrafung der faschistischen Verbrecher, sie verlangen jedoch nicht, daß alle ehemaligen Mitglieder der nazistischen Partei und ihrer Formationen in Bausch und Bogen vor Gericht gestellt werden müssen.

Andererseits schließt dieses System einer En-bloc-Entnazifizierung nicht die Möglichkeit aus, daß ein Teil der aktiven Hitlerleute in die große Masse der Rehabilitierten geraten wird. Wie die amerikanische Presse berichtet, wurde in dem an das Sonderkomitee des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika gerichteten Bericht über die Lage hinsichtlich der Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone im November 1946 festgestellt, daß viele hohe Amtspersonen aus der Zahl der ehemaligen aktiven Faschisten faktisch jeder Strafe entkommen. Der Senatskommission wurden Angaben über eine große Anzahl von Personen vorgelegt, die gemäß den Weisungen des Kontrollrats zur Kategorie der aktivsten Nazis gerechnet werden mußten, jedoch bei der Entnazifizierung bloß als „Mitläufer“ betrachtet wurden und mit einer Strafe von nur jeweils 2000 Mark belegt worden sind. Nach Bezahlung dieser Strafe haben diese leitenden Faschisten die Möglichkeit, als Personen zu gelten, die der Säuberungsaktion unterzogen wurden und können auf verantwortliche Posten in der Verwaltung und Industrie eingesetzt werden. Im Bericht der Senatskommission wurde festgestellt, daß von 575 vor Gericht gestellten berüchtigten Nazis etwa 400 von den Entnazifizierungsgerichten (den Spruchkammern) zu den „Mitläufern“ gerechnet wurden.

Es ist nicht verwunderlich, daß der Stellvertreter des amerikanischen Oberbefehlshabers, General Clay, im November 1946 im Länderrat in Stuttgart folgendes erklärte: „Es wird immer klarer, daß die Entnazifizierung dazu benutzt wird, möglichst viele Personen auf die Posten, die sie früher bekleidet hatten, zurückkehren zu lassen, nicht aber dazu, die Schuldigen zu

ermitteln und zu bestrafen." Auch die Kommission des Weltgewerkschaftsbundes, die Deutschland besuchte, erkannte den Stand der Entnazifizierung in der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone als unzulänglich an.

In der sowjetischen Zone

Was die sowjetische Besatzungszone betrifft, so richtete dort die Militärverwaltung bei der Durchführung der Entnazifizierung ihre Hauptaufmerksamkeit darauf, die aktiven Faschisten und Personen, die unter dem Hitlerregime führende Posten bekleidet hatten, aus öffentlichen und halb-öffentlichen Ämtern zu entfernen und sie durch Personen abzulösen, die von demokratischen Organisationen empfohlen worden waren. Dabei wurden die von der Sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmten Unternehmungen sowie der Landbesitz der Hitlerschen Leiter und der Kriegsverbrecher den deutschen demokratischen Verwaltungsorganen zur Weiterverfügung übergeben. Herr Marshall sprach hier darüber, daß er die Informationen, die von sowjetischer Seite über die Frage der Entnazifizierung Deutschlands vorgelegt wurden, als unzureichend betrachtete. Ich muß allerdings die Aufmerksamkeit des Herrn Marshall auf den Entnazifizierungsbericht des Kontrollrates lenken, in dem ausführliche Angaben über alle Zonen enthalten sind, darunter auch Angaben über die sowjetische Besatzungszone. Besonders weise ich auf die in dem Bericht enthaltenen Angaben über die Anzahl der von führenden Posten enthobenen bzw. nicht zugelassenen ehemaligen Hitlerschen Beamten hin. Wie man aus diesen Angaben ersieht, beträgt die entsprechende Zahl für die sowjetische Zone 390 478 Personen, d. h. mehr als in irgend einer anderen Zone. Macht man sich mit dem Text des Berichtes des Kontrollrates bekannt, so sieht man, daß die Sowjetische Militärverwaltung eine ausführliche Information über die Durchführung der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone abgegeben hat.

Was die Erklärungen Herrn Marshalls betrifft, daß in einzelnen Fällen sich Nazis, um sich zu rehabilitieren, bemühen, in die Sozialistische Einheitspartei einzutreten, so besitzt die sowjetische Delegation keine Angaben zur Bestätigung dieser Erklärung. Auch Herr Marshall hat keinerlei diesbezügliche Tatsachen angeführt.

Faschistische Geheimorganisationen

Die ungenügenden Ergebnisse der Entnazifizierung bergen in sich eine Gefahr für die demokratische Umgestaltung Deutschlands. Es ist besonders aus dem Bericht des Kontrollrats ersichtlich, daß in der britischen und amerikanischen Besatzungszone eine weit entwickelte faschistische Untergrundorganisation, die kurz vor der Kapitulation Deutschlands gegründet worden war, aufgedeckt und beseitigt worden ist. Diese Organisation stellte die Pläne ihrer verbrecherischen Tätigkeit auf

lange Sicht auf, trat aber nach außen hin getarnt als ein Handelsunternehmen auf. Diese Organisation enthielt sich des direkten Widerstands gegen die Maßnahmen der Besatzungsbehörden, bemühte sich, aktive Faschisten auf Wirtschafts- und Verwaltungsposten gelangen zu lassen und entfaltete, indem sie die amtliche Stellung derselben ausnutzte, unter diesem Deckmantel eine den Zielen der Besetzung Deutschlands feindliche Tätigkeit. In der britischen und der amerikanischen Zone wurde in der letzten Zeit auch eine große faschistische Geheimorganisation aufgedeckt, die unter der Leitung ehemaliger Generale und hoher SS-Offiziere gearbeitet und Zweigstellen in ganz Deutschland besessen hatte. Diese Organisation wollte das faschistische Regime in Deutschland wiederherstellen. Bei ihrer Beseitigung wurden Geheimlager mit einer großen Anzahl Waffen entdeckt.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden auch mehrere geheime faschistische Gruppen und Organisationen aufgedeckt, darunter auch Gruppen der Organisation „Edelweißpiraten“, die hauptsächlich aus ehemaligen Angehörigen der Gestapo, der SS, der SA und anderer nazistischer Organisationen bestanden. In allen Besatzungszonen wurden Geheimorganisationen der sogenannten „Rheinischen Widerstandsbewegung“ entdeckt, die auf Sabotage und Schädlingsakte in der Industrie abzielten, um die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft Deutschlands zu hemmen sowie zu verhindern, daß Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den alliierten Mächten erfüllt.

Die Aufgabe des Kontrollrates

Wenn man das alles in Betracht zieht, kann man nicht die Durchführung des gemeinsamen Entnazifizierungsprogramms, das auf der Berliner Konferenz beschlossen wurde, für befriedigend erachten. Die Sowjetregierung hält es für nötig, zu beantragen, daß der Rat der Außenminister den Kontrollrat beauftrage, bei seiner weiteren Arbeit die Aufmerksamkeit auf die Erfüllung folgender Aufgaben zu konzentrieren:

1. Es müssen unverzüglich Maßnahmen zur Entfernung der ehemaligen aktiven Faschisten aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern getroffen werden.
2. Die Verfahren der Gerichte und Gerichtshöfe in Sachen nazistischer Verbrecher müssen beschleunigt werden, wobei in den Gerichts- und Staatsanwaltschaften ehemalige aktive Vertreter des Hitlerregimes durch Personen zu ersetzen sind, die hinsichtlich ihrer politischen und moralischen Eigenschaften den Geboten der Stärkung der demokratischen Grundlagen in Deutschland entsprechen.
3. Gemäß den Beschlüssen der Berliner Konferenz ist sicherzustellen, daß die leitenden Vertreter des Hitlerregimes und die Kriegsverbrecher unbedingt zur Verantwortung gezogen werden, wobei aber nicht

zugelassen werden darf, daß die ehemaligen einfachen, nicht aktiven Nazis in Bausch und Bogen vor Gericht gestellt werden sollen.

Wir hörten heute die Anträge des Herrn Marshall. Die Sowjetdelegation wird diese Anträge aufmerksam studieren; doch schon im Augenblick können wir sagen, daß die Sowjetdelegation sie für grundsätzlich unannehmbar hält.

2. Demokratisierung

Die Berliner Konferenz hat erkannt, daß die örtliche Selbstverwaltung in ganz Deutschland auf demokratischen Grundlagen wiederhergestellt werden muß, daß alle demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften erlaubt und gefördert werden müssen, daß Vertretung und Wählbarkeit in den Bezirks-, Provinz- und Länderverwaltungen eingeführt werden müssen, daß einige besonders wichtige deutsche Zentraldepartements gegründet werden und daß Redefreiheit, Pressefreiheit und Glaubensfreiheit gewährleistet sein müssen. Die Durchführung dieses auf der Berliner Konferenz beschlossenen Programms soll die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischen Grundlagen und die eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands im internationalen Leben vorbereiten. Auf diesem Gebiet sind gewisse Fortschritte erzielt worden. Ernst zu nehmende demokratische Kräfte sind in Deutschland aufgekommen und entfalten ihre Tätigkeit. Der völlige Zusammenbruch des Hitlerregimes, der deutschen Kriegswirtschaft und der faschistischen Ideologie haben in den werktätigen Bevölkerungsschichten den einstigen Einfluß des Faschismus und Militarismus stark untergraben. Dadurch wird ein für die weitere Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland günstiger Boden vorbereitet. Der Grad der Demokratisierung ist aber nicht in allen Besatzungszonen der gleiche, was stark mit der zonenmäßigen Zersplitterung des politischen Lebens und dem Nichtvorhandensein einer politischen Einheit Deutschlands verbunden ist.

Die Wahlen in den Zonen

In der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone sind bereits Landtagswahlen durchgeführt worden, die Regierungen bildeten. Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungsorganen wurden auch in der britischen und der französischen Zone durchgeführt. Die Wahlen erfolgten aber nicht auf der Grundlage eines für ganz Deutschland einheitlichen demokratischen Wahlsystems, was wesentliche Mängel in der Durchführung der Wahlen in den einzelnen Zonen zur Folge hatte. So wurde z. B. in der britischen Zone ein Wahlsystem angewandt, das bei den Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungsorganen im September 1946 folgende Resultate zeitigte:

Bei diesen Wahlen erhielt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 11 178 000 Stimmen und 2549 Mandate. Der Christlich-Demokratische Bund erhielt bei 11 Millionen Stimmen 8583 Mandate. Die Kommunistische Partei, für die 2 Millionen Stimmen abgegeben wurden, erhielt nur 139 Mandate. Was das Wahlsystem anbelangt, das in der amerikanischen Zone angewandt wird, so erhält in manchen Fällen, zum Beispiel in Bayern, eine Partei, für die weniger als 10 Prozent der Stimmen abgegeben wurden, keinen einzigen Sitz im Landtag. Mit Hilfe einer solchen nichtdemokratischen Wahlmechanik wird die Beseitigung einer nicht erwünschten Opposition im Landtag erzielt.

Die deutschen demokratischen Organisationen äußern in allen Zonen angesichts der bestehenden Lage Wünsche betreffs der Herstellung eines für ganz Deutschland einheitlichen demokratischen Proportionalwahlsystems.

Parteien und Gewerkschaften

Eine andere wichtige Frage ist die Lage der demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften in Deutschland. Die zonenmäßige Zersplitterung dieser Organisationen, die bis heute nicht die Möglichkeit erhielten, die Vereinigung im gesamtdeutschen Rahmen durchzuführen, ist trotz der günstigen Resultate, die auf diesem Gebiet erzielt wurden, ein ernstliches Hindernis für die Entwicklung der deutschen demokratischen Organisationen. Die sowjetischen Vertreter im Kontrollrat setzen sich seit Oktober 1945 vergeblich für die Annahme eines Gesetzes ein, das den deutschen demokratischen Parteien und Gewerkschaften endlich das Recht einräumen würde, sich im gesamtdeutschen Rahmen zu vereinigen, ihre Tagungen und Konferenzen frei durchzuführen und ihre Zentralorgane zu wählen. Es ist aber vollkommen klar, daß eine Beschränkung der Tätigkeit der deutschen demokratischen Organisationen auf den Rahmen der einzelnen Zonen dem prinzipiellen Standpunkt der Berliner Konferenz widerspricht und die demokratische Entwicklung Deutschlands erschwert. Ohne Vereinigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften in einem gesamtdeutschen Rahmen und ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, kann man nicht im Ernst von einer allseitigen Entwicklung der demokratischen Grundlagen in Deutschland sprechen.

Die Verfassungen der Länder

Von großer Bedeutung für die demokratische Umgestaltung Deutschlands und für seine zukünftige staatliche Entwicklung ist die Frage der Landesverfassungen, die jetzt in manchen Zonen von den Landtagen beschlossen werden. Doch auch in dieser Hinsicht sind wesentliche Mängel vorhanden. Die Hauptgrundsätze dieser Länderverfassungen gehen

von einander direkt entgegengesetzten Prinzipien aus, was die Durchführung der Demokratisierung Deutschlands erschweren muß. So ist z. B. die im Dezember 1946 beschlossene Landesverfassung Bayerns in der amerikanischen Zone von föderalistischen Grundsätzen durchsetzt. Hingegen beruht die neue Landesverfassung Thüringens in der sowjetischen Besatzungszone auf einer Anerkennung der Einheit des demokratischen deutschen Staates, wobei sie Thüringen für einen Bestandteil der deutschen demokratischen Republik erklärt.

Allgemeine Bodenreform

Von großer Bedeutung vom Gesichtspunkt der Demokratisierung Deutschlands ist auch die Bodenreform, die im Herbst 1945 in der sowjetischen Zone durchgeführt worden ist. Diese Reform hat auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet den Einfluß des Junkertums, einer alten Stütze des deutschen Militarismus und später auch des Hillertums, untergraben. In den anderen Besatzungszonen werden einstweilen nur Vorarbeiten für eine Bodenreform durchgeführt, wobei der Kontrollrat anerkannt hat, daß „die Bodenreform praktisch nur in der sowjetischen Besatzungszone zum Abschluß“ gebracht wurde, während die Verteilung des Landbesitzes auf andere Kategorien des Grundbesitzes das Vorhandensein von Möglichkeiten für die Durchführung einer Bodenreform in jeder Zone bezeugt. Es wird durchaus zweckmäßig sein, daß der Rat der Außenminister folgendes im Kontrollrat erzielte Übereinkommen bekräftigt: „Im Laufe des Jahres 1947 muß in allen Besatzungszonen eine Bodenreform durchgeführt werden.“

Drei Vorschläge

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß zur Erfüllung eines gemeinsamen Programms der Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage eine in allen Zonen koordinierte Politik durchgeführt werden muß. Insbesondere ist es notwendig:

1. den deutschen demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften das Recht zu gewähren, sich im gesamtdeutschen Rahmen zu vereinigen, Tagungen und Konferenzen unter Beteiligung von Vertretern aus ganz Deutschland abzuhalten, ihre Zentralorgane zu wählen, ihre Zentralzeitungen und Zeitschriften herauszugeben;
2. den Kontrollrat zu beauftragen, einheitliche Grundsätze einer demokratischen Gesetzgebung über Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und mit einem Proportionalssystem auszuarbeiten und in ganz Deutschland in Kraft zu setzen;
3. den im Kontrollrat angenommenen Beschluß über die 1947 in der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone vorzunehmende

Durchführung einer Bodenreform als einer Grundlage für die demokratische Umgestaltung des Lebens des deutschen Dorfes zu billigen. Eine Beseitigung der oben festgestellten wesentlichen Mängel und eine genaue Durchführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz seitens aller Besatzungsbehörden in Deutschland werden die Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage sichern.

Wirtschaftseinheit und Reparationsleistungen

**Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Molotow
auf der Moskauer Konferenz**

Herrn Bevins Feststellung klärt mehrere wichtige Fragen und ist für uns äußerst bedeutsam. Die sowjetische Delegation wird sich gründlich mit ihr befassen. Wir sind der Ansicht, daß wir bei der Erörterung der deutschen Frage den Beschlüssen der Berliner Konferenz folgen sollten. Diese Beschlüsse sind vor nahezu zwei Jahren angenommen worden, und man kann jetzt mit Gewißheit erklären, daß sie eine gute Grundlage für eine gemeinsame Arbeit der alliierten Mächte in Deutschland darstellten und weiterhin darstellen. Natürlich sind in den damals angenommenen Beschlüssen nicht alle Dinge enthalten, die wir jetzt brauchen, weil seit damals unsere Regierungen reiche Erfahrungen sammelten und jetzt in der Lage sind, in vollkommener Weise den Fragen zu entsprechen, die sich vor den Alliierten in Deutschland erhoben. Nichtsdestoweniger bleiben die Berliner Beschlüsse auch jetzt eine verläßliche Grundlage für die gemeinsame Arbeit der Alliierten in Deutschland. Man kann jedoch ein schönes Programm haben und doch nicht in der Lage sein, die Erfüllung des Programms zu gewährleisten. Wir müssen zugeben, daß im Hinblick auf die Durchführung des Programms, wie es durch die Berliner Konferenz aufgestellt wurde, gewisse wesentliche Mängel vorhanden sind, und dies trifft auch im gegebenen Fall zu.

1. Die Beschlüsse und ihre Durchführung

Während der Berliner Konferenz begriffen die Alliierten sehr wohl, daß ein gewisser Apparat vorhanden sein sollte, der zum Beispiel die Beschlüsse über die Wirtschaftsfragen durchführen würde. Im Hinblick darauf wurde seinerzeit folgender Beschluß angenommen:

„Zurzeit wird keine Zentralregierung errichtet werden. Trotzdem werden gewisse zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, eingerichtet, insbesondere für das Finanz-, Transport- und

Verkehrswesen sowie für den Außenhandel und die Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein."

Somit nahm die Berliner Konferenz einen bestimmten Beschluß über die Durchführung ihrer Entscheidungen an. Und darum erkannten wir es für notwendig, fünf deutsche Zentralverwaltungsorgane einzurichten. Diese Organe sollten unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein. Es ist uns jedoch nicht gelungen, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen.

Die sowjetische Regierung ist jetzt der Ansicht, daß die Frage der Einrichtung einer deutschen Regierung nicht länger aufgeschoben werden darf. Aber der erste Schritt dazu sollte die Errichtung mehrerer deutscher zentraler Wirtschaftsorgane sein, ohne die eine Durchführung der angenommenen Beschlüsse nicht sichergestellt werden könnte.

Wir haben hier bereits vernommen, daß die amerikanische Delegation es für notwendig hält, in Deutschland mehrere Wirtschaftsorgane zu schaffen. Die englische Delegation unterstützte heute ebenfalls diesen Standpunkt.

Wir wissen jedoch, daß die französische Regierung sowohl jetzt als auch früher im Hinblick auf diese Frage eine Sonderhaltung einnimmt. Herr Bidault hat gestern Frankreichs Standpunkt dargelegt. Wir sollten die Argumente, die er hier vorbrachte, sehr aufmerksam in Erwägung ziehen. Ich habe nicht die Absicht, mich jetzt eingehend mit dieser Frage zu befassen. Aber der Kernpunkt dieser Frage, die sowohl organisatorische als auch politische Probleme umfaßt, ist uns allen genügend klar. Und man sollte zugeben, daß wir, solange diese Frage nicht entschieden ist, über die Durchführung der Beschlüsse nicht sicher sein können, die von unserem Rat im Hinblick auf die wichtigsten Wirtschaftsfragen Deutschlands angenommen werden. Darum stehen wir vor der Aufgabe, diese Frage unter uns zu regeln.

Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß wir, wenn wir uns an die Beschlüsse der Berliner Konferenz halten und gleichzeitig aufmerksam die Argumente verfolgen, die jeder von uns hier vorbringt, einen korrekten Beschluß für diese wichtige Frage finden werden. Eine unserer dringlichsten Aufgaben besteht darin, eine Vereinbarung über diese Frage auf der Grundlage der Berliner Konferenzbeschlüsse zu erzielen.

2. Das Problem der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands

Die Ansichten über den Kernpunkt der Wirtschaftsfrage in Deutschland sind jetzt genügend geklärt worden. Wir stimmen alle darin überein, daß die Wirtschaftseinheit Deutschlands notwendig ist. Bisher blieb jeder von uns bei seiner eigenen Ansicht, und trotzdem glaube ich, daß hier keinerlei Erwägungen vorgebracht wurden, über die wir uns, wenn wir es wollen, nicht einigen könnten, wenn wir sie als Hauptpunkt zusammenfassen. Auf jeden Fall sollten wir uns bemühen, Wege zu finden, um sie zu koordinieren.

Herr Marshall erwähnte sechs Punkte bezüglich der Wirtschaftseinheit Deutschlands. Diese Punkte sind folgende: Gemeinsame Auswertung der natürlichen Hilfsquellen, ein Export- und Importplan, Reparationen, eine Finanzreform, Bewegungsfreiheit und zentrale deutsche Verwaltungsorgane.

Herr Bevin brachte im Zusammenhang mit dieser Frage Argumente vor, die sich dieser Haltung sehr nähern. Herr Bidault schilderte Frankreichs Standpunkt. Es scheint mir, daß wir auch darin viel Gemeinsames mit der Ansicht der anderen Kollegen sehen. Die sowjetische Delegation schilderte ihren Standpunkt und verlieh ihrer Bereitschaft Ausdruck, eine gemeinsame Grundlage für die hier ausgeführten Ansichten zu finden. Müssen wir ein Übereinkommen über die Frage des Standes der deutschen Wirtschaft erzielen? Wir sind der Ansicht, daß dies wünschenswert und notwendig ist.

Müssen wir eine Vereinbarung über den Export- und Importplan für Deutschland erreichen? Natürlich, auch dies ist wünschenswert. Ebenso verhält es sich mit den anderen Fragen, der Finanzreform, der Bewegungsfreiheit usw. Der Hauptpunkt, so wie wir ihn sehen besteht jedoch darin, zu entscheiden, ob die Lösung der Reparationsfrage im Problem der Wirtschaftseinheit Deutschlands enthalten ist.

Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß die Wirtschaftseinheit Deutschlands eine Frage ist, die bedingungslos die Frage der Reparationszahlungen Deutschlands einschließt.

Es wurde hier gesagt, daß Großbritannien die Lasten nicht vermehren kann, die es auf Grund seiner aus der Kontrolle über Deutschland sich ergebenden Verpflichtungen trägt. Dasselbe wurde auch von anderen Ministern gesagt. In diesem Fall jedoch ist die sowjetische Regierung, ebenso wie jede andere Regierung auch, berechtigt, eine solche Erklärung abzugeben. Das bedeutet, daß Deutschland für gewisse Ausgaben verantwortlich sein sollte, die durch die Besetzung des deutschen Territoriums und durch die Existenzbedürfnisse der alliierten Kontrollkörperschaften in Deutschland verursacht werden. Das ist nicht anzuzweifeln. Deutschland muß alle seine Verpflichtungen den Alliierten gegenüber erfüllen, wobei zu diesen Verpflichtungen natürlich auch die Reparationszahlungen gehören.

Die Berliner Konferenz hatte gleichzeitig Beschlüsse über die Wirtschaftseinheit Deutschlands und über die Reparationszahlungen angenommen. Würde uns eine solche Lösung der Wirtschaftsfrage vorgeschlagen, die eine Wirtschaftseinheit Deutschlands gewährleistet, jedoch nicht die Reparationszahlungen durch Deutschland sicherzustellen in der Lage ist, so könnten wir uns damit nicht einverstanden erklären. Mehr noch, dies würde den Beschlüssen der Berliner Konferenz zuwiderlaufen. Wenn wir jedoch darin übereinstimmen, daß die Durchführung der Wirtschaftseinheit Deutschlands, weit davon entfernt, im Widerspruch zu den Reparationszahlungen zu stehen, gewiß die Lösung der Reparationsfrage

enthalten muß, so sollte es nicht sehr schwer sein, eine Vereinbarung über die anderen Dinge zu erreichen. Der Hauptpunkt für uns besteht darin, die Reparationsfrage zu entscheiden, wenn wir über die Wirtschaftseinheit Deutschlands einen Beschluß fassen.

3. Die Reparationsfrage

Auch im Hinblick auf die Reparationsfrage sollte das auf der Berliner Konferenz erzielte Abkommen uns als Grundlage dienen. Wir könnten jedoch nicht damit einverstanden sein, daß die Beschlüsse der Berliner Konferenz den Beschlüssen der Krimkonferenz entgegengestellt werden. Wir sollten in der Tat nicht die Dinge vergessen, die in dem auf der Berliner Konferenz in bezug auf Deutschland angenommenen Abkommen aufgeführt werden, nämlich, „daß der Zweck dieses Übereinkommens darin bestehe, die Krimerklärung über Deutschland auszuführen“. Man sollte sich auch daran erinnern, daß der Beschluß der Berliner Konferenz über die Reparationen klar besagt, er sei „in Übereinstimmung mit den Krimbeschlüssen angenommen worden“.

Der Kernpunkt der Reparationsfrage ist jedoch in den Beschlüssen der Krimkonferenz enthalten. Die Berliner Konferenz entwickelte nur die auf der Krimkonferenz angenommenen vorherigen Beschlüsse, indem sie namentlich den Vorgang der Reparationszahlungen nach Zonen festsetzte. Daher halten wir die Behauptungen für falsch, daß die Beschlüsse der Krimkonferenz im Hinblick auf die Beschlüsse der Berliner Konferenz als aufgehoben zu betrachten seien. Wir können uns mit einer solchen Ansicht nicht einverstanden erklären, und wir glauben, daß sie im Widerspruch zu dem Übereinkommen steht, welches in Berlin zwischen den Alliierten erreicht wurde.

Die sowjetische Regierung dankt für die Sympathie, die unserem Land im Hinblick auf den Schaden entgegengebracht wird, den es durch die Eindringlinge erlitt — etwas, was jedesmal, wenn die Reparationsfrage zur Sprache kommt, ins Gedächtnis zurückgerufen werden muß. Die Dinge liegen aber so, daß das sowjetische Volk die Lösung der Reparationsfrage offenbar für dringlicher hält als die Lösung einer anderen Frage. Fast zwei Jahre sind seit der Kapitulation Deutschlands vergangen.

Die Leistungen an die Sowjetunion

Wie verhält es sich denn aber mit den Reparationen, welche die Sowjetunion aus der englischen, amerikanischen und französischen Zone erhalten sollte? Wir wollen den tatsächlichen Stand der Angelegenheit betrachten. Es stellt sich heraus, daß die Sowjetunion in der Zeit bis zum 1. Januar 1947 aus den Westzonen Reparationslieferungen erhielt, die sich nur auf fünf Millionen Dollar belaufen, falls wir von Reparationslieferungen sprechen, die wir erhielten, ohne dafür zu zahlen. Dann bekam die Sowjetunion aus den Westzonen Reparationslieferungen im Wert von 7,5 Millionen Dollar, für

die dem Berliner Abkommen gemäß mit anderen Waren gezahlt werden soll. Somit beläuft sich der Gesamtbetrag der von der Sowjetunion aus den Westzonen erhaltenen Reparationen, die frei von Belastung sind, auf fünf Millionen Dollar, also auf eine äußerst unbedeutende Summe. Wenn alle Reparationen für die Sowjetunion in dieser Zeit auf diese Summe herabgesunken wären, so würde dies der größte Fehler der Sowjetunion gewesen sein. Die sowjetische Regierung beging jedoch keinen derartigen Fehler. Das sowjetische Volk kann nicht mit verschränkten Armen dazusitzen und auf Reparationen aus den Westzonen warten und sich dabei nicht um den Eingang der Reparationen aus der östlichen Zone Deutschlands kümmern, für die die Sowjetische Militärverwaltung direkt verantwortlich ist.

Die sowjetische Regierung hat geeignete Maßnahmen getroffen, damit die sowjetische Zone in Deutschland in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz die Reparationsablieferungen an die Sowjetunion, die auch in entsprechender Proportion Polen gegeben werden, erfüllt. Während dieser Zeit wurde die Ausrüstung der Betriebe, die den deutschen Kriegsbedürfnissen dienten, abmontiert und nach der UdSSR exportiert. In dieser Zeit wurden in der sowjetischen Zone auch Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion durchgeführt. Gewisse Betriebe in Deutschland wurden auf Reparationskonto in das Eigentum der Sowjetunion übergeführt. Ich erwähne nebenbei: es wurde hier zu Unrecht erklärt, daß diese Betriebe einige exterritoriale Rechte besäßen. Obwohl sie jetzt auch der Sowjetunion gehören, sind sie auf der Basis der in Deutschland geltenden Rechtsprechung tätig.

Die Sowjetregierung ist bereit, die Alliierten im geeigneten Augenblick über alles zu informieren, was sie in der sowjetischen Zone zur Durchführung der Reparationsbeschlüsse getan hat. Die Sowjetunion wird, wenn Sie wollen, zur rechten Zeit darüber eine vollständige Abrechnung bis auf die letzte Kopeke oder bis auf den letzten Dollar vorlegen. Dies sollte selbstverständlich auf der Grundlage vollständiger Gegenseitigkeit geschehen. Es sollte jedoch zugegeben werden, daß hätte die Sowjetunion unterlassen, die oben genannten Maßnahmen hinsichtlich der Reparationen in der sowjetischen Zone Deutschlands zu ergreifen, sie jetzt mit leeren Händen ohne irgendwelche Reparationen dastehen würde. Dies würde bedeuten, daß der Beschluß der Berliner Konferenz auch in diesem Falle unerfüllt geblieben wäre. Die Sowjetregierung hat vollkommen korrekt gehandelt, als sie Sorge trug, wenigstens in der Sowjetzone den in der Berliner Konferenz vereinbarten Beschluß über die Reparationen durchzuführen.

Gleichzeitig gibt die Sowjetregierung ihrer begreiflichen Unzufriedenheit über die Tatsache Ausdruck, daß die Westzonen die Durchführung des

Beschlusses über die Reparationen unterlassen. Wir glauben auch, daß ein Übereinkommen über die Gesamtreparationssumme erreicht werden sollte. Indessen würde es unstatthaft sein, Reparationen ohne Begrenzungen aufzuerlegen. Auch bezüglich der Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion sollte eine Vereinbarung erreicht werden, ohne die eine Übereinkunft über die Reparationen nicht gewährleistet werden könnte.

Wir sollten weiter an den Beschluß der Krimkonferenz über die Errichtung eines interalliierten Reparationsausschusses erinnern. Die Berliner Konferenz hat die Notwendigkeit einer solchen Kommission bestätigt, und diese hat ihre Arbeit in Moskau aufgenommen. Auf Vorschlag der amerikanischen Regierung wurde die Tätigkeit der Kommission von Moskau nach Berlin verlegt. Die Sowjetvertreter wurden rechtzeitig nach Berlin beordert, um sich an der Arbeit dieser Kommission zu beteiligen. Unglücklicherweise haben die Vertreter der anderen Regierungen niemals begonnen, in der Reparationskommission in Berlin zu arbeiten. Jetzt schlagen wir die Wiederaufnahme der Arbeit der Kommission vor.

Herr Bevin hat hier seine Einwendungen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit der Reparationskommission in Moskau formuliert. Aber die Sowjetregierung schlägt nicht vor, daß diese Kommission in Moskau arbeiten sollte. Wir bestehen nur darauf, daß die Wiederaufnahme der Arbeit dieser Kommission nicht länger aufgeschoben wird. Wir stellen mit Befriedigung die gestern von der französischen Delegation abgegebene Erklärung fest, daß auch sie für eine Wiederaufnahme der Arbeit der Reparationskommission ist.

4. Das Niveau der deutschen Industrie

Weiter ist es wichtig, ein Übereinkommen über das Niveau der deutschen Industrie zu erzielen. Die Sowjetregierung hat bereits ihre Ansicht dahingehend geäußert, daß das Niveau der deutschen Friedensindustrie nicht begrenzt werden soll, dies umso mehr, als die ganze deutsche Industrie für eine gewisse Zeit der Kontrolle der vier Alliierten unterworfen ist und es auch bleiben muß. Die alliierte Kontrolle muß dafür Sorge tragen, daß die deutsche Industrie ihr Kriegspotential nicht wieder aufbaut und daß sie sich gänzlich im Sinne einer Befriedigung der Friedensbedürfnisse Deutschlands entwickelt. Unsere vier Regierungen sind vermittels koordinierter Beschlüsse in der Lage, dieses Problem im Interesse aller friedliebenden Staaten zu lösen, und dies wird gestatten, besser für die Bedürfnisse des deutschen Volkes an Waren sowie für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, einschließlich der Zahlung von Reparationen, zu sorgen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß der im März des vergangenen Jahres angenommene Beschluß über ein deutsches Industrieniveau nicht ganz be-

friedigend ist. Dieser Beschluß könnte revidiert werden. Aber wenn uns gesagt wird, daß das vereinbarte Niveau der deutschen Industrie vor allem anderen einen Export- und Importplan für Deutschland vorsehen soll und daß es nur danach möglich sein würde, die Zahlung von Reparationen zu erörtern, können wir mit dieser Ansicht nicht übereinstimmen.

Wir können nicht einwilligen, für die deutsche Industrie einen Plan festzusetzen, der die Bedürfnisse einschließlich des einheimischen Bedarfes und die Exporte in Rechnung stellt, es aber unterläßt, Deutschlands Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen in Betracht zu ziehen. Dennoch würden wir, wenn wir ein Abkommen dahingehend erreichen könnten, daß der Plan für das Niveau der deutschen Industrie sowohl vom Standpunkt des deutschen Inlandsbedarfes, einschließlich Sicherstellung einer angemessenen Einfuhr durch Erhöhung des deutschen Exporthandels, als auch vom Standpunkt der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands aus befriedigend sein würde, dieses gesamte wichtige Problem lösen. Eine praktische Erwägung dieser Frage würde bei der Ausarbeitung eines koordinierten Beschlusses über das Niveau der deutschen Industrie helfen.

Die Kohlenlieferungen

Bekanntlich regt die französische Regierung vor uns energisch die Frage der Festsetzung einer bestimmten Quote der Kohlenlieferungen aus Deutschland an Frankreich an. Die Sowjetregierung hält diesen Standpunkt für annehmbar. Wir bringen die Überzeugung zum Ausdruck, daß der Außenministerrat in dieser Frage die berechtigten Interessen Frankreichs und anderer interessierter Länder befriedigen kann und es versteht, die hierin enthaltenen Schwierigkeiten zu überwinden. Dem Kohlenproblem sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Warum hat die Steinkohlenförderung in der britischen Zone Deutschlands 41 Prozent des Vorkriegsstandes erreicht, während sie in der sowjetischen Zone 74 Prozent erreicht hat, obwohl die Bedingungen in der sowjetischen Zone schwieriger sind? Warum erreicht die Braunkohlenförderung in der britischen Zone 74 Prozent des Vorkriegsstandes, während in der sowjetischen Zone 84 Prozent des Vorkriegsstandes gefördert werden? Warum kann man nicht die Kohlenförderung in Deutschland auf 80 Prozent oder 90 Prozent oder sogar auf 100 Prozent des Vorkriegsstandes bringen? In einem solchen Programm gibt es nichts Undurchführbares.

Andererseits, wenn unsere gemeinsamen Bemühungen auf die Entwicklung solcher Zweige der Friedensindustrie in Deutschland gerichtet sein würden — und die Deutschen verstehen zu arbeiten! —, sollten wir hierdurch die Erfüllung der Pflichten der Besatzungsmächte in Deutschland erleichtern. Es ist es wert, eine gewisse Entwicklung einer friedlichen deutschen Industrie zu gestatten, um die von den Alliierten in Deutschland getragene Ausgabenlast zu verringern, anstatt zu erhöhen.

Die Ruhrfrage

Schließlich wollen wir auch das Industriegebiet der Ruhr prüfen. Selbstverständlich ist die Sowjetunion, genau so wie die übrigen Alliierten, über das Ruhrproblem besorgt. Es handelt sich um die Basis des deutschen Militarismus, denn dort befindet sich die Grundlage des deutschen Kriegspotentials. Es wäre für irgendeine einzelne Macht sehr riskant, die Verantwortung für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu übernehmen. Viel richtiger wäre es, wenn sich die vier alliierten Mächte in diese Verantwortung teilen würden.

Die vier alliierten Mächte müssen die Kontrolle über die gesamte Wirtschaft Deutschlands und somit über die gesamte deutsche Industrie ausüben. Wir sollten uns hierüber auf dieser Konferenz klar werden. Gleichzeitig sollten wir ein Abkommen erzielen, daß eine Sonderkontrolle der vier Alliierten im Ruhegebiet, das vom Gesichtspunkt des deutschen Kriegspotentials von besonderer Wichtigkeit ist, errichtet wird.

Ich werde ein kurzes Stück der historischen Information zitieren, um in Erinnerung zu bringen, wie diese Frage auf der Berliner Konferenz erörtert worden war. Die Sowjetregierung schlug damals vor, daß das Ruhrgebiet als ein Teil Deutschlands betrachtet und eine Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet errichtet werden solle. Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen, einen Kontrollrat zu schaffen, in dem Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion vertreten sind. Am 31. Juli 1945, als diese Frage auf der Berliner Konferenz zur Prüfung gelangte, erklärte Herr Bevin (ich will Protokolle verlesen, die von unserem Sekretariat auf der Berliner Konferenz aufgenommen wurden): „Ich kann diese Frage nicht erörtern, weil die Franzosen nicht anwesend sind. Das ist eine wichtige grundsätzliche Frage, und die Franzosen sind daran stark interessiert.“ Ich will eine andere Stelle aus diesem Protokoll über die weitere Erörterung dieser Frage zur Verlesung bringen: „Stalin: Vielleicht sollten wir die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet vertagen. Aber der Gedanke, daß das Ruhrgebiet ein Teil von Deutschland bleibt — dieser Gedanke muß in diesem Dokument zum Ausdruck kommen. Truman: Es ist zweifellos ein Teil Deutschlands.“

Am Schluß unseres Protokolls heißt es folgendermaßen:

„Bevin: Ich kann mich jetzt damit nicht einverstanden erklären, da ich hier das Protokoll über die vorangegangene Erörterung dieser Frage mit unserem Vertreter nicht vorliegen habe. Ich weiß, daß der Gedanke bestand, das Ruhrgebiet zu internationalisieren, um Deutschlands Kriegspotential zu verringern. Dieser Gedanke ist erörtert worden. Ich stimme darin zu, daß das Ruhrgebiet der Verwaltung des Kontrollrates unterworfen bleiben sollte, solange die weiteren Diskussionen in der Schwebe bleiben. Aber ich würde

Die Ruhrfrage

Schließlich wollen wir auch das Industriegebiet der Ruhr prüfen. Selbstverständlich ist die Sowjetunion, genau so wie die übrigen Alliierten, über das Ruhrproblem besorgt. Es handelt sich um die Basis des deutschen Militarismus, denn dort befindet sich die Grundlage des deutschen Kriegspotentials. Es wäre für irgendeine einzelne Macht sehr riskant, die Verantwortung für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu übernehmen. Viel richtiger wäre es, wenn sich die vier alliierten Mächte in diese Verantwortung teilen würden.

Die vier alliierten Mächte müssen die Kontrolle über die gesamte Wirtschaft Deutschlands und somit über die gesamte deutsche Industrie ausüben. Wir sollten uns hierüber auf dieser Konferenz klar werden. Gleichzeitig sollten wir ein Abkommen erzielen, daß eine Sonderkontrolle der vier Alliierten im Ruhegebiet, das vom Gesichtspunkt des deutschen Kriegspotentials von besonderer Wichtigkeit ist, errichtet wird.

Ich werde ein kurzes Stück der historischen Information zitieren, um in Erinnerung zu bringen, wie diese Frage auf der Berliner Konferenz erörtert worden war. Die Sowjetregierung schlug damals vor, daß das Ruhrgebiet als ein Teil Deutschlands betrachtet und eine Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet errichtet werden solle. Zu diesem Zweck wurde vorgeschlagen, einen Kontrollrat zu schaffen, in dem Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion vertreten sind. Am 31. Juli 1945, als diese Frage auf der Berliner Konferenz zur Prüfung gelangte, erklärte Herr Bevin (ich will Protokolle verlesen, die von unserem Sekretariat auf der Berliner Konferenz aufgenommen wurden): „Ich kann diese Frage nicht erörtern, weil die Franzosen nicht anwesend sind. Das ist eine wichtige grundsätzliche Frage, und die Franzosen sind daran stark interessiert.“ Ich will eine andere Stelle aus diesem Protokoll über die weitere Erörterung dieser Frage zur Verlesung bringen: „Stalin: Vielleicht sollten wir die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet vertagen. Aber der Gedanke, daß das Ruhrgebiet ein Teil von Deutschland bleibt — dieser Gedanke muß in diesem Dokument zum Ausdruck kommen. Truman: Es ist zweifellos ein Teil Deutschlands.“

Am Schluß unseres Protokolls heißt es folgendermaßen:

„Bevin: Ich kann mich jetzt damit nicht einverstanden erklären, da ich hier das Protokoll über die vorangegangene Erörterung dieser Frage mit unserem Vertreter nicht vorliegen habe. Ich weiß, daß der Gedanke bestand, das Ruhrgebiet zu internationalisieren, um Deutschlands Kriegspotential zu verringern. Dieser Gedanke ist erörtert worden. Ich stimme darin zu, daß das Ruhrgebiet der Verwaltung des Kontrollrates unterworfen bleiben sollte, solange die weiteren Diskussionen in der Schwebe bleiben. Aber ich würde

gern Gelegenheit haben, dies mit meiner Regierung zu erörtern, um diese Frage vollkommen klarzustellen. Ich wäre gewillt, diese Angelegenheit dem Außenministerrat zu übertragen, falls mir dies Zeit geben würde, diese Frage gründlich zu studieren. Stalin und Truman sind mit diesem Vorschlag einverstanden."

Aus obigem dürfte ersichtlich sein, daß auf der Berliner Konferenz ein dahingehendes Einvernehmen erzielt wurde, daß die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet vom Außenministerrat geprüft werden sollte. Dies geschah jedoch nicht, obwohl die Sowjetregierung einen solchen Vorschlag unterbreitet hatte. Andererseits wissen wir, daß eine der alliierten Mächte in einseitiger Weise höchst wichtige Maßnahmen durchführt. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, wir sollten mindestens im gegenwärtigen Zeitpunkt das prüfen, was bereits im Juli 1945 für eine Prüfung vorgesehen war. Die Sowjetregierung erinnert daher nochmals an ihren Vorschlag, eine alliierte Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet zu errichten."

Gegen Loslösung von Ruhr und Rheinland

Molotows Rede zur Frage der deutschen Westgrenze

Unsere Diskussion hat sich den Fragen des Saargebiets, des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zugewandt. Die Bedeutung dieser Probleme ist jedem von uns klar. Ich will mich zunächst mit dem Saargebiet beschäftigen. Gestern hat Herr Bidault erneut den französischen Standpunkt in dieser Frage formuliert. Die Sowjetregierung erkennt an, daß dies Problem Aufmerksamkeit verdient und geregelt werden muß. Die gestern von Herrn Bidault gemachten Vorschläge bedürfen eines gebührenden Studiums. Die französische Delegation hat ferner die Frage der Trennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland aufgeworfen. Sie hat vorgeschlagen, daß Deutschland des Besitzes der Kohlengruben und Hochöfen im Ruhrgebiet beraubt und die Leitung dieser Industrien den Vertretern verschiedener alliierter Staaten übertragen werde.

Die Sowjetregierung kann einer Politik der Loslösung des Ruhrgebietes und des Rheinlands von Deutschland nicht zustimmen. Dies ist eine Politik der Zerstückelung Deutschlands und der Abschaffung Deutschlands als eines unabhängigen Staates, die durch die Interessen eines stabilen Friedens nicht gerechtfertigt werden kann. Die deutsche Nation sollte nicht ihres eigenen Staates beraubt werden. Die Verfolgung einer derartigen Politik bedeutet die Verwandlung des deutschen Volkes in einen unversöhnlichen Feind und hiefye, es in die Arme deutscher Revanchisten und Militaristen treiben. Bei einer

solchen Politik kommt eine Demokratisierung Deutschlands nicht in Betracht, weil eine Politik der Zerstückelung und der Abschaffung des deutschen Staates den schlimmsten Elementen in Deutschland, die von Revanche und von Wiederherstellung Deutschlands als einer imperialistischen Macht mit neuen Plänen für einen Angriff träumen, dienen würde. Das ist die Ansicht der Sowjetregierung.

USA-Plan: Deutschland in fünf Teile

Herr Bevin verweilte in seiner Darstellung bei der Entwicklung der Ansichten der alliierten Regierungen über das deutsche Problem. Er beschrieb diese Entwicklung wie folgt: In Teheran sei der Vorschlag vorgebracht worden, daß im Interesse der Sicherheit Europas Deutschland in fünf Teile geteilt werden solle. Der Vertreter Großbritanniens habe sich seine Einstellung zu dieser Frage vorbehalten. Er sei sogar das Ziel einiger Scherze geworden, weil er angeblich nicht für die Teilung Deutschlands gewesen sei. Zu jener Zeit sei eine Kommission zum Studium dieses Problems eingesetzt worden, die sich aus Vertretern der drei Regierungen zusammensetzte. Diese Kommission scheint nur einmal zusammengetreten zu sein, doch sei aus dieser Zusammenkunft nichts herausgekommen. Am Schluß der Potsdamer Tagung hätten wir uns erwarteterweise einem Vorschlag gegenübergesehen, der dem in Teheran vorgebrachten entgegengesetzt war. Es sei vorgeschlagen worden, daß wir Deutschland als ein einziges Ganzes behandelten, dort Zentraldepartements schufen und eine dahingehende Erklärung ausgäben, daß das Ruhrgebiet einen Bestandteil Deutschlands bilden solle. Danach fügte Herr Bevin hinzu, daß die britische Regierung zu dem Beschluß gelangt sei, den Vorschlag einer Wirtschaftseinheit Deutschlands zu unterstützen und Deutschland als eine einzige Wirtschaftseinheit zu behandeln, um den Wünschen unserer Kollegen zu entsprechen.

Nicht alles in dieser historischen Verweisung entspricht den Tatsachen. Ich halte es daher für notwendig, die wirklichen Vorgänge zu rekonstruieren. Der Vorschlag, Deutschland in fünf Teile zu teilen, ist in der Tat in Teheran erörtert worden. Es war ein Vorschlag der Vereinigten Staaten. Jedoch kam man in Teheran zu keiner Entscheidung. Das ist die wirkliche Lage, was Teheran angeht.

Der englische Vorschlag: Dreiteilung

Da Herr Bevin erklärt hat, am Schluß der Tagung in Potsdam sei unerwarteterweise ein dem in Teheran gemachten entgegengesetzter Vorschlag vorgebracht worden, halte ich es für notwendig, auch in dieser Beziehung die Tatsachen zu rekonstruieren. In Wirklichkeit war die Lage anders, als Herr Bevin dargelegt hat. Ich muß an die Tatsache erinnern, daß Herr Churchill, damals Ministerpräsident Großbritanniens, und Herr Eden, damals

Außenminister Großbritanniens, annähernd ein Jahr nach Teheran in Moskau eingetroffen sind. In den Verhandlungen mit der Sowjetregierung überreichten Herr Churchill und Herr Eden namens der britischen Regierung ihren eigenen Plan für eine Teilung Deutschlands. Diesmal wurde vorgeschlagen, Deutschland in drei Teile zu teilen. Auch diesmal führten die Verhandlungen zu keiner Entscheidung. Eine Entscheidung konnte darüber hinaus nicht getroffen werden, weil weder der Präsident noch der Außenminister der Vereinigten Staaten an diesen Verhandlungen teilnahmen.

Danach, im Februar 1945, fand die Konferenz auf der Krim statt. Diese Konferenz beschloß, eine Kommission unter dem Vorsitz Herrn Edens in London zur Behandlung des deutschen Problems einzusetzen. Aber, wie Herr Bevin gesagt hat, aus der Arbeit dieser Kommission kam nichts heraus.

Stalins Erklärung: Keine Zerstückelung!

Es bleibt mir noch, Sie an die bekannte Erklärung des Chefs der Sowjetregierung, Stalin, vom 9. Mai 1945, direkt nach Deutschlands Kapitulation, zu erinnern. In dieser Erklärung führte Stalin aus:

„Vor drei Jahren erklärte Hitler, daß es alle hören konnten, daß seine Aufgaben die Zerstückelung der Sowjetunion und die Loslösung des Kaukasus, der Ukraine, Bjelorußlands, der baltischen und anderer Gebiete einschlossen. Er erklärte rundheraus: „Wir werden Rußland zerstören, so daß es sich niemals wieder erheben kann.“ Dies war vor drei Jahren. Hitlers wahnsinnigen Ideen jedoch war es nicht bestimmt, Wahrheit zu werden — der Verlauf des Krieges ließ sie zu Staub werden. In Wirklichkeit ist etwas dem gänzlich Entgegengesetztes, wovon die Hitleristen schwärmten, eingetreten. Deutschland ist aufs äußerste aufs Haupt geschlagen worden. Die deutschen Truppen kapitulieren. Die Sowjetunion feiert den Sieg, obwohl sie nicht beabsichtigt, Deutschland zu zerstückeln oder zu zerstören.“

Somit erklärte Generalissimus Stalin mehrere Monate vor Potsdam, daß die Sowjetunion „nicht beabsichtigt, Deutschland zu zerstückeln oder zu zerstören“. Warum behauptet Herr Bevin jetzt, daß am Schluß der Potsdamer Tagung unerwarteterweise ein dem in Teheran gemachten entgegengesetzter Vorschlag vorgebracht und daß vorgeschlagen worden sei, Deutschland als ein einziges Ganzes zu behandeln? Die Tatsachen, die ich zitiert habe, zeigen, wie die wirkliche Lage war.

Die wirtschaftlichen Quellen der Ruhr

Ich wende mich nunmehr Herrn Marshalls Erklärung zu. Gestern hat Herr Marshall seine Erklärung mit den Worten begonnen: „Die Delegation der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die Konzentrierung der grundlegenden wirtschaftlichen Elemente im Ruhrgebiet zwei bestimmte Probleme

aufwirft, und zwar ist das eine die Frage der Sicherheit gegen eine militante Benutzung der Ruhr durch ein wieder auferstandenes Deutschland. Das andere ist die Frage, wie sicherzustellen wäre, daß die Konzentrierung von Kohle, Stahl und anderen Elementen im Ruhrgebiet gerecht und im Interesse der Länder Europas einschließlich Deutschlands verwendet werde."

Die Sowjetdelegation pflichtet dem bei, daß das Ruhrproblem erstens vom Standpunkt der internationalen Sicherheit und zweitens vom Standpunkt der Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Ruhr untersucht werden muß. Herr Marshall selbst verweilte jedoch nicht bei den Fragen der Sicherheit, sondern stellte eine Prüfung dieses Problems bis zur Erörterung des Vertrages über die Entmilitarisierung Deutschlands zurück. Gestern sprach er nur zur zweiten Frage — der der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Ruhr —, obwohl zugegeben werden sollte, daß diese beiden Fragen äußerst eng miteinander verbunden sind. Ja, Herr Marshall erklärte, daß während der Zeit der militärischen Besetzung ein besonderes Regime der Kontrolle über die Ruhr nicht geschaffen werden solle, doch sieht er voraus, daß nach Beendigung der Besetzung sich besondere Maßnahmen zur Kontrolle der Ruhrhilfsquellen notwendig erweisen dürften.

Dieser Vorschlag ist gegen die Schaffung einer Viermächtekontrolle im Ruhrgebiet während der Besetzungszeit gerichtet. Es ist unmöglich, dem zuzustimmen, wenn wir wirklich die große Bedeutung des Ruhrindustrialgebietes für die internationale Sicherheit anerkennen, von der Herr Marshall sprach und die wir alle für unbestreitbar halten. Andererseits erfordert das Problem besonderer Maßnahmen zur Kontrolle über die Ruhrhilfsquellen nach Beendigung der Besetzung eine besondere Diskussion.

Der sowjetische Vorschlag: Gemeinsame Kontrolle

Schon in Potsdam hat die Sowjetregierung ihren Vorschlag hinsichtlich des Ruhrindustrialgebietes vorgelegt. Die Sowjetregierung schlug vor, anzuerkennen, daß das als Teil Deutschlands behandelte Ruhrindustrialgebiet unter gemeinsamer Verwaltungskontrolle Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten stehen solle. Zur gleichen Zeit schlugen wir vor, daß ein besonderer alliierter Rat, der aus Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten bestehen würde, für das Ruhrindustrialgebiet errichtet werde. Schon zu jener Zeit schlugen wir vor, daß ein provisorischer alliierter Rat, bestehend aus Vertretern dieser Staaten, sofort bestellt werde. Wie ich bereits ausgeführt habe, schlug Herr Bevin damals vor, daß die Erörterung dieses Projektes angesichts des Fehlens eines Vertreters Frankreichs in Potsdam zurückgestellt werde. Gemäß Herrn Bevins Vorschlag wurde die Frage der Schaffung eines besonderen alliierten Rates für das Ruhrindustrial-

gebiet dem Rat der Außenminister zur Behandlung überwiesen, ist jedoch bis auf den heutigen Tag nicht geprüft worden.

Nun erörtern wir wieder das Ruhrproblem. Die Regierungen, die wir vertreten, erkennen an, daß das Ruhrindustrialgebiet von entscheidender Bedeutung für Deutschlands Schicksal ist. Das Hauptproblem, mit dem wir uns im Augenblick befassen müssen, ist, ob die Ruhr wieder zur industriellen Basis für die Wiederherstellung eines deutschen Kriegspotentials und für die Neuschaffung eines aggressiven Deutschlands oder zur industriellen Basis eines friedlichen Deutschlands werden und ihre industriellen Hilfsmittel auch den anderen Völkern Europas liefern wird, wie dies von den alliierten Mächten für notwendig befunden werden wird.

Die Sowjetregierung besteht weiterhin auf ihrem Vorschlag einer Viermächtekontrolle über das Ruhrindustrialgebiet. Der Zweck dieses Vorschlages ist, Deutschlands Entwicklung auf friedlichen, demokratischen Linien und die Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Ruhr im Interesse der deutschen Nation an erster Stelle, aber gleichzeitig im Interesse der anderen Nationen Europas sicherzustellen. Die gegenwärtigen Verhältnisse an der Ruhr können nicht als normal angesehen werden. Die Sowjetregierung hält es für falsch, daß die Ruhr, die so außerordentlich wichtig in militärischer und industrieller Hinsicht ist, unter der alleinigen Kontrolle der britischen Besatzungsbehörden, ohne Teilnahme der anderen alliierten Besatzungsmächte, bleibt.

Das Sonderregime in Westdeutschland

Nach der wirtschaftlichen Verschmelzung der britischen und der amerikanischen Zone am Ende des vergangenen Jahres entstand eine Situation, in der die Ruhr unter die Kontrolle zweier Besatzungsmächte — Großbritannien und der Vereinigten Staaten — fiel, während Frankreich und die Sowjetunion wie zuvor von der Kontrolle über die Ruhr ausgeschlossen sind. Wir halten diese Situation für absolut anormal. Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die in besonderer Weise die wirtschaftliche Verschmelzung der beiden Zonen ins Werk gesetzt haben, haben dadurch Westdeutschland im wesentlichen vom übrigen Lande getrennt. In diesem westlichen Teil Deutschlands, der das Ruhrgebiet einschließt, wird ein Sonderregime geschaffen, und die Ruhrhilfsmittel fallen in die Hände zweier Besatzungsmächte, die ohne Zustimmung des Kontrollrates handeln. In Wirklichkeit haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten bereits eine Zerstückelung Deutschlands bewirkt, wenn sie diesen Prozeß auch noch nicht zu Ende gebracht haben. Sie haben dies unter eigener Verantwortung ohne Zustimmung der Sowjetunion oder Frankreichs getan.

Das europäische Interesse

Gleichzeitig ist die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands verletzt worden. Trotzdem entwickelte die amerikanische Delegation in ihrer gestrigen Erklärung die Idee, daß das Ruhrproblem ein allgemein europäisches Problem ist und eine bestimmte europäische Wirtschaftskommission sich zu diesem Behuf als nützlich erweisen dürfte. Ist es jedoch nicht klar, daß diese Erklärungen bloße Worte bleiben werden, solange die Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht gemeinsam mit Frankreich und der Sowjetunion handeln, die Mitglieder des Kontrollrats sind und die gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien die alliierte Besetzung Deutschlands tragen. Nur dann werden wir in der Lage sein zu erklären, daß wir alle hinsichtlich des Ruhrindustrialgebietes im Einklang mit den allgemeinen europäischen Interessen und demgemäß im Einklang mit den Interessen aller europäischen alliierten Staaten handeln, wenn wir vereinbarte Maßnahmen zumindest der vier alliierten Mächte — Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion — in der Tat sicherstellen.

Derartige vereinbarte Maßnahmen der vier Mächte können jedoch nicht erreicht werden, wenn die gegenwärtige Politik der Trennung Westdeutschlands vom Rest des Landes weiter verfolgt wird und wenn zwei alliierte Mächte im Ruhrgebiet ohne Rücksicht auf den Kontrollrat handeln, dessen Mitglieder sie sind. Die jetzt von Großbritannien und den Vereinigten Staaten bezüglich der Ruhr verfolgte Politik entspricht keineswegs den gestern von der amerikanischen Delegation verkündeten wirtschaftlichen Grundsätzen. Die amerikanische Delegation erklärte, es sei notwendig, erstens die Hauptwirtschaftselemente, wie Kohlen und Stahl, die im Ruhrgebiet erzeugt werden, gerecht zu verteilen, und zweitens anderen Ländern einen Zugang zu den Ruhrhilfsquellen zu gewährleisten.

In Wirklichkeit jedoch findet jetzt weder das eine noch das andere statt. Eine gerechte Verteilung der im Ruhrgebiet erzeugten Kohlen- und Stahlmengen kann nicht sichergestellt werden, wenn der Kontrollrat von dieser Angelegenheit ausgeschlossen ist. Diese Verteilung der Hilfsmittel der Ruhr sollte nicht durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten allein, sondern durch den Kontrollrat, an dem alle alliierten Mächte teilnehmen, bewirkt werden.

Englisch-amerikanische Sonderinteressen

Was den Zugang anderer Staaten zum Ruhrindustrialgebiet betrifft, so dient alles, was getan wird, nur der Bequemlichkeit Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Diesen beiden starken Mächten sind wirklich weitgehende Möglichkeiten im Ruhrgebiet und in ganz Westdeutschland gewährleistet. Im letzten Sinne war dies der Zweck der abgesonderten Ver-

schmelzung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland. Diese Lage jedoch entspricht nicht den Interessen der anderen alliierten Länder oder den alliierten Aufgaben hinsichtlich der Entwicklung eines friedlichen und demokratischen Deutschlands. Man sollte nicht danach streben, die Herrschaft irgend einer Großmacht im Ruhrindustrialgebiet zu sichern, sondern eine wirkliche internationale Zusammenarbeit zu arrangieren, welche die Rechte und Interessen der großen und der kleinen alliierten Staaten berücksichtigen und der deutschen Nation selbst und ihren dringenden Bedürfnissen die gebührende Aufmerksamkeit schenken sollte. Falls auch in Zukunft eine oder zwei alliierte Mächte über das Ruhrgebiet ohne Rücksicht auf die anderen alliierten Staaten herrschen, so mögen sie gewisse eigene Interessen sicherstellen, aber diese Situation entspricht nicht dem grundlegenden Abkommen unserer vier Mächte über eine gemeinsame Kontrolle in Deutschland, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß sie absolut nicht im Einklang mit dem Geiste einer normalen internationalen Zusammenarbeit steht.

Keine Diskussion über Oberschlesien

Die Erklärung der amerikanischen Delegation befaßte sich neben der Ruhr auch mit den wirtschaftlichen Hilfsquellen Oberschlesiens, das an Polen übertragen worden sei. Dies stellt einen neuen unzulässigen Versuch einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen alliierten Staates dar. Die Sowjetdelegation erachtet es nicht für möglich, einen Vorschlag dieser Art einer Betrachtung zu unterziehen. Ich werde im Augenblick nicht auf die territorialen Ansprüche eingehen, die die Tschechoslowakei, Belgien und andere Nationen an Deutschland vorgebracht haben. Diese Fragen bedürfen eines weiteren Studiums, und wir werden später auf sie zurückkommen.

Die Neuordnung Deutschlands

Molotows Erklärungen im Rat der Außenminister

Die Sowjetdelegation ist damit einverstanden, als Grundschemata die von der britischen Delegation eingebrachten Anträge über die ersten Hauptstadien der Herstellung politischer Demokratie in Deutschland anzunehmen. Es versteht sich, daß die Frage des allgemeinen Charakters der Staatsordnung Deutschlands und vor allem die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der deutschen Zentralmacht und den Länderbehörden von besonderer Bedeutung ist. Ich will es nicht verhehlen, die Sowjetdelegation befürwortet, daß gewisse Anträge, darunter auch die Anträge der amerikanischen Delegation, in dem Sinne ausgelegt werden könnten, daß Deutschland als einheitlicher Staat regiert wird. Diese Anträge führen jedoch zur Föderalisierung Deutschlands, wozu man

sich nicht verstehen kann, falls dem nicht das deutsche Volk selbst zustimmt.

Den allgemeinen Standpunkt der Sowjetregierung zur Föderalisierung Deutschlands habe ich bereits dargelegt. Wir bleiben bei diesem Standpunkt. Unsere Anträge werden von dieser allgemeinen Einstellung der Sowjetregierung ausgehen. - In diesem Zusammenhang schlug Molotow vor, den bereits mitgeteilten Antrag der Sowjetdelegation zu prüfen. Dann sagte er weiter:

Wenn wir bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung Deutschlands das verwerten werden, was an der Weimarer Verfassung demokratisch war, so werden wir uns unsere Arbeit beträchtlich erleichtern und ernste Fehler vermeiden. Niemand wird dann sagen können, daß wir dem deutschen Volk von uns aus etwas aufzwingen wollen, was den Ansichten der demokratischen Kreise Deutschlands nicht entspricht. Die Deutschen würden dann verstehen, daß wir nicht die Absicht haben, Deutschland als Staat zu liquidieren, und daß wir der Meinung der demokratischen Kreise Deutschlands Rechnung tragen. Wir wissen aber, daß die Weimarer Verfassung große Fehler hat. Herr Bevin verwies ganz richtig darauf, daß die Rechte des Präsidenten in der Weimarer Verfassung zu weit gesteckt waren, was zum Schaden eines demokratischen Deutschlands ausgenutzt werden konnte. In Anbetracht dessen wird im Anfang der sowjetischen Anträge darauf verwiesen, daß es notwendig ist, die Rechte und Pflichten des Präsidenten im Rahmen der Rechte und Pflichten des Hauptes einer verfassungsmäßigen Regierung, das keine unabhängige Vollzugsgewalt besitzt, zu beschränken. Hierbei nimmt die Sowjetdelegation die Formulierung an, die im britischen Antrag enthalten ist. Wir halten sie für befriedigend. Auf die anderen Verbesserungen zur Weimarer Verfassung braucht man jetzt nicht einzugehen, da es wichtig ist, sich über die Grundlage der politischen Gestaltung Deutschlands zu einigen. Verbesserungen kann man bei der weiteren Ausarbeitung dieser Frage vornehmen.

Die Hauptprinzipien der Neugestaltung

In seiner zweiten Erklärung sagte Molotow, daß es am zweckmäßigsten wäre, zuerst die Hauptprinzipien zu besprechen, die der politischen Gestaltung Deutschlands zugrunde zu legen sind. Eine Erörterung der Frage der Entwicklungsstadien ermöglicht es zwar, verschiedene Fragen organisatorischer Natur zu entscheiden, doch bringt sie an sich nicht die erforderliche Klarheit in die Hauptfrage der politischen Gestaltung Deutschlands.

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der noch nicht zur Behandlung gelangte Antrag der amerikanischen Delegation über das Verfahren der Bildung einer provisorischen Regierung Deutschlands. In diesem Antrag ist vorgesehen, daß die provisorische Regierung Deutschlands aus

den Häuptern der zurzeit bestehenden Länderregierungen zusammengesetzt sein soll. Dieser Antrag ruft starke Bedenken hervor. Und in der Tat, die Deutschen könnten ihn in dem Sinne auffassen, daß Deutschland als einheitlicher Staat nicht mehr besteht, sondern daß einzelne Länder bestehen, aus deren Vertretern die provisorische Regierung zusammengesetzt ist. Ich glaube, es wäre durchaus nicht wünschenswert, daß die Deutschen unseren Antrag als einen solchen auffassen, der sich gegen die Existenz Deutschlands als eines Staates richtet. Durch die Bildung einer provisorischen Regierung ausschließlich aus den Häuptern der Länderregierungen würde natürlich die politische Einheit Deutschlands untergraben werden. Unter diesen Umständen wäre es nicht möglich, die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten zu gewährleisten. Andererseits könnte, wenn die provisorische Regierung Deutschlands aus Vertretern der Länder bestehen würde, im deutschen Volk die Überzeugung aufkommen, daß die Regierung aus Leuten besteht, die von den Besatzungsbehörden abhängen. Eine solche Regierung würde wohl kaum das gebührende Ansehen in den demokratischen Kreisen Deutschlands genießen. In dieser Hinsicht ruft der Antrag der amerikanischen Delegation starke Bedenken hervor.

Im Antrag der amerikanischen Delegation ist schließlich gesagt, daß der provisorischen deutschen Regierung die Weisungen entweder vom Kontrollrat oder durch einen von der Mehrheit der Mitglieder des Kontrollrats gefaßten Beschluß erteilt werden. Wenn wir diesen Antrag annehmen, so lehnen wir damit den Grundsatz, daß die Beschlüsse von allen Verbündeten vereinbart sein müssen, ab. Dann würde die Mehrheit die Einwendungen des einen oder anderen Verbündeten nicht berücksichtigen. Diesen Antrag hält die Sowjetdelegation für unannehmbar. Er macht die Potsdamer und andere, noch frühere Beschlüsse der Verbündeten über den Kontrollrat zunichte. Er würde den Kontrollrat und die Aktionseinheit der Verbündeten in Deutschland zerstören. Durch eine solche Entscheidung würden wir die Zustände in Deutschland zerrütten und im deutschen politischen Leben einen starken Wirrwarr anrichten.

Schrittweises Vorgehen

Als wir von den Anträgen der britischen Delegation über die Hauptstadien der Durchführung politischer Demokratie in Deutschland sprachen, hatten wir folgendes im Auge:

1. als ersten Schritt die Gründung zentraler Verwaltungsstellen für verschiedene Wirtschaftszweige, wie es in Potsdam beschlossen wurde. Diesen Beschluß könnte man z. B. durch die Gründung einer für ganz Deutschland geltenden Stelle für Landwirtschaft und Ernährung vervollständigen, was wir alle für erwünscht erkannt haben.

2. die Gründung einer Konsultationsstelle als Hilfe für den Kontrollrat bei der Ausarbeitung der provisorischen Verfassung Deutschlands. Zu dieser Frage werde ich mich noch äußern.
3. Billigung der provisorischen Verfassung Deutschlands durch den Kontrollrat.
4. W a h l e n und Bildung einer provisorischen R e g i e r u n g auf der Grundlage der provisorischen Verfassung.

Diese Anfangsstadien der Herstellung einer demokratischen Ordnung in Deutschland scheinen uns annehmbar zu sein und den Interessen der Sache zu entsprechen. Selbstverständlich müssen wir feststellen, was eigentlich der aus Deutschen bestehende Konsultationsrat darstellen wird, der als Hilfe für den Kontrollrat gegründet werden soll. Zu dieser Frage sind im britischen Antrag keine Erläuterungen gegeben, Erläuterungen sind aber notwendig. Was die Zusammensetzung des Konsultationsrates anbelangt, so spricht sich die Sowjetdelegation dafür aus, daß er nicht nur aus Vertretern der Länder bestehen soll. Das wäre durchaus ungenügend. Im Konsultationsrat müssen alle demokratischen Parteien vertreten sein, es müssen daran die Gewerkschaften wie auch andere antinazistische Organisationen beteiligt sein. Dann wird der Konsultationsrat tatsächlich die Gesinnung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen und ein richtiger Träger der Meinung der deutschen demokratischen Kreise sein. Das gilt auch für die provisorische Regierung Deutschlands, die, nachdem in Deutschland allgemeine Wahlen erfolgt sein werden, zu bilden ist.

Da die Bildung der provisorischen Regierung vom Kontrollrat abhängen wird, ist es notwendig, dabei entsprechende Konsultationen mit Vertretern der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, anderer antinazistischer Organisationen und der Länder vorzunehmen. Nur in diesem Falle wird die provisorische Regierung von demokratischem Charakter sein und die Tendenzen der demokratischen Kreise Deutschlands zum Ausdruck bringen. Wenn aber diese Regierung nur aus Vertretern der Länder besteht, so wird das von den Deutschen als ein Versuch der Verbündeten aufgefaßt werden, Deutschland nicht als einen einheitlichen Staat zu betrachten. Darin könnte man den Wunsch erblicken, Deutschland als Staat zu liquidieren. Eine solche Lösung wäre falsch und würde unserem gemeinsamen Wunsch, die demokratische Entwicklung Deutschlands zu gewährleisten, nicht entsprechen.

Molotows Anträge

Die Anträge der Sowjetdelegation bestehen also in folgendem: Wir beantragen, die Hauptprinzipien der politischen Gestaltung Deutschlands zu billigen. Wir beantragen, uns dann der Festsetzung der Hauptstadien der praktischen Konsultationsstelle zu widmen, jedoch unbedingt unter der Beteiligung von Vertretern der demokratischen Parteien, der Gewerk-

2. die Gründung einer Konsultationsstelle als Hilfe für den Kontrollrat bei der Ausarbeitung der provisorischen Verfassung Deutschlands. Zu dieser Frage werde ich mich noch äußern.
3. Billigung der provisorischen Verfassung Deutschlands durch den Kontrollrat.
4. Wahlen und Bildung einer provisorischen Regierung auf der Grundlage der provisorischen Verfassung.

Diese Anfangsstadien der Herstellung einer demokratischen Ordnung in Deutschland scheinen uns annehmbar zu sein und den Interessen der Sache zu entsprechen. Selbstverständlich müssen wir feststellen, was eigentlich der aus Deutschen bestehende Konsultationsrat darstellen wird, der als Hilfe für den Kontrollrat gegründet werden soll. Zu dieser Frage sind im britischen Antrag keine Erläuterungen gegeben, Erläuterungen sind aber notwendig. Was die Zusammensetzung des Konsultationsrates anbelangt, so spricht sich die Sowjetdelegation dafür aus, daß er nicht nur aus Vertretern der Länder bestehen soll. Das wäre durchaus ungenügend. Im Konsultationsrat müssen alle demokratischen Parteien vertreten sein, es müssen daran die Gewerkschaften wie auch andere antinazistische Organisationen beteiligt sein. Dann wird der Konsultationsrat tatsächlich die Gesinnung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen und ein richtiger Träger der Meinung der deutschen demokratischen Kreise sein. Das gilt auch für die provisorische Regierung Deutschlands, die, nachdem in Deutschland allgemeine Wahlen erfolgt sein werden, zu bilden ist.

Da die Bildung der provisorischen Regierung vom Kontrollrat abhängen wird, ist es notwendig, dabei entsprechende Konsultationen mit Vertretern der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften, anderer antinazistischer Organisationen und der Länder vorzunehmen. Nur in diesem Falle wird die provisorische Regierung von demokratischem Charakter sein und die Tendenzen der demokratischen Kreise Deutschlands zum Ausdruck bringen. Wenn aber diese Regierung nur aus Vertretern der Länder besteht, so wird das von den Deutschen als ein Versuch der Verbündeten aufgefaßt werden, Deutschland nicht als einen einheitlichen Staat zu betrachten. Darin könnte man den Wunsch erblicken, Deutschland als Staat zu liquidieren. Eine solche Lösung wäre falsch und würde unserem gemeinsamen Wunsch, die demokratische Entwicklung Deutschlands zu gewährleisten, nicht entsprechen.

Molotows Anträge

Die Anträge der Sowjetdelegation bestehen also in folgendem: Wir beantragen, die Hauptprinzipien der politischen Gestaltung Deutschlands zu billigen. Wir beantragen, uns dann der Festsetzung der Hauptstadien der praktischen Konsultationsstelle zu widmen, jedoch unbedingt unter der Beteiligung von Vertretern der demokratischen Parteien, der Gewerk-

schaffen und anderer antinazistischer Organisationen und von Vertretern der Länder. In Zusammenarbeit mit diesem deutschen Konsultationsorgan soll der Kontrollrat die provisorische Verfassung ausarbeiten. Darauf können die Wahlen zum Parlament Deutschlands erfolgen und auf der Grundlage der provisorischen Verfassung eine provisorische Regierung Deutschlands gebildet werden. Dieses Verfahren, das die Sowjetdelegation vorschlägt, dürfte dem Geist der von den Verbündeten auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen Grundsätze am besten entsprechen.

Zur Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der deutschen Zentralregierung und den Länderregierungen erklärte Molotow: Die hier zu dieser Frage gestellten Anträge, in denen verkündet wird, daß alle Macht den Ländern gehören soll, führen dahin, die Rechte der Regierung Deutschlands insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zu schmälern. Sie verstärken so weit die Rechte der Länder zuungunsten der Rechte der Regierung Deutschlands, daß dies eine Tendenz darstellen könnte, Deutschland in Teile aufzuspalten, was die Liquidierung des deutschen Staates bedeuten würde. Diese Tendenz halten wir für falsch.

Wenn die Entwicklung sich in dieser Richtung vollziehen wird, so werden wir die Lage der demokratischen Elemente in Deutschland erschweren und die Lage der militaristischen und auf Revanche eingestellten Elemente in Deutschland erleichtern. Dann werden die Militaristen und die Träger des Revanchegedankens den Grundsatz der Einheit Deutschlands in ihre Hand nehmen, wir aber ein sehr wichtiges Instrument zur Schaffung eines demokratischen, friedlichen Deutschlands aus der Hand geben und es unseren Feinden von gestern überlassen. Das wird natürlich, vom Gesichtspunkt einer demokratischen Zukunft Deutschlands betrachtet, sehr schlechte Resultate herbeiführen. Darum sind wir der Meinung, daß es richtig wäre, der Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Zentralregierung Deutschlands und den Ländern die Weimarer Verfassung zugrunde zu legen. In dieser Verfassung sind Landtage, zwei Kammern, darunter eine zweite Kammer aus Vertretern der Länder, vorgesehen. Zugleich ging sie vom Grundsatz der politischen Einheit Deutschlands aus.

Wir glauben, daß wir bei der Entscheidung der Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Ländern und der Zentralmacht in Deutschland, die eine Vorzugsstellung gegenüber den Länderbehörden innehaben muß, von diesen Hauptprinzipien ausgehen könnten. Was die hier vorgebrachten Bemerkungen anbelangt, daß die Wiederherstellung der demokratischen Bedingungen der Weimarer Verfassung von einigen verbündeten Staaten ablehnend beurteilt werden könnte, so glaube ich, daß man dies verhüten kann. Zu diesem Zweck müßte man an der Weimarer Verfassung Verbesserungen vornehmen, die ihre negativen, nicht-

demokratischen Seiten liquidieren würden. Dabei muß man auch im Auge haben, daß Deutschland noch längere Zeit unter Kontrolle der verbündeten Staaten stehen wird.

Um den Charakter der antinazistischen Organisationen klarzumachen, erklärte Molotow, daß es in Deutschland antinazistische Organisationen gibt, die beim deutschen Volk hohes Ansehen genießen, wie der Bund antifaschistischer deutscher Frauen, die gegenseitige Hilfsorganisation der Bauern, der „Kulturbund“, dem die im Kulturleben Tätigen angehören. Solche Organisationen sind in den deutschen demokratischen Kreisen weit bekannt. Die Beteiligung solcher Organisationen an diesem oder jenem Konsultationsorgan wäre sehr wünschenswert und nützlich. Das würde das Ansehen des Konsultationsorgans als eines Trägers der Meinung des deutschen Volkes stärken.

Molotow stellte weiter fest, daß nur die amerikanische Delegation sich für eine Änderung des bisherigen Arbeitsverfahrens des Kontrollrates ausgesprochen hat. Das bestehende Arbeitsverfahren des Kontrollrates verlangt die Einstimmigkeit aller vier Mitglieder des Kontrollrates. Die amerikanische Delegation schlägt vor, im Kontrollrat die Abstimmung mit dem Grundsatz der Stimmenmehrheit einzuführen. Diesen Antrag motiviert die Delegation der USA damit, daß, wenn die Beschlüsse im Kontrollrat nicht mit Stimmenmehrheit gefaßt werden, die Entscheidung der Fragen sich verzögern oder — bei fehlender Einstimmigkeit im Kontrollrat — dem Ermessen der Regierung Deutschlands überlassen werden wird.

Der Grundsatz der Einstimmigkeit

Die Sowjetdelegation ist der Meinung, daß der Kontrollrat nicht wenig Erfahrung besitzt und die Ausarbeitung vereinbarter Weisungen für die deutschen Organe gewährleisten kann. Die zu gründenden deutschen Organe haben sich auf der Grundlage dieser Weisungen zu betätigen. Die Sowjetdelegation vermag nicht die Gefahr zu sehen, daß die deutschen Organe ohne Weisungen bleiben könnten. Wenn man von der Einstimmigkeit im Kontrollrat zu Beschlußfassungen mit Stimmenmehrheit übergeht, so wird die Gefahr der Zerrüttung des Kontrollrates aufkommen. Diese Gefahr ist bedeutend ernster als die Gefahr, daß die Ausarbeitung dieser oder jener Weisungen sich verzögern könnte. Daher ist die Sowjetdelegation der Meinung, daß es nicht angeht, einen Beschluß über das Arbeitsverfahren des Kontrollrates zu fassen, der das bisherige Verfahren über den Haufen werfen und den Grundsatz voller Vereinbarung der Beschlüsse des Kontrollrates aufheben würde. Die Sowjetdelegation ist der Meinung, daß man das Verfahren fortbestehen lassen muß, das von den Verbündeten schon während des Krieges gegen Deutschland festgesetzt wurde und im Laufe der ganzen Zeit seit Beendigung des Krieges in Kraft blieb.

Molotow über die deutsche Ostgrenze

Die Aussprache im Rat der Außenminister — Der endgültige Charakter der Potsdamer Beschlüsse

Die Beschlüsse von Jalta und Potsdam

Ich bin der Meinung, daß wir uns vor allem darauf besinnen müssen, was unsere Regierungen bereits beschlossen haben, auf die Verpflichtungen, die sie in der Frage der polnischen Westgrenze übernommen haben. Diese Verpflichtungen wurden schon während des Krieges, im Februar 1945 auf der Krimkonferenz, übernommen. Im Juli 1945, schon nach der Niederlage Deutschlands, präzisierten wir diese Verpflichtungen auf der Potsdamer Konferenz.

Hier der Beschluß, den die Häupter unserer Regierungen, der verstorbene Präsident Roosevelt, der damalige britische Premierminister Churchill und das Haupt der Sowjetregierung, Stalin, auf der Krimkonferenz faßten:

„Die drei Häupter der Regierungen erkennen an, daß Polen einen wesentlichen Gebietszuwachs im Norden und im Westen erhalten muß. Sie sind der Meinung, daß in der Frage des Ausmaßes dieser Gebietszuteilung zum geeigneten Zeitpunkt die neue polnische Regierung der Nationalen Einheit nach ihrer Meinung gefragt und darauf die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben wird.“

Darauf wurde auf der Potsdamer Konferenz ein Beschluß gefaßt, unter dem die Unterschriften des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Truman, des Premierministers Großbritanniens, Attlee, und des Hauptes der Sowjetregierung, Stalin, stehen. Hier der Wortlaut dieses Beschlusses:

„Es wurde folgendes Abkommen über die Westgrenze Polens getroffen: Gemäß dem auf der Krimkonferenz getroffenen Abkommen über Polen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der provisorischen polnischen Regierung der Nationalen Einheit über das Gebiet im Norden und Westen, das Polen erhalten soll, geprüft. Der Vorsitzende der Krajowa Rada Narodowa sowie Mitglieder der provisorischen polnischen Regierung der Nationalen Einheit wurden auf der Konferenz empfangen und legten umfassend ihren Standpunkt dar. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigten ihre Meinung, daß die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz aufgeschoben werden soll. Die Häupter der drei Regierungen kamen überein, daß bis zur Festsetzung der Westgrenze Polens die ehemaligen Gebiete Deutschlands östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort aus bis zur Mündung der Westneißer und längs der Westneißer bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich jenes Teils Ostpreußens, der

gemäß dem Beschluß der Berliner Konferenz nicht unter Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gestellt ist, und einschließlich des ehemaligen Freistaates Danzig, unter Verwaltung des polnischen Staates stehen sollen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland zu betrachten sind."

Somit erörterten unsere Regierungen schon 1945 zweimal die Frage der Westgrenzen Polens und übernahmen bestimmte Verpflichtungen. Das Haupt der französischen Regierung beteiligte sich nicht an der Potsdamer Konferenz, wo endgültige Beschlüsse über die Westgrenze Polens gefaßt wurden. Doch sind wir über den Standpunkt Frankreichs in dieser Frage gut informiert.

Der französische Standpunkt

Es genügt, den Wortlaut des Dokumentes anzuführen, das Herr Bidault in der Sitzung des Rates der Außenminister am 10. Juli 1946 in Paris bekanntgab. In diesem Dokument ist das Kapitel „Die Grenzen des neuen Deutschlands“ enthalten, in dem folgendes gesagt ist:

Man kann nichts Ernstes unternehmen, solange nicht die Grenzen Nachkriegsdeutschlands festgesetzt sind, und, die Wahrheit gesagt, von den Besatzungsbehörden ist nicht zu erwarten, daß sie es verstehen werden, eine Politik auf weite Sicht durchzuführen, solange sie nicht wissen, welche Gebiete in Zukunft endgültig deutsch bleiben. Zur Frage Ostdeutschlands hat die Konferenz in Potsdam ein Übereinkommen im Prinzip provisorischer, jedoch inhaltlich grundlegender Natur erzielt, das von der französischen Regierung nicht angefochten wurde."

Somit stimmt auch der Standpunkt Frankreichs mit dem Standpunkt der Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion überein, deren Häupter sich an der Potsdamer Konferenz beteiligten. In Potsdam war nicht von einer einfachen Entschädigung Polens im Westen für die Gebiete, die es der Sowjetunion im Osten übergeben hat, die Rede. Das wäre eine primitive Auffassung der Frage. An die Sowjetunion sind nur mit Ukrainern und Bjelorussen bevölkerte Gebiete übergegangen, die naturgemäß mit ihren Brüdern in der Sowjetukraine und in Sowjetbjelorusland wieder vereint werden mußten. Im Westen ist Polen wieder in seine alten Gebiete eingezogen, die einst die Wiege des polnischen Staates waren. Sein heutiges Gebiet stimmt mit dem geschichtlichen Gebiet Piastypolens überein.

Der Beschluß über die Westgrenze Polens wurde gefaßt, nachdem diese Frage zweimal auf der Konferenz der drei verbündeten Regierungen erörtert worden war. Vor dieser Beschlußfassung wurde in Potsdam die ausführlich dargelegte Meinung der polnischen Regierung angehört. Die Frage der neuen Westgrenzen Polens wurde von den Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sorgfältig erwogen, bevor

sie auf der Potsdamer Konferenz ihre Lösung fand. Die Potsdamer Konferenz beschränkte sich nicht auf den Beschluß über die Festsetzung der neuen polnisch-deutschen Grenze. Sie faßte auch einen Beschluß über die Aussiedlung der Deutschen aus Polen, was eine logische Schlußfolgerung aus der Entscheidung über die Frage der neuen Westgrenze Polens war.

Die Umsiedlungsaktion

Gemäß dem in Potsdam gefaßten Beschluß setzte der Kontrollrat am 20. November 1945 den Plan der Übersiedlung der Deutschen aus den an Polen übergegangenen Gebieten fest. Darauf erfolgte die Übersiedlung der Deutschen aus den an Polen übergegangenen Gebieten in raschem Tempo. Sie erfolgte nicht nur nach dem Plan des Kontrollrats, sondern auch außerhalb des Planes des Kontrollrats. Nehmen Sie doch Einblick in den Bericht des Kontrollrats an den Rat der Außenminister, in dem Abschnitt 7, „Versetzung der Bevölkerung“, enthalten ist. Aus diesem Bericht erfahren Sie, daß bis zum 1. Januar 1947 aus Polen 5 678 936 Deutsche übergesiedelt sind die illegal nach Deutschland übergesiedelten Deutschen nicht mit eingerechnet. Andererseits erfolgte die Besiedlung der an Polen übergegangenen Gebiete mit Polen. Vor kurzem gab die polnische Regierung bekannt, daß in den Westgebieten jetzt etwa 5 Millionen Polen und nur 400 000 Deutsche leben. Somit ist dieses Gebiet bereits mit Polen bevölkert, und die Zahl der Deutschen macht dort weniger als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus.

Das alles spricht dafür, daß der Beschluß der Potsdamer Konferenz über die neue Westgrenze Polens von unseren Regierungen als ein endgültiger Beschluß betrachtet wurde. Demgemäß wurden darauf Maßnahmen zur Ansiedlung von Polen in diesen Gebieten durchgeführt. Es kann keinem einfallen, daß die Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten und die Ansiedlung von Polen in diesen Gebieten lediglich als ein zeitweiliges Experiment vorgenommen worden wäre.

Die Regierungen, die diese Beschlüsse faßten und durchführten, konnten natürlich nicht der Meinung sein, daß der Beschluß der Potsdamer Konferenz in Zukunft einer Revision zu unterziehen wäre. Mit solchen Dingen darf man nicht spielen, schon abgesehen davon, daß dies nicht nur den Polen, sondern auch den Deutschen gegenüber unstatthafter grausam wäre.

Respektierung gefaßter Beschlüsse

Wir müssen unsere Beschlüsse achten. Ich hoffe, daß wir sie alle in gleichem Maße achten. Wir müssen die übernommenen Verpflichtungen achten. Ich bezweifle nicht im geringsten, daß wir alle die von unseren Regierungen übernommenen Verpflichtungen respektieren. Nur dann werden auch andere sie respektieren.

Die Potsdamer Konferenz beschloß, die formale Durchführung dieses Beschlusses bis zur Friedenskonferenz aufzuschieben. Vom formellen Standpunkt gesehen, konnte sie auch nicht anders handeln. Was aber den Kern der Sache anbelangt, so ist der Beschluß der Potsdamer Konferenz zur Frage der Westgrenze Polens ein endgültiger Beschluß, der keiner Revision unterliegt. Demgemäß sieht die Sowjetregierung nicht ein, daß es nötig wäre, eine Kommission zur Untersuchung dieser Frage einzusetzen.

Die Frage wurde seinerzeit hinreichend untersucht, und darauf erfolgte der Beschluß der Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, dem sich auch Frankreich anschloß. Wenn die Zeit für die Grenzdemarkation gekommen sein wird, so werden das, wie es üblich ist, entsprechende Vertreter der interessierten Staaten vornehmen. Das hat aber erst später zu erfolgen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das fleißige polnische Volk die im Osten an Polen übergegangenen Gebiete in gebührender Weise erschließen wird. Sowohl die industrielle wie die landwirtschaftliche Produktion wird in diesen Gebieten ansteigen und die Gesamtressourcen Europas vervollständigen, da unter den heutigen friedlichen Verhältnissen günstige Voraussetzungen für die Entwicklung des Handels zwischen Polen und anderen Staaten gegeben sind. Die Sowjetregierung verleiht der Gewißheit Ausdruck, daß die Ergebnisse des Potsdamer Beschlusses nicht nur für Polen, sondern auch für andere Völker Europas günstig sein werden.

Für die Garantien des Friedens

Molotows Anträge zur Entmilitarisierung

Heute behandeln wir den amerikanischen Entwurf eines Viermächtevertrages über die Entmilitarisierung Deutschlands, den Herr Byrnes im vorigen Jahr einbrachte. Dieser Vertrag soll von den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion unterzeichnet werden. Schon am 9. Juli vorigen Jahres legte ich den Standpunkt der Sowjetregierung zu diesem Entwurf dar. Damals brachte ich auch darüber Vorschläge ein, in welchem Sinne der vorgelegte Entwurf verbessert werden sollte. Die Erörterung des Vertrages wurde damals aber nicht zu Ende geführt. Der Vertrag blieb unverbessert. Daher schlägt die Sowjetunion heute konkrete Verbesserungen zum amerikanischen Entwurf vor. In diesem Zusammenhang will ich einige Erläuterungen geben.

1. Die grundlegende Richtung des Vertrages.

Im amerikanischen Entwurf ist vorgesehen, zu gewährleisten, „daß Deutschland in völlig abgerüstetem und entmilitarisiertem Zustande bleiben wird,

so lange es der Friede und die Sicherheit in der Welt erfordern könnten". Dabei ist gesagt, „nur das Bestehen dieser Garantie wird den Völkern Europas und der ganzen Welt möglich machen, sich ganz und gar friedlichen Beschäftigungen zu widmen“.

Somit wird die Aufgabe gestellt, solche Garantien zu schaffen, daß die Völker Europas und der ganzen Welt sich im Laufe einer langen Zeit ganz und gar friedlichen Beschäftigungen widmen könnten. Das Streben, solche Garantien zu schaffen, kann man lediglich begrüßen.

Kann man aber behaupten, daß der eingebrachte Vertragsentwurf solche Garantien schafft? Nein, das kann man nicht behaupten, wenn nicht am Vertrag wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß im amerikanischen Vertragsentwurf über die Entmilitarisierung Deutschlands die Frage der Garantien für die internationale Sicherheit und den Weltfrieden nicht in der Weise behandelt wird, wie sie von den alliierten Mächten, sagen wir, in den Beschlüssen der Krimkonferenz oder in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, behandelt wurde. Man besinne sich darauf, was die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und der Sowjetunion in den Beschlüssen der Krimkonferenz, denen sich auch Frankreich anschloß, sagten. Dort ist gesagt:

„Unser unverrückbares Ziel ist Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus und die Schaffung einer Garantie, daß Deutschland nie wieder in einem Zustand sein wird, den Weltfrieden zu stören.“

Im Text des Abkommens über Deutschland erklärte die Potsdamer Konferenz: „Das Ziel dieses Abkommens ist Durchführung der Krimdeklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus wird ausgerottet werden, und die Alliierten werden im gegenseitigen Einvernehmen jetzt und in Zukunft auch andere erforderliche Maßnahmen treffen, damit Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bedroht.“

Beidemale, sowohl in der Krim als auch in Potsdam, wo die vorerwähnten Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, erkannten die Alliierten an, daß die Interessen der Aufrechterhaltung des Weltfriedens die Ausrottung sowohl des deutschen Militarismus als auch des deutschen Faschismus (Nazismus) gebieten. Der amerikanische Antrag folgt hingegen einer anderen Richtlinie. Es ist darin nur von der Entmilitarisierung Deutschlands die Rede, und auch das wird dort inkonsequent behandelt; die Aufgabe, den Nazismus auszurotten, wird aber vollkommen ignoriert und somit wird dort auch eine so entscheidende Aufgabe ignoriert wie die Umgestaltung des deutschen Staates und des gesamten öffentlichen Lebens Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage.

Noch vor kurzem war es uns allen klar, daß man die Sicherheit der Völker Europas und der ganzen Welt nicht durch die Abrüstung Deutschlands

allein gewährleisten kann, daß man dazu außerdem auch die Umgestaltung Deutschlands auf demokratischen Grundlagen durchführen muß. Das war der Sinn der Beschlüsse der Krim- und der Potsdamer Konferenz zur Deutschlandfrage, und das darf man nicht vergessen.

Der Vertragsentwurf, der uns vorgelegt wurde, geht von einem anderen Grundsatz aus, und das läßt die Illusion aufkommen, daß es, um den Frieden gegen eine erneute Aggression Deutschlands zu sichern, angeblich genügend wäre, Deutschland bloß zu entwaffnen, ohne für die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands zu sorgen. Wenn wir solche Illusionen wecken, so wird das keineswegs eine wahrhafte Garantie für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas ergeben. Darum hält die Sowjetregierung es für nötig, daß wir uns auch jetzt hinsichtlich Deutschlands an den Grundsatz halten sollen, der in den Beschlüssen der Krim- und der Potsdamer Konferenz zum Ausdruck gebracht ist. Andernfalls werden wir das gesteckte erhabene Ziel: den Völkern Europas und der ganzen Welt die Möglichkeit zu geben, sich ganz und gar friedlichen Beschäftigungen zu widmen, nicht erreichen.

Diese meine Bemerkungen beziehen sich vor allem auf die Präambel des Vertrages. Gemäß diesen Bemerkungen bringt die Sowjetdelegation Verbesserungsanträge zu diesem Teil des Vertrages ein.

2. Ergänzungen zur Entmilitarisierungsfrage

Der erste Artikel des amerikanischen Vertrages hat die Maßnahmen zur Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands zum Gegenstand. Dieser Artikel entspricht im wesentlichen der Deklaration über die Niederlage Deutschlands, die von den Regierungen der vier Mächte am 5. Juni 1945 in Berlin unterzeichnet wurde. In dem Augenblick, da die Truppen der Alliierten eben erst in Berlin einmarschiert waren und in Deutschland überhaupt keine Macht vorhanden war, waren die völlige Entwaffnung der deutschen Truppen und Herstellung der Ordnung die Hauptaufgaben der Alliierten. Damals wurde der Frage der Liquidierung des Rüstungsindustriepotentials Deutschlands und der Errichtung einer alliierten Kontrolle auf diesem Gebiet naturgemäß noch keine starke Beachtung geschenkt. In den Vertrag, den wir heute erörtern, muß man jedoch konkrete Beschlüsse zu dieser Frage aufnehmen. In diesem Zusammenhang bitte ich, zwei Ergänzungen zu beachten, die die Sowjetregierung als Artikel 3 in den Vertrag aufzunehmen vorschlägt. Hier der Wortlaut dieses Artikels: „Um die Benutzung der deutschen Industrie zu Kriegszwecken zu verhüten, kommen die hohen vertragschließenden Parteien in folgendem überein:

- a) Über das Ruhrindustrialgebiet als Hauptbasis der deutschen Rüstungsindustrie und Hauptindustrialbollwerk des deutschen Militarismus wird eine gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und der Sowjetunion errichtet, damit die

Bodenvorkommen des Ruhrgebiets für die Entwicklung der Friedensindustrie Deutschlands als auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der durch die deutsche Aggression geschädigten Völker Europas benutzt werden,

- b) Die Liquidierung der deutschen Konzerne, Kartelle, Syndikate, Truste und der dieselben kontrollierenden Monopolvereinigungen, die die Inspiratoren und Organisatoren der deutschen Aggression waren, wird binnen kürzester Frist abgeschlossen werden, und die Betriebe, die ihnen gehört hatten, werden in den Besitz des deutschen Staates übergeführt werden, wobei die Wiederherstellung der monopolistischen Industrie- und Finanzvereinigungen in Deutschland fernerhin nicht zugelassen werden wird."

Falls wir die Entmilitarisierung Deutschlands auf lange Dauer durchführen wollen, so können wir nicht umhin, die Frage der Errichtung einer Kontrolle der vier alliierten Mächte über das Ruhrindustrialgebiet aufzuwerfen, das als Hauptbasis der deutschen Waffenerzeugung und als eine mächtige Stütze des deutschen Militarismus allgemein bekannt ist. Man darf niemals vergessen, daß die Frage einer Kontrolle über das Ruhrgebiet aufs engste mit der Sicherheit der Nachbarn Deutschlands und anderer Völker verbunden ist. Falls dieser Antrag prinzipiell annehmbar ist, so wird es natürlich nicht schwer sein, sich über die Formen und die Frist dieser Kontrolle der Alliierten über das Ruhrindustrialgebiet zu einigen. Zugleich halten wir es für nötig, daß die Hilfsquellen des Ruhrgebietes und vor allem die Steinkohle nicht nur für die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie, sondern auch für die Befriedigung der Bedürfnisse Frankreichs und anderer durch die deutsche Aggression geschädigter Völker Europas benutzt werden.

Es erübrigt sich, zu beweisen, daß die Konzerne, Kartelle, Syndikate, Truste und andere deutsche Monopolvereinigungen als Inspiratoren und Organisatoren der deutschen Aggression eine außerordentlich große Rolle spielten. Die Alliierten haben es schon längst für notwendig erkannt, die deutsche Industrie zu entkartellisieren. Die Sowjetregierung schlug vor, die Betriebe den deutschen Monopolvereinigungen wegzunehmen und dem deutschen Staat zu übergeben, dessen Demokratisierung unter Kontrolle der vier alliierten Staaten durchgeführt wird. Vom Gesichtspunkt der Sicherheit der Völker und besonders der Nachbarn Deutschlands wird die Durchführung dieser Maßnahmen von sehr günstiger Bedeutung sein.

Somit darf man nach Ansicht der Sowjetunion die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands nicht bloß auf Entwaffnung der deutschen Streitkräfte und auf Nichtzulassung der Gründung neuer militärischer und halb-militärischer Organisationen in Deutschland wie auch auf ein Verbot dieser oder jener Rüstungswerke beschränken, wie es im amerikanischen

Entwurf der Fall ist, man muß, was die deutsche Industrie, ihre Entkartellisierung und die Errichtung einer Viermächtekontrolle im Ruhrgebiet anbelangt, solche Maßnahmen durchführen, die allen Völkern die Gewißheit geben könnten, daß eine erneute deutsche Aggression auch wirklich nicht zugelassen werden wird.

3. Die Frage der Demokratisierung

Aus dem von mir Gesagten wird es klar, daß die sowjetische Regierung in der Frage der Verhinderung eines deutschen Angriffs in erster Linie den Maßnahmen für die Demokratisierung Deutschlands Bedeutung beimißt. In Übereinstimmung damit schlagen wir vor, daß Artikel 4 des Vertrages wie folgt formuliert wird:

„Um die Wurzeln der deutschen Aggression zu vernichten und Deutschland zu einem friedlichen demokratischen Staat zu machen, kommen die hohen vertragschließenden Parteien in folgendem überein:

- a) Es werden Maßnahmen getroffen werden, um die Überreste des deutschen Nazismus und des deutschen aggressiven Nationalismus in anderen Formen auszurotten und die Möglichkeit zu beseitigen, daß die Naziartei nazistische Organisationen und Institutionen in irgendeiner Form wieder aufkommen könnten, wobei in Deutschland jeglicher nazistischer und militärischer Einfluß vollkommen beseitigt und fernerhin keine nazistische und militaristische Tätigkeit oder Propaganda zugelassen werden wird.
- b) Dem deutschen Volk wird allseitige Hilfe bei der Herstellung einer demokratischen Ordnung auf der Grundlage der vom deutschen Volk gebilligten demokratischen Verfassung Deutschlands erwiesen werden, wodurch dem deutschen Volk Rede-, Presse-, Glaubens-, Versammlungsfreiheit, freie Tätigkeit der demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderer antinazistischer Organisationen für ganz Deutschland mit der gebührenden Sicherung der Rechte und Interessen der werktätigen Bevölkerung wie auch mit Berücksichtigung der nötigen Aufrechterhaltung der Sicherheit gewährleistet sein soll.
- c) In ganz Deutschland wird eine Bodenreform durchgeführt werden, damit den Bauern der Boden der Großgrundbesitzer und der Junker übergeben wird, die stets Inspiratoren der deutschen Aggression waren und die gefährlichsten deutschen Militaristenkader stellten.“

Nach all dem von mir Gesagten besteht keine Notwendigkeit, diese Vorschläge eingehend zu motivieren. Die Alliierten haben schon lange anerkannt, daß die Verhütung einer deutschen Aggression die Ausrottung der Überbleibsel des Nazismus und die Durchführung von Maßnahmen zur Demokratisierung des deutschen Staates und des deutschen öffentlichen Lebens erfordert, die dem deutschen Volk ermöglichen würden, in Freiheit zu leben und die Früchte seiner Arbeit in der Tat zu genießen.

Entwurf der Fall ist, man muß, was die deutsche Industrie, ihre Entkartellisierung und die Errichtung einer Viermächtekontrolle im Ruhrgebiet anbelangt, solche Maßnahmen durchführen, die allen Völkern die Gewißheit geben könnten, daß eine erneute deutsche Aggression auch wirklich nicht zugelassen werden wird.

3. Die Frage der Demokratisierung

Aus dem von mir Gesagten wird es klar, daß die sowjetische Regierung in der Frage der Verhinderung eines deutschen Angriffs in erster Linie den Maßnahmen für die Demokratisierung Deutschlands Bedeutung beimißt. In Übereinstimmung damit schlagen wir vor, daß Artikel 4 des Vertrages wie folgt formuliert wird:

„Um die Wurzeln der deutschen Aggression zu vernichten und Deutschland zu einem friedlichen demokratischen Staat zu machen, kommen die hohen vertragschließenden Parteien in folgendem überein:

- a) Es werden Maßnahmen getroffen werden, um die Überreste des deutschen Nazismus und des deutschen aggressiven Nationalismus in anderen Formen auszurotten und die Möglichkeit zu beseitigen, daß die Naziartei nazistische Organisationen und Institutionen in irgendeiner Form wieder aufkommen könnten, wobei in Deutschland jeglicher nazistischer und militärischer Einfluß vollkommen beseitigt und fernerhin keine nazistische und militaristische Tätigkeit oder Propaganda zugelassen werden wird.
- b) Dem deutschen Volk wird allseitige Hilfe bei der Herstellung einer demokratischen Ordnung auf der Grundlage der vom deutschen Volk gebilligten demokratischen Verfassung Deutschlands erwiesen werden, wodurch dem deutschen Volk Rede-, Presse-, Glaubens-, Versammlungsfreiheit, freie Tätigkeit der demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderer anti-nazistischer Organisationen für ganz Deutschland mit der gebührenden Sicherung der Rechte und Interessen der werktätigen Bevölkerung wie auch mit Berücksichtigung der nötigen Aufrechterhaltung der Sicherheit gewährleistet sein soll.
- c) In ganz Deutschland wird eine Bodenreform durchgeführt werden, damit den Bauern der Boden der Großgrundbesitzer und der Junker übergeben wird, die stets Inspiratoren der deutschen Aggression waren und die gefährlichsten deutschen Militaristenkader stellten.“

Nach all dem von mir Gesagten besteht keine Notwendigkeit, diese Vorschläge eingehend zu motivieren. Die Alliierten haben schon lange anerkannt, daß die Verhütung einer deutschen Aggression die Ausrottung der Überbleibsel des Nazismus und die Durchführung von Maßnahmen zur Demokratisierung des deutschen Staates und des deutschen öffentlichen Lebens erfordert, die dem deutschen Volk ermöglichen würden, in Freiheit zu leben und die Früchte seiner Arbeit in der Tat zu genießen.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Bedeutung der Bodenreform zu betonen, die den Großgrundbesitzern und Junkern, die immer die Hauptstützen des deutschen Militarismus gewesen sind, das Land nehmen und dieses Land den Bauern übergeben soll, um die Menge der landwirtschaftlichen Produkte und Nahrungsmittel in Deutschland zu erhöhen. Dies würde in vielem zu einer Verbesserung der Ernährungslage in den deutschen Städten beitragen.

4. Die Bedingungen für die Aufhebung der Besetzung

Der amerikanische Vertragsentwurf befaßt sich auch mit der Frage der Aufhebung der Besetzung Deutschlands. Die Sowjetregierung erklärt sich einverstanden, daß der Vertrag, den wir erörtern, die Bedingungen für die Aufhebung der Besetzung festlegen soll.

Wir können uns jedoch nicht mit dem einverstanden erklären, was der amerikanische Entwurf über dieses Thema sagt, da er die Aufhebung der Besetzung nur von der Annahme der Bestimmungen der Artikel 1 und 2 des amerikanischen Entwurfs durch Deutschland zur Bedingung macht, die von dem Verbot militärischer Formationen und Rüstungsanlagen in Deutschland handeln, was äußerst unbestimmt ist und Mißverständnisse birgt. Unser Vorschlag zu dieser Frage ist, daß die Besetzung Deutschlands aufgehoben werden soll, wenn die alliierten Mächte anerkannt haben, daß die Hauptziele der Besetzung Deutschlands erreicht worden sind. Deswegen schlagen wir vor, daß Artikel 5 des Vertrages wie folgt formuliert wird:

„Die hohen vertragschließenden Parteien kommen darin überein, daß, wenn die Erfüllung der Hauptziele der Besetzung Deutschlands, und zwar:

- a) Vollendung der Entmilitarisierung Deutschlands einschließlich der Liquidierung des Rüstungsindustriepotentials Deutschlands gemäß den Vorschriften der alliierten Mächte;
- b) Wiederherstellung und Festigung der demokratischen Ordnung in Deutschland;
- c) Erfüllung der festgesetzten Reparationsverpflichtungen,

wie auch die anderen Verpflichtungen Deutschlands den Alliierten gegenüber für gewährleistet erkannt haben werden, die alliierten Mächte die Frage der Aufhebung der Besetzung in Deutschland prüfen werden.“

Wenn die Alliierten in der Lage sein werden, zu sagen, daß die Erreichung der Hauptziele der Besetzung in bezug auf die Entmilitarisierung und Demokratisierung sowie auf die Erfüllung der festgesetzten Reparations- und sonstigen Verpflichtungen gegenüber den alliierten Ländern sichergestellt worden ist, dann soll die Besetzung aufhören.

Je schneller Deutschland die Erfüllung dieser Bedingungen gewährleistet, desto schneller wird die Besetzung aufgehoben. Wenn Deutschland die

obigen Bedingungen nicht erfüllt, können wir einer Beendigung der Besetzung nicht zustimmen.

Dies sind unsere Hauptbemerkungen in bezug auf den amerikanischen Vertragsentwurf über die Entmilitarisierung Deutschlands.

Es ist jetzt klar, daß der Name des Vertrages etwas geändert werden sollte. Die sowjetische Regierung glaubt, daß der zur Diskussion stehende Vertrag „Vertrag über die Entmilitarisierung Deutschlands und die Unterbindung der deutschen Aggression“ genannt werden sollte. In dieser Form wird er dem gesteckten Ziel besser entsprechen.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung bereits im vergangenen Jahr vorgeschlagen, daß der zur Diskussion stehende Vertrag für eine Frist von 40 anstatt von 25 Jahren abgeschlossen wird. Dieser Vorschlag wurde bereits akzeptiert, so daß eine entsprechende Ergänzung in dem Wortlaut des Vertrages vorgenommen werden sollte.

Wenn sie ihre Bemerkungen macht und Ergänzungen zu dem Wortlaut des amerikanischen Entwurfes vorschlägt, wird die sowjetische Regierung von dem Wunsch geleitet, daß das gesteckte Ziel tatsächlich erreicht wird — daß die Nationen Europas und der Welt sich tatsächlich „voll und ganz friedlichen Beschäftigungen widmen“ können. In Übereinstimmung mit den von mir dargelegten Verbesserungen wird der Vertragsentwurf die Form des Dokumentes annehmen, das ich jetzt den Mitgliedern des Rates überreichen werde. Die sowjetische Delegation ersucht darum, daß die von ihr eingebrachten Vorschläge geprüft werden.

Die Entmilitarisierung Deutschlands

Der von der sowjetischen Delegation eingebrachte Vertragsentwurf

Am 5. Juni 1945 haben die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik ihre Absicht kundgetan, die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands durchzuführen, was im wesentlichen Maße bereits geschehen ist. Nichts wird die Vollendung dieses Werkes abwenden noch aufhalten. Es muß gesichert werden, daß Deutschland so lange völlig abgerüstet und entmilitarisiert bleibt, als es nötig ist, damit Deutschland nie mehr seine Nachbarn oder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bedroht, und als die Aufgabe, eine deutsche Aggression zu verhüten, es erfordert. Die Aufgabe, eine deutsche Aggression zu verhüten, kann nicht restlos erfüllt werden, wenn nicht der deutsche Militarismus und Nazismus vernichtet und das öffentliche Leben und die Staatsordnung Deutschlands auf breiter und demokratischer Grundlage von Grund auf umgestaltet werden, was eine Garantie für die Gestaltung Deutschlands zu einem friedliebenden Staat sein wird und dafür günstige Voraussetzungen schaffen wird, daß alle

obigen Bedingungen nicht erfüllt, können wir einer Beendigung der Besetzung nicht zustimmen.

Dies sind unsere Hauptbemerkungen in bezug auf den amerikanischen Vertragsentwurf über die Entmilitarisierung Deutschlands.

Es ist jetzt klar, daß der Name des Vertrages etwas geändert werden sollte. Die sowjetische Regierung glaubt, daß der zur Diskussion stehende Vertrag „Vertrag über die Entmilitarisierung Deutschlands und die Unterbindung der deutschen Aggression“ genannt werden sollte. In dieser Form wird er dem gesteckten Ziel besser entsprechen.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung bereits im vergangenen Jahr vorgeschlagen, daß der zur Diskussion stehende Vertrag für eine Frist von 40 anstatt von 25 Jahren abgeschlossen wird. Dieser Vorschlag wurde bereits akzeptiert, so daß eine entsprechende Ergänzung in dem Wortlaut des Vertrages vorgenommen werden sollte.

Wenn sie ihre Bemerkungen macht und Ergänzungen zu dem Wortlaut des amerikanischen Entwurfes vorschlägt, wird die sowjetische Regierung von dem Wunsch geleitet, daß das gesteckte Ziel tatsächlich erreicht wird — daß die Nationen Europas und der Welt sich tatsächlich „voll und ganz friedlichen Beschäftigungen widmen“ können. In Übereinstimmung mit den von mir dargelegten Verbesserungen wird der Vertragsentwurf die Form des Dokumentes annehmen, das ich jetzt den Mitgliedern des Rates überreichen werde. Die sowjetische Delegation ersucht darum, daß die von ihr eingebrachten Vorschläge geprüft werden.

Die Entmilitarisierung Deutschlands

Der von der sowjetischen Delegation eingebrachte Vertragsentwurf

Am 5. Juni 1945 haben die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik ihre Absicht kundgetan, die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands durchzuführen, was im wesentlichen Maße bereits geschehen ist. Nichts wird die Vollendung dieses Werkes abwenden noch aufhalten. Es muß gesichert werden, daß Deutschland so lange völlig abgerüstet und entmilitarisiert bleibt, als es nötig ist, damit Deutschland nie mehr seine Nachbarn oder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bedroht, und als die Aufgabe, eine deutsche Aggression zu verhüten, es erfordert. Die Aufgabe, eine deutsche Aggression zu verhüten, kann nicht restlos erfüllt werden, wenn nicht der deutsche Militarismus und Nazismus vernichtet und das öffentliche Leben und die Staatsordnung Deutschlands auf breiter und demokratischer Grundlage von Grund auf umgestaltet werden, was eine Garantie für die Gestaltung Deutschlands zu einem friedliebenden Staat sein wird und dafür günstige Voraussetzungen schaffen wird, daß alle

Völker Europas und der ganzen Welt sich voll und ganz friedlichen Aufgaben widmen können. Die Lösung dieser Aufgabe und die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands den verbündeten Staaten gegenüber wird dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen.

Um dieses Ziel zu erreichen, kommen die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik überein, sich an der Erfüllung der in diesem Vertrag festgesetzten gemeinsamen Aufgabe zu beteiligen.

Artikel 1

Die hohen vertragschließenden Parteien kommen überein, gemeinsam Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen:

- a) daß alle deutschen Streitkräfte, einschließlich Landstreitkräfte, Luft- und Luftabwehrtruppen und Seestreitkräfte, sämtliche halb-militärischen Kräfte, wie die SS, die SA und die Gestapo, sowie auch alle Hilfsorganisationen der oben genannten Formationen binnen kürzester Frist vollkommen entwaffnet, demobilisiert, aufgelöst werden und aufhören zu bestehen sowie daß auch in keiner Form die Wiederherstellung der aufgelösten deutschen Streitkräfte, der oben genannten Organisationen und Hilfsformationen jeglicher Art zugelassen wird;
- b) daß der deutsche Generalstab und die Stäbe jeglicher militärischer und halb-militärischer Organisationen aufgelöst und abgeschafft sein werden und daß in keiner Form ihre Wiederherstellung zugelassen werden wird;
- c) daß in Deutschland in keiner Form, auch nicht in getarnter, militärischer oder halb-militärischer Organisationen Existenzberechtigung erteilt wird;
- d) daß Anfertigung und Produktion militärischer Ausrüstungen in Deutschland sowie deren Einfuhr verhütet werden. Insbesondere werden die hohen vertragschließenden Parteien die Produktion und Erzeugung oder Einfuhr folgender Dinge verhüten:
 1. aller Waffen, Munition, Sprengstoffe, Kriegsausrüstungen, militärischer Vorräte und Lager oder anderer Kriegswerkzeuge jeder Art;
 2. sämtlicher Spaltungsstoffe für irgendeinen Zweck außer solchen, die unter den Bedingungen, die von den hohen vertragschließenden Parteien gebilligt sein werden, zugelassen sind;
 3. sämtlicher Kriegsschiffe aller Klassen, sowohl der Überwasser- als der Unterwasserschiffe, als auch der Hilfskriegsschiffe;
 4. sämtlicher Flugzeuge jeglicher Art, Flugzeugausrüstungen und Geräte wie auch der Ausrüstungen für Luftabwehr;
- e) es wird verhütet werden, daß zu Kriegszwecken geschaffen, benutzt oder betrieben werden: alle militärischen Aufbauten, Anlagen und Einrichtungen einschließlich militärischer Flugplätze, Marineflugstationen,

Kriegsmarinestationen, Militär- und Kriegsmarinelager, ständige und provisorische Land- und Küstenbefestigungen, Festungen und andere Festungswerke. Alle noch vorhandenen Aufbauten, Anlagen und Einrichtungen solcher Art werden vernichtet werden.

- f) bei der Entmilitarisierung und Abrüstung, die in diesem Artikel vorgesehen sind, werden folgende Ausnahmen zugelassen werden, und zwar unter Bedingungen, die von den hohen vertragschließenden Parteien festzusetzen sind:
1. die Aufstellung und der Einsatz solcher Gliederungen der deutschen Zivilpolizei und deren Ausrüstung mit solchen Arten und Mengen importierter Feuerwaffen, wie es für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendig sein könnte;
 2. die Einfuhr von Mindestmengen der in d) aufgeführten Gegenstände, wie zum Beispiel Sprengstoffe oder Sprengstoffingredienzien, die für Bauzwecke, Bergbau, Landwirtschaft oder andere Friedenszwecke erforderlich sein könnten.

Artikel 2

Die hohen vertragschließenden Parteien stimmen darin überein, daß

- a) alle nötigen Maßnahmen zur Vernichtung des deutschen Kriegspotentials durchgeführt werden, alle Rüstungsbetriebe, die militärische Spezialausrüstung anderer Betriebe sowie auch die Produktionsanlagen der anderen Industrien, die nicht von den Industrien benötigt werden, welche für die Bedürfnisse der deutschen Friedenswirtschaft zugelassen sein werden, als Reparationen eingezogen oder zerstört werden;
- b) die Schaffung, Benutzung oder der Betrieb jeglicher Fabriken, Werke, Werkstätten, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsstationen technischer Unterlagen, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen, die für die Erzeugung oder für die Erleichterung der Erzeugung der im Artikel 1 d und e des vorliegenden Vertrages aufgezählten Gegenstände bestimmt sind oder bestimmt sein könnten, verhütet werden wird.

Artikel 3

Um die Benutzung der deutschen Industrie zu Kriegszwecken zu verhüten, kommen die hohen vertragschließenden Parteien in folgendem überein:

- a) über das Ruhrindustrialgebiet als Hauptbasis der deutschen Rüstungsindustrie und Hauptindustrialbollwerk des deutschen Militarismus wird eine gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und der Sowjetunion errichtet, damit die Bodenvorkommen des Ruhrgebiets für die Entwicklung der Friedensindustrie Deutschlands als auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der durch die deutsche Aggression geschädigten Völker Europas benutzt werden;

- b) die Liquidierung der deutschen Konzerne, Kartelle, Syndikate, Truste und der dieselben kontrollierenden Monopolvereinigungen, die die Inspiratoren und Organisatoren der deutschen Aggression waren, wird binnen kürzester Frist abgeschlossen werden, und die Betriebe, die ihnen gehört hatten, werden in den Besitz des deutschen Staates übergeführt werden, wobei die Wiederherstellung der monopolistischen Industrie- und Finanzvereinigungen in Deutschland fernerhin nicht zugelassen werden wird.

Artikel 4

Um die Wurzeln der deutschen Aggression zu vernichten und Deutschland zu einem friedlichen demokratischen Staat zu machen, kommen die hohen vertragschließenden Parteien in folgendem überein:

- a) es werden Maßnahmen getroffen werden, um die Überreste des deutschen Nazismus und des deutschen aggressiven Nationalismus in anderen Formen auszurotten und die Möglichkeit zu beseitigen, daß die Nazi-partei, nazistische Organisationen und Institutionen in irgendeiner Form wieder aufkommen könnten, wobei in Deutschland jeglicher nazistischer und militärischer Einfluß vollkommen beseitigt und fernerhin keine nazistische und militärische Tätigkeit oder Propaganda zugelassen werden wird;
- b) dem deutschen Volk wird allseitige Hilfe bei der Herstellung einer demokratischen Ordnung auf der Grundlage der vom deutschen Volk gebilligten demokratischen Verfassung Deutschlands erwiesen werden, wodurch dem deutschen Volk Rede-, Presse-, Glaubens-, Versammlungsfreiheit, freie Tätigkeit der demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderer antinazistischer Organisationen für ganz Deutschland mit der gebührenden Sicherung der Rechte und Interessen der werktätigen Bevölkerung wie auch mit Berücksichtigung der nötigen Aufrechterhaltung der Sicherheit gewährleistet sein soll;
- c) in ganz Deutschland wird eine Bodenreform durchgeführt werden, damit den Bauern der Boden der Großgrundbesitzer und der Junker übergeben wird, die stets Inspiratoren der deutschen Aggression waren und die gefährlichsten deutschen Militaristenkader stellten.

Artikel 5

Die hohen vertragschließenden Parteien kommen darin überein, daß, wenn die Erfüllung der Hauptziele der Besetzung Deutschlands, und zwar:

- a) Vollendung der Entmilitarisierung Deutschlands einschließlich der Liquidierung des Rüstungsindustriepotentials Deutschlands gemäß den Vorschriften der alliierten Mächte;
- b) Wiederherstellung und Festigung der demokratischen Ordnung in Deutschland;

c) Erfüllung der festgesetzten Reparationsverpflichtungen

wie auch die anderen Verpflichtungen Deutschlands den Alliierten gegenüber für gewährleistet erkannt werden, die alliierten Mächte die Frage der Aufhebung der Besetzung in Deutschland prüfen werden.

Artikel 6

Nach erfolgter Aufhebung der Besetzung Deutschlands wird eine auf vierseitiger Grundlage wirkende Kontrollkommission eingesetzt werden, die durch ihre Amtspersonen oder Kommissionen in jedem beliebigen Teil oder in allen Teilen des deutschen Gebietes Inspizierungen, Überprüfungen und Untersuchungen durchführen wird, die sie für nötig hält, wobei die hohen vertragschließenden Parteien, falls Deutschland gegen seine Verpflichtungen den verbündeten Staaten gegenüber verstoßen soll, Zwangsmittel anwenden dürfen einschließlich Handlungen von Luft-, See- oder Landstreitkräften, die erforderlich sein könnten, um die sofortige Einstellung oder Verhütung eines derartigen erfolgten oder versuchten Verstoßes zu gewährleisten. Die Kontrollkommission wird die hohen vertragschließenden Parteien und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Ergebnisse der durch diesen Artikel gestatteten Inspizierung, Überprüfung und Untersuchung laufend informieren, wobei die hohen vertragschließenden Parteien den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unverzüglich von den getroffenen oder zu treffenden Maßnahmen in Kenntnis setzen werden.

Die hohen vertragschließenden Parteien kommen darin überein, daß sie sich gleichzeitig mit der Beschlußfassung über die Aufhebung der Besetzung in Deutschland beraten werden, um im Wege von Verhandlungen besondere vierreitige Abkommen auszuarbeiten, in denen, ohne die ihnen durch die Statuten der Organisation der Vereinten Nationen auferlegten Verpflichtungen zu beeinträchtigen, möglichst vollständig die Einzelheiten der Inspektionen, Überprüfungen und Untersuchungen, die die Kontrollkommission vornehmen wird, detailliert werden. Die Menge und die Arten der Streitkräfte, die jede Partei für die Zwecke dieses Vertrages bereitzustellen hat, der Bereitschaftsgrad und ihre allgemeine Verfügung, wie auch der Charakter der Mittel und der Hilfe, die jede Partei zur Verfügung stellt, sollen gleichfalls detailliert werden. Diese vierseitigen Sonderabkommen sind von den hohen vertragschließenden Parteien in Übereinstimmung mit ihren individuellen verfassungsmäßigen Verfahren zu ratifizieren.

Artikel 7

Den vorliegenden Vertrag haben die hohen vertragschließenden Parteien laut ihren verfassungsmäßigen Verfahren zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden der Regierung zur Sicherung in Verwahrung gegeben, die alle hohen vertragschließenden Parteien über jeden Fall der Hinterlegung in Kenntnis zu setzen hat.

Der Vertrag tritt in Kraft, nachdem alle hohen vertragschließenden Parteien die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben. Der Vertrag gilt für die Dauer von 40 Jahren, vom Tage seines Inkrafttretens an gerechnet. Sechs Monate vor Ablauf der Geltungsfrist dieses Vertrages werden sich die hohen vertragschließenden Parteien untereinander beraten, um festzustellen, ob nicht die Interessen des internationalen Friedens und der Sicherheit seine Verlängerung, mit oder ohne Abänderungen, erforderlich machen oder ob das deutsche Volk bei der Umgestaltung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage solche Erfolge erzielt hat, daß eine weitere Aufrechterhaltung von Kontrollmaßnahmen nicht mehr erforderlich ist.

Deutschlands Weg zur Demokratie

**Molotow antwortet auf die Reden Marshalls und Bidaults
Beratungs- und Informationskonferenz beschlossen**

Außenminister Molotow befaßte sich in seiner Rede mit Marshalls Erklärung über die Demokratisierung Deutschlands und führte aus, daß diese Erklärung eine Anzahl wertvoller Bemerkungen enthalte, denen die Sowjetdelegation zustimme und die bei den folgenden Erörterungen in Rechnung gezogen werden sollten.

„Als der amerikanische Delegierte über die Demokratisierung sprach, ging er auf den Begriff der Demokratie ein. Es ist vielleicht nicht notwendig, tief auf diese Angelegenheit einzugehen. Ich kann nur bemerken, daß die Sowjetdelegation natürlich zu einer derartig wichtigen Frage einiges zu sagen hat, und das wird auch, wenn es notwendig ist, geschehen. Die Frage sollte indessen nicht zu einem Gespräch allgemeiner Natur über das Wort »Demokratie« herabgedrückt werden, da dies ohne jeden Nutzen wäre. Das Dokument der amerikanischen Delegation über die Fragen der Demokratisierung ist in allgemeiner Form entworfen und kann zu falschen Auslegungen führen. Jedenfalls ist es notwendig, klarzustellen, daß unsere Auslegung der Rede- und Pressefreiheit in Deutschland eine Freiheit, Ideen des Hitlerismus zu predigen, oder eine Redefreiheit in Deutschland zur Verteidigung einer Angriffspolitik nicht zulassen darf. Ich glaube, wir können uns alle darüber einig werden, daß das, was wir unter Rede- und Pressefreiheit verstehen, den Hitleristen und ihren Freunden, die jetzt am Boden liegen, nicht gestalten darf, diese Freiheit in Deutschland zur Wiederbelebung des Hitlerismus und zur Vorbereitung eines neuen Angriffs zu benutzen. In jedem Fall dürfen in dieser Hinsicht keine Unklarheiten erlaubt sein.“

Nazis in Justiz und Wirtschaft

Weiterhin befaßte sich Molotow mit den Bemerkungen, die von Marshall gemacht wurden. Dieser habe erklärt, daß ungefähr 35 Prozent früherer

Beamter des Hitlerregimes, die verschiedene Stellungen in den Gerichts- und Staatsanwaltschaftsämtern der amerikanischen Zone behalten haben, durch eine Prüfung in der amerikanischen Zone hindurchgegangen seien. Trotzdem betrachte die Sowjetunion diesen Prozentsatz auch weiterhin als außerordentlich hoch.

„Natürlich müssen wir dem zustimmen, daß nicht jeder Beamte des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft, der sein Amt unter dem Hitlerregime behalten hatte, entfernt werden solle. Ausnahmen sind zulässig. Aber uns Sowjetleuten scheint es, daß das Hitlerregime an die Auswahl der Beamten, die seine Strafrechtspolitik in der Eigenschaft als Staatsanwälte und Richter durchführen sollten, vom Gesichtspunkt seiner besonderen faschistischen Zwecke aus herantrat. Daher scheint es uns nicht erforderlich, sondern schädlich für unsere Sache zu sein, 35 Prozent Hitlerbeamte in ihren Ämtern bei den Gerichten zu belassen.

In den anderen Westzonen ist die Lage nicht besser. Gestern führte Bevin meine Bemerkung darüber an, daß prominenteste Personen des Hitlerregimes immer noch gewisse Stellungen in der britischen Zone innehätten, wie zum Beispiel Dinkelbach, Poensgen, Zangen und andere. In dieser Beziehung zitierte Bevin die Namen einer Anzahl anderer Personen, die in der Sowjetzone in verschiedenen Stellungen belassen worden seien. Diese Erklärung verdient ernste Aufmerksamkeit. In Verbindung mit Bevins Bemerkungen wird die Sowjetregierung die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland anweisen, diese Information genau zu prüfen und, wenn es notwendig ist, eine weitere Aktion gegen diejenigen Deutschen, die sich in der Vergangenheit als loyale Diener des Hitlerregimes erwiesen haben, durchzuführen.

Als ich indessen gewisse Personen mit Namen nannte, wollte ich die Aufmerksamkeit auf die Tatsache richten, daß selbst sehr prominente Persönlichkeiten des Hitlerregimes in gewissen Zonen immer noch höchst verantwortliche Stellungen innehaben. Das entspricht wohl kaum den Interessen unserer Sache. Kürzlich erklärte Ehard, der Ministerpräsident Bayerns, in einer Sitzung des Bayrischen Landtags: Das Problem der Entnazifizierung ist ein Problem der Mitläufer. Die Entnazifizierungskammern sind mit den Fällen dieser Mitläufer überlastet, während die wirklichen Nazis der Verantwortung entgehen. Daher sollte das Entnazifizierungsgesetz radikal geändert werden. Ich meine, wir sollten diese Erklärung zur Kenntnis nehmen und aus ihr besonders bei der praktischen Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse angemessene Folgerungen ziehen. Herr Marshall berichtete, daß die Formationen, die aus früheren deutschen gedienten Leuten zusammengesetzt seien und die in der amerikanischen Zone beständen, bald aufgelöst werden würden. Das ist natürlich schön. Diese Maßnahme sollte sofort in allen Zonen durchgeführt werden, wo diese Fälle immer noch bestehen.

Liquidierung der Kriegsindustrie

Bezüglich der Kriegsbetriebe in der amerikanischen Zone erklärte Herr Marshall, daß dort 80 von allen bestehenden Kriegsbetrieben völlig liquidiert worden seien. Der Bericht des Alliierten Kontrollrats besagt, daß in der USA-Zone 70 Betriebe völlig liquidiert oder „neutralisiert“ sind. Das sind Angaben der Amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland selbst. Jetzt wird eine neue Ziffer — 80 Betriebe — angegeben.

Aber der Hauptpunkt ist der, daß der Bericht „liquidierte“ oder „neutralisierte“ Betriebe erwähnte, ohne genau festzustellen, wieviel „liquidiert“ und wieviel „neutralisiert“ worden sind. Die Sowjetdelegation erklärte bereits, daß „Neutralisierung“ in bezug auf Kriegsbetriebe ein höchst ungenauer Ausdruck sei. Wir fürchten ernstlich, wenn die Anwendung dieses Ausdrucks nicht durch eine Einigung, die im Kontrollrat erzielt wird, abgeschafft wird, so könnte sie zu einer Lage führen, in der die Kriegsbetriebe anstatt liquidiert zu werden, in erheblichem Ausmaß erhalten bleiben.

Die Mitteilungen, die wir von der amerikanischen Delegation über die hundertprozentige Liquidierung von 80 Munitionsbetrieben in der amerikanischen Zone hörten, sind für uns eine erfreuliche Nachricht. Wir hören zum erstenmal davon. Wir haben noch keinen ähnlichen Bericht aus anderen Zonen erhalten. Es wäre schön, wenn wir solche Berichte über diesen Gegenstand auch aus anderen Zonen erhielten. Es wäre noch besser, wenn die vier Minister zu einer Einigung kämen, gleichlaufende Aktionen in dieser Angelegenheit in allen vier Zonen durchzuführen und die unzulässige Verzögerung auf diesem Gebiet auszuschalten.

Freie Betätigung für Parteien und Gewerkschaften

Herr Bidault äußerte seine Ansicht über eine Anzahl von Fragen von höchster Wichtigkeit. Die Sowjetdelegation vertritt den Standpunkt, daß wir bereits jetzt hinsichtlich der demokratischen Parteien und der Freien Gewerkschaften in allen Zonen Deutschlands danach streben sollten, eine Entscheidung, über die wir uns alle einig sind, zu erzielen, die eine Möglichkeit zur Entwicklung der Tätigkeit dieser Parteien und Gewerkschaften im gesamtdeutschen Rahmen bietet. Diese Entscheidung darf man nicht bis zur Regelung der gesamten Staatsstruktur Deutschlands aufschieben.

Bidault befaßte sich auch mit der Bodenreform und erkannte ihre große Bedeutung an. Die Sowjetdelegation zollt diesem Gesichtspunkt Beifall und drückt weiter den Wunsch aus, daß wir über diese Frage einen einstimmigen Beschluß fassen. Diese Reform sollte endlich in allen Zonen durchgeführt werden.“

Deutschlands innerstaatlicher Neubau

Wyschinskij gegen Föderalisierungsabsichten Das Schicksal der Verschlepten

Die vollzogenen Veränderungen

„Die Frage der territorialen Reorganisation Deutschlands hat dem Rate der Außenminister vorgelegen. Die sowjetische Delegation ist der Ansicht, man solle der Tatsache Beachtung schenken, daß (wie aus dem Kapitel 8 des Berichtes des Kontrollrates hervorgeht) wesentliche Änderungen auf dem Gebiet der territorialen und politischen Teilung in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands durchgeführt worden sind. So hat man zum Beispiel in der französischen Zone im August 1945 ein neues Land „Rheinland und Pfalz“ geschaffen, welches die Provinz Pfalz und Kreise von Rheinhessen und Nassau einschließt. In der gleichen Zone wurden auf Befehl des französischen Oberkommandierenden zwei rheinische Kreise (Saarburg und Wadern) an die Provinz der Saar angeschlossen sowie elf Gemeinden des Landkreises Trier und achtzehn Gemeinden des Landkreises Birkenfeld.

Mehrere Änderungen politischer und territorialer Art sind auch in der amerikanischen Zone auf einseitigen Befehl des amerikanischen Oberkommandierenden durchgeführt worden, zum Beispiel: Teile des Landes Württemberg und Baden, die in der amerikanischen Zone liegen, sind zu einem einzigen Bundesgebiet „Württemberg-Baden“ vereinigt worden. Ein großer Teil der alten preußischen Provinz Hessen-Nassau mit Ausnahme der vier westlichen Kreise, die an den Rhein stoßen, und des Teiles des Landes Hessen, welcher östlich des Rheines liegt, sind zu einem neuen Lande „Hessen“ vereinigt worden.

Mehrere territoriale und politische Änderungen sind auch in der britischen Zone vorgenommen worden. Die bedeutendsten darunter sind die Auferlegung des Statuts eines Landes auf Provinzen und die Vereinigung von Westfalen und eines Teiles der Rheinprovinz im August 1946, welche sich in der britischen Zone befinden, zu einem neuen Lande, das unter dem Namen „Nordrhein-Westfalen“ bekannt ist, sowie die Bildung des neuen Landes „Niedersachsen“, welches sich aus der alten preußischen Provinz Hannover und den Ländern Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe zusammensetzt.

Verschiedene administrative und territoriale Änderungen sind auch in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt worden. Ein Teil von Pommern, welcher am westlichen Ufer der Oder lag, ist an das Land Mecklenburg angeschlossen worden, und ein Teil des Kreises Liegnitz in Niederschlesien, der auf dem westlichen Ufer der Neiße liegt, wurde dem Lande Sachsen angeschlossen. Schließlich ist das Land Anhalt, welches

tief in die Provinz Sachsen hineinragte, in diese Provinz eingegliedert worden.

Ohne den Kontrollrat

Alle diese administrativ und gebietsmäßig unbedeutenden Änderungen in der sowjetischen Besatzungszone sind in der ersten Periode der Besetzung durchgeführt worden, bevor der Kontrollrat in Deutschland zu funktionieren begann. Nach dem Beginn der Tätigkeit des Kontrollrats ist keine territoriale Veränderung mehr in der sowjetischen Besatzungszone vorgekommen. Dagegen sind alle oben erwähnten Änderungen in den westlichen Zonen während der Periode durchgeführt worden, in der der Kontrollrat bereits arbeitete. Aber keiner der Oberkommandierenden der Alliierten der oben erwähnten Zonen hat es für notwendig gehalten, dem Kontrollrat die vorgesehenen territorialen und politischen Veränderungen zu unterbreiten. Sie haben sich auf eine einfache nachträgliche Benachrichtigung beschränkt. Zu der Erklärung von General Koenig, dem französischen Oberkommandierenden, über die Schaffung des obenerwähnten neuen Landes „Rheinland und Pfalz“ hat der sowjetische Oberkommandierende, Marschall Sokolowskij, in der 38. Sitzung des Kontrollrats am 30. August 1946 gesagt,

daß seiner Ansicht nach diese Maßnahmen zu der Tendenz einer Föderalisierung Deutschlands führen würden und daß „die sowjetische Delegation schwer verstehen könnte, weshalb gewisse Delegationen eine solche Eile hätten, die verwaltungsmäßige Struktur Deutschlands am Vorabend der Sitzung des Rates der Außenminister über die deutsche Frage zu ändern“.

Anläßlich der Deklaration von Marschall Douglas, dem britischen Vertreter, über die Schaffung des neuen Landes „Niedersachsen“ in der britischen Besatzungszone durch den Zusammenschluß der Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe hat Marschall Sokolowskij erneut in der 47. Sitzung des Kontrollrates am 12. November 1946 erklärt, daß nach Ansicht des sowjetischen Teiles des Kontrollrates Maßnahmen, welche eine verwaltungsmäßige Neuordnung Deutschlands vorsähen, nicht anders durchgeführt werden könnten als durch Zustimmung der vier Regierungen.

Die Tendenz zur Föderalisierung

Man müsse ferner darauf hinweisen, daß die Tendenz der Föderalisierung Deutschlands, die in der Erklärung von Marschall Sokolowskij festgestellt wurde, auch in dem Bericht des Kontrollrates selbst bestätigt wurde. In Punkt 4, Teil 1 des Kapitels 8 dieses Berichtes wird gesagt: „Teilung in rationale Einheiten, welcher später die Grundlage eines föderalen Deutschlands bilden könnten.“ Die sowjetische Delegation hat in dem Bericht selbst eine entgegengesetzte Ansicht geäußert.

Nach Informationen der Nachrichtenagentur Deutscher Pressedienst in Düsseldorf vom 20. November 1946, die in Nr. 74 der Zeitung „Die Welt“ vom 21. November 1946 erschienen sind, erklärte General E r s k i n e , der Stellvertreter des britischen Oberkommandierenden, am 20. November in einer Sitzung des Kabinetts des neugebildeten Landes „Nordrhein-Westfalen“, daß man genügend über die territorialen Grenzen der Länder der britischen Zone beraten habe, damit diese Länder nicht zu klein werden, um später durch eine zukünftige Zentralregierung verschluckt zu werden.

Die sowjetische Delegation ist der Meinung, daß derartige Maßnahmen, die in großem Ausmaße die zukünftige Struktur des deutschen Staates vorwegnehmen, durch einseitige Befehle der Oberkommandierenden eine Föderalisierung herbeiführen, die nicht stattfinden darf. Wenn jeder Oberkommandierende in seiner Zone die territoriale und politische Einteilung Deutschlands nach seinen Ideen über die zukünftige Struktur des deutschen Staates ändert, so würde in äußerstem Maße die Anwendung aufeinander abgestimmter Maßnahmen komplizieren, sowohl im Hinblick auf die Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, als auch die Lösung der Frage seiner zukünftigen Struktur. Die sowjetische Delegation ist der Ansicht, daß der Außenministerrat den Kontrollrat veranlassen sollte, darüber zu wachen, daß in Zukunft territoriale Veränderungen dieser Art nur durch übereinstimmenden Beschluß des Kontrollrats durchgeführt werden sollten.

